



1. Heft | 17. Januar 1917

AUGUST MÜLLER - DAS EUROPÄISCHE FRIEDENS- PROBLEM

FINEN halben Monat hat die Entente verstreichen lassen, ehe sie den Völkern des Erdenrunds ihre Antwort auf das Friedensangebot der Mittelmächte bekannt gab. Sie brachte eine glatte Ablehnung. Darüber ließ jene Note keinen Zweifel. Aber man kann nicht sagen, daß sie für diesen Beschluß, der für Hunderttausende ein Todesurteil, für Europa die Fortsetzung entsetzlicher Verwüstungen, für die ganze Welt Gefahren aller Art bedeutet, überzeugende Argumente anführte. Die wirklichen Gründe sind erst in der am 12. Januar veröffentlichten Antwort der alliierten Regierungen auf die Note Wilsons enthalten: Sie liegen in dem Vernichtungswillen, wie er sich in den dort mitgeteilten Kriegszielen manifestiert.

Die Vorbereitung der Öffentlichkeit auf die Ablehnung der Friedensverhandlungen zeigt uns wieder die traditionelle Geschicklichkeit der Staatsmänner an der Themse. Daß Lloyd George bei seiner ersten Antwort im Parlament sich in heftigen Schmähungen erging, brauchte nicht zu überraschen. Temperament und Gewohnheit machen ihn für die Anwendung anderer Formen der Polemik nicht sehr geeignet. In der englischen Presse gab es aber neben den ablehnenden Äußerungen auch einige, aus denen die Hoffnung geschöpft werden konnte, die Antwort der Entente werde Verhandlungen möglich machen. Wenn man, wie England, für verletzte Rechte und Freiheiten, für die Anerkennung des Grundgesetzes der Nationalitäten, für Kultur und Fortschritt kämpfen will, kann man nicht ohne alle Umschweife erklären, daß ein paar Millionen Tote und Krüppel keine große Rolle in der Rechnung spielen. So war es denn folgerichtig, daß dem Bundesgenossen im Osten, den die angelsächsisch zivilisierte Welt ja doch nicht als Kulturträger anerkennt, zuerst die Aufgabe zufiel den Ablehnungswillen zum offenen Ausdruck zu bringen. England entschied, daß das Blutvergießen, das Zerstören, das entsetzliche Leiden der Bevölkerung auf den Kriegsschauplätzen und die von Tag zu Tag zunehmende Bedrängnis der Neutralen fortzudauern haben, weil die britischen Kriegsziele noch nicht erreicht sind; die Duma gab den Schauplatz ab, an dem der Welt diese Tatsache bekanntgegeben wurde; und die augenblicklichen Lenker des französischen Staatsschiffs wurden damit betraut die englische Entschließung zu formulieren und zu begründen.

So ist der eigentliche Kriegsursheber, der entschlossene Träger des Willens zur Fortsetzung des Krieges in den Hintergrund getreten, und damit wurde denjenigen Politikern unter uns, die Verständigungsmöglichkeiten nur im Westen erblicken, das Stichwort gegeben. Die russische Regierung entpuppte sich wieder einmal als die Gesellschaft von Barbaren, die am ungestümsten nach Fortdauer des Krieges ruft, während es bei England so aussah, als hätte man dort vielleicht mit sich reden lassen, wenn die Rücksicht auf die Verbündeten nicht gewesen wäre. Nun hat in der Tat in Rußland in den letzten Monaten die Kriegspartei wieder die Oberhand gewonnen. Stürmer, der auf einen Frieden mit Deutschland hinarbeitete, ist mit englischer Hilfe nach der Polenproklamation der Mittelmächte beseitigt worden. Dazu kommt, daß der größte Teil der besetzten Gebiete früher russisch war, und daß Rußland Ursache zu der Annahme zu haben glaubt, bei einem Friedensschluß im gegenwärtigen Augenblick bestehe wenig Aussicht ohne Gebietsverringerung davanzukommen. Gewiß ist die militärische Situation, in der sich Rußland befindet, für uns höchst erfreulich, und wir vertrauen darauf, daß Hindenburg und seine Armee auch noch weiter auf die russischen Reden mit entsprechenden Taten antworten werden. Deshalb darf aber nicht verkannt werden, daß im Grunde genommen bei Rußland die schroffste Ablehnung des Friedensangebots am erklärlichsten war. Und wir dürfen vor allem nie die Tatsache aus dem Auge verlieren, daß selbst ein russischer Kriegswille den Krieg nicht verlängern kann, wenn dies nicht in erster Linie den englischen Wünschen entsprechen würde.

Damit ergeben sich für die Mittelmächte die Schlußfolgerungen von selbst. Bei einem jetzt durch Verhandlungen herbeizuführenden Frieden wäre von der deutschen Linken und wohl auch vom deutschen Volk in seiner Mehrheit das größte Entgegenkommen gegen den Westen gebilligt worden. Aber die Ablehnung des Friedensangebots stellt schließlich den Beweis dafür dar, daß wir die Hoffnung auf die Orientierung nach dem Westen aufgeben müssen. Für viele in unseren Reihen bedeutet das, daß eine Hoffnung begraben werden muß. Aber auch sie werden endlich begreifen, daß dieser Krieg, der in Europa ausgefochten wird, tatsächlich ein Weltkrieg ist, an dem England nicht als europäische sondern als Weltmacht beteiligt ist. Die geographische Lage hat es gefügt, daß der Sitz des englischen Imperiums, die Wohnstätte der englischen Oberklasse, die die Früchte dieses Imperiums genießt, und der Eisen- und Kohlen schätze, die den Ausgangspunkt dieses Imperiums, aber schon lange nicht mehr seine Grundlage bilden, dem Westen Europas vorgelagert sind. Aber damit ist England nicht eine europäische Macht geblieben. Es besitzt den halben Erdball und hat ihn bisher mit einem vergleichsweise geringen Aufwand an militärischen Machtmitteln dadurch zu verteidigen gewußt, daß es auf dem europäischen Kontinent das bekannte *Gleichgewicht der Kräfte* aufrechterhielt. Die aufstrebende Industrie-, Handels- und Kapitalmacht Deutschlands hat in englischen Augen dieses angebliche Gleichgewicht zerstört. England organisierte daher den Bund der Gegner Mitteleuropas, um Deutschland wirtschaftlich zurückzuwerfen und so die englische Suprematie auf dem Weltmarkt aufs neue zu festigen. Das deutsche Friedensangebot hätte England einen billigen Ausgleich mit Deutschland nach dem Grundsatz »Leben und leben lassen« ermöglicht. Durch die Ablehnung dieses Angebots aber hat England aufs neue bekundet,

daß es ihm nicht um eine Abgrenzung der widerstreitenden Interessen sondern nur um eine Vernichtung Deutschlands als industrielle Großmacht zu tun ist. Die deutsche Sozialdemokratie hat lange, auch noch während des Krieges, dem Wort vertraut, daß die Erde Raum für alle habe. Das britische Kriegsziel sollte nun endlich auch der deutschen Sozialdemokratie die Überzeugung beibringen, daß für das Bewußtsein Englands dieser Grundsatz nicht besteht. Die angelsächsische Eroberernation begnügt sich nicht damit die halbe Welt zu beherrschen; ihr Ziel ist die Herrschaft über die ganze. Und wenn dem so ist, so muß endlich auch die Sozialdemokratie, die nicht müde wurde in diesem Krieg zu betonen, daß sie bei allen Sympathien für internationale Verständigung doch eine deutsche Partei ist und sein will, ihre Anschauungen über die Kriegsziele und das Kriegsende im besondern und über die auswärtige Politik im allgemeinen mit der durch England geschaffenen Weltlage in Einklang bringen. Die deutsche Sozialdemokratie hat von dem, dem deutschen Volk im Übermaß zugemessenen Doktrinarismus vielleicht den größten Anteil erhalten. Aber schließlich gibt es doch eine Sprache der Tatsachen, der sich auch die schönsten vermeintlichen Grundsätze beugen müssen. Und solch ein Grundsatz, an den die deutsche Sozialdemokratie stets geglaubt hat, obgleich sie eigentlich gar keine Argumente für ihn anführen konnte, ist der Satz von der notwendigen Übereinstimmung innenpolitischer Vorstellungen mit außenpolitischen Maßnahmen. Wir müssen endlich erkennen, daß Demokratie im Innern noch nicht Anerkennung der Freiheit auch für andere Völker bedeutet. Wir müssen im besondern einsehen, daß gerade in England die innere Demokratisierung mit der Beherrschung anderer Nationen und der Niederhaltung anderer Staaten Hand in Hand ging. Und darum sollte für unsere Außenpolitik nicht die Innenpolitik der anderen Staaten entscheidend sein. Was wir anstreben müssen, ist Sicherheit unserer Existenz, Freiheit für die Entwicklung, die wir für richtig halten, und die Stärkung unserer schaffenden Kräfte, durch die Deutschland nicht nur sich selbst sondern der allgemeinen Kultur-entwicklung dient. Das deutsche Volk geht nicht darauf aus andere Völker zu unterjochen. Ja, es würde nur mit dem größten Widerstreben und nur, wenn höhere Interessen eines größern Wirtschaftskomplexes dies unbedingt erfordern, die Selbständigkeit anderer Nationen auch nur teilweise beschränken. Aus diesem Grund würde es zum Beispiel auch eine Regelung der belgischen Frage, die ohne Verletzung der nationalen Souveränität Belgiens möglich ist, jeder andern Lösung vorziehen. Aber der Vernichtungswille, den England aufs neue durch die Ablehnung unseres Friedensangebots erkennen ließ, erfordert gebieterisch, daß das belgische Einfallstor den Engländern endgültig und fest verschlossen wird. Eine Bürgschaft dafür, daß es nicht wieder geöffnet wird, könnte man am ehesten, neben einer Kontrolle der auswärtigen Politik, in einer Verkehrsmittelgemeinschaft mit Belgien erblicken, die uns militärisch sicherstellte, und bei der doch Belgien die volle Selbständigkeit der innern Politik wie die Freiheit der nationalen Entwicklung gewahrt bliebe.

Ist die belgische Frage von uns in der Hauptsache unter dem Gesichtswinkel der Sicherung Deutschlands gegen England zu betrachten, so können wir bei unserm Verhalten gegenüber Frankreich von ganz anderen Erwägungen ausgehen. Selbst den uns als unmöglich erscheinenden Fall eines Sieges der

Entente vorausgesetzt, der dieser erlaubt ihre Kriegsziele zu verwirklichen, ist Frankreich durch diesen Krieg so erschöpft worden, daß es kaum noch unter den Weltmächten seine eigene Politik machen kann. Es hat für die Erfüllung seiner Revancheidee das Beste geopfert, was es besaß; seine Volkskraft. Indes, innerhalb einer Mächtegruppierung kann es auch in der Zukunft noch große wirtschaftspolitische wie kulturelle Bedeutung haben. Diese dem zukünftigen Frankreich zu schmälern haben wir gar keine Veranlassung. Niemand in Deutschland haßt Frankreich, niemand hat ihm seine Stellung unter den Völkern des Erdballs mißgönnt. Vielfältig sind die geistigen Bande, die die deutsche mit der französischen Kultur verknüpfen. Die Revancheidee, die schon lange Jahre ihre Kraft verloren hatte, dann durch England neu belebt wurde, kann auf die Dauer nicht das ausschlaggebende Moment für die Beziehungen beider Völker zu einander bleiben. Ihren militärischen Ruf, der durch die Ereignisse des Jahres 1870-1871 verdunkelt schien, haben die Franzosen wiederhergestellt. Es liegt also kein Anlaß vor, weshalb man in Frankreich später, wenn Leidenschaft, Haß und Wut einmal verraucht sind, die Entscheidungen dieses Krieges nicht anerkennen sollte.

Die Gestaltung der Westgrenze wird natürlich bedingt durch das, was im Osten erreichbar ist. Deutschland braucht nach diesem fürchterlichen Existenzkampf Sicherheiten für seine zukünftige Entwicklung. Wir müssen also eine Bündnispolitik vorbereiten, die das Zusammenwirken einer Koalition wie der gegenwärtigen unter Englands Führung gegen uns für die Zukunft unmöglich macht. Der Friede, den wir erstreben, muß vor allem diesem Bedürfnis Rechnung tragen, wenn er uns befriedigen soll. Stellen wir uns dieses Ziel, so müssen wir in erster Linie bedenken, daß alles, was von den Beteiligten als Verletzung ihrer elementarsten Lebensinteressen betrachtet werden muß, die Neigung zur Fortsetzung mächtiger Koalitionen gegen das mitteleuropäische Gebiet verstärken muß. Politische Klugheit spricht nun offenbar in höchstem Maß dafür, daß dieser Gesichtspunkt vor allem unseren Nachbarn im Osten gegenüber beachtet wird. Friedensbedingungen, die uns die Freundschaft Englands für die Zukunft sicherten, sind nicht denkbar. Trägt England aus diesem Krieg keinen positiven Gewinn davon, so wird es mit Eifer neue Koalitionen gegen uns zusammenzubringen suchen, aber teilen wird es die Weltherrschaft mit niemandem wollen. So ist die Gewinnung seiner Freundschaft durch Entgegenkommen ein fruchtloses Beginnen. Anders liegen die Verhältnisse im Osten, sowohl bei Rußland wie bei Japan. Die deutsche Sozialdemokratie wird allerdings am gründlichsten bei der Betrachtung des russischen Problems umzulernen haben. Aber alle Deklamation über die Verderbtheit russischer Regierungsmaximen, alle Entrüstung über den Zarismus und seine Methoden befreien uns nicht von der Notwendigkeit den Gegner im Osten zu entwaffnen. Rußland ist gegen Deutschland in den Krieg gezogen, weil es in ihm die stärkste Stütze der österreichisch-ungarischen Monarchie, den Interessenten an geordneten Zuständen auf dem Balkan und den Schützer der nationalen Unabhängigkeit der Türkei erblickte. Gegen Deutschland gerichtete unmittelbare Interessengegensätze, die nur durch einen Krieg zu beseitigen sind, bestanden vor dem Krieg nicht, und sie werden auch nach dem Krieg nicht bestehen. Die freie Durchfahrt durch die Dardanellen, dieses russische Kriegsziel, können die Russen von Deutschland und seinen Verbündeten mit grö-

Berer Sicherheit erhalten als von der Entente. Die Umbildung der friedlichen Slawophilie in einen aggressiven politischen Panslawismus entspricht wohl der bisherigen russischen extensiven Methode. Aber dieser Bewegung fehlt das elementare wirtschaftliche Bedürfnis als Grundlage, sie ist daher viel leichter einzudämmen und zu beseitigen als der britische Imperialismus mit seiner, im Wirtschaftlichen wurzelnden, wenn auch nicht ausschließlich durch wirtschaftliche Erwägungen bedingten Grundlage. Eine den Bedürfnissen der Nationalitäten Rechnung tragende Regelung der Balkanfrage kann viel zur Eindämmung panslawistischer Strömungen beitragen. Die Sicherung unseres Gebiets durch Annexionen an unserer Ostgrenze vermag ich mir nicht vorzustellen. Dazu fehlt mir jegliches militärische Sachverständnis. Noch weniger bin ich imstande zu beurteilen, ob ein Pufferstaat, etwa ein Königreich Polen oder ein Herzogtum Litauen, unsere Grenzen im Osten schützen könnte. Bleiben diese sogenannten Pufferstaaten als unabhängige Staaten bestehen, so sind sie auch Versprechungen unserer Feinde zugänglich; allerhand wirtschaftliche Interessen oder politische Konstellationen könnten später dazu führen, daß Staaten, die jetzt als Schutzstaaten des deutschen Gebiets geschaffen werden, unsere Position nicht stärken sondern schwächen. Jedenfalls entheben uns solche Maßnahmen im Osten nicht der Pflicht unser Verhältnis zu Rußland so zu gestalten wie es die beiderseitigen Interessen zulassen, und wie es der Sicherung des Friedens dienlich ist.

In der russischen Presse pflegt man vielfach Ausführungen, die in deutschen Zeitungen und Zeitschriften über die deutsch-russischen Beziehungen gemacht werden, als Beweis für die deutsche Kriegsmüdigkeit den Lesern vorzuführen. Da auch wir geneigt sind aus Presseäußerungen uns willkommene Tatsachen in feindlichen Ländern herauszulesen, so braucht man sich durch diese Methode der russischen Presse nicht irremachen zu lassen. Denn schließlich entscheiden ja doch nicht Illusionen und Wünsche, auch nicht Vorurteile, Sympathieen oder Antipathieen, sondern die eigentlichen Interessen der beteiligten Völker. Sind die deutschen und die russischen Interessen mit einander auszugleichen, so liegt kein Grund vor solchen Ausgleich nicht zu erstreben, mag solches Bestreben von unseren Gegnern nun so oder so gedeutet werden. Ein politisches Verständigungsstreben schwächt unsere militärische Kraft nicht im geringsten. Hören wir also ruhig damit auf bei unserm politischen Vorgehen immer ängstlich danach zu fragen, was wohl der Gegner dazu sagt. Richten wir uns vielmehr einfach nach unserm Interesse. Wir können dabei voraussetzen, daß auch der Gegner sich nach dem seinigen richten wird. Das deutsche Interesse verlangt nun über kurz oder lang den kontinentaleuropäischen Zusammenschluß, wie er hier in den Sozialistischen Monatsheften des öfters dargelegt worden ist. Nur wenn das kontinentale Europa (zunächst Mitteleuropa) nebst Vorderasien sich zu einem zusammenhängenden Wirtschaftsgebiet vereinigt, kann es seine Produktivkraft zur Entfaltung bringen; nur dann kann das verwirklicht werden, was die Note Deutschlands an die Neutralen am 11. Januar als deutsches Kriegsziel aufstellt: daß »allen Staaten des europäischen Kontinents« die Möglichkeit gegeben wird »in gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung gemeinsam an der Lösung der großen Kulturprobleme zu arbeiten«. Dieses Wirtschaftsimperium tritt neben die anderen schon vorhandenen oder sich bildenden Weltreiche: das britische Reich, Amerika, Rußland, endlich Ostasien

unter japanischer Führung. Daß die beiden angelsächsischen Weltreiche enge Beziehungen zu einander haben werden, scheint sehr wahrscheinlich. Auf der andern Seite haben sich Rußland und Japan zu einem Bündnis zusammengefunden. Für das Deutsche Reich entsteht nun die Frage, wie es sich, unter den so geschaffenen allgemeinen Voraussetzungen der Weltpolitik, diesen Mächtegruppen gegenüber in Zukunft zu verhalten haben wird.

Der Friede, wie er uns heute als möglich erscheint, wird in Europa Deutschland und seine Verbündeten als eine Gruppe erblicken, deren Wirtschaftsgebiet sich von den Elbmarschen bis an die Fluten des Golfs von Persien erstreckt. So hat Deutschland im Zusammenschluß mit seinen Verbündeten den Kern jenes großen Wirtschaftsgebiets erkämpft, das den anderen Weltreichen als geschlossenes Wirtschaftsgebiet zur Seite tritt. Klimatisch ungünstiger gelegen als die anderen Weltreiche, braucht es eine Ergänzung durch ein ausreichendes Kolonialgebiet, das ihm die Möglichkeit gibt die Produkte der heißen Zone, die nicht auf seinem Heimatboden erzeugt werden können, aus eigenem Herrschaftsbereich einzuführen. Für dieses Kolonialgebiet findet sich in Afrika Raum genug. Seine Beschaffung ist eine der Friedensbedingungen, auf denen das deutsche Volk bestehen muß. Gesichert wird dieses Kolonialgebiet durch eigene Seegeltung und durch die Pflege einer Bündnispolitik, die eine abermalige Koalition der ganzen Welt gegen Deutschland unmöglich macht. Nun steht das Gebiet von der Nordsee bis zum Persischen Meerbusen in den innigsten Wechselwirkungen mit dem benachbarten russischen Riesenreich. Seine Entfaltung bedingt nicht nur den Frieden sondern auch den ständigen Austausch von Produkten mit dem russischen Nachbarn. Gerade von Sozialisten sollte man Verständnis für diese Weltgestaltung verlangen. Die Aufteilung der Welt in große Einflußsphären und Wirtschaftsgebiete bildet zweifellos einen organisatorischen und die Produktion von Gütern fördernden Schritt. Es ist möglich, daß spekulativer Überseehandel, rücksichtslose Kolonialexploitation und andere Möglichkeiten zum schnellen Erwerb großer Reichtümer bei einer solchen Einteilung der Welt zu kurz kommen. Aber manche Reibungsfläche wird dadurch verringert, viele gemeinschaftliche Interessen werden stärker betont und eine Art von wirklichem Gleichgewicht der Kräfte, nicht nur in Europa sondern auf dem Erdenrund, bahnt sich durch diese Teilung der Welt in Wirtschaftsimperien an. Der Gedanke der rationellsten Produktionsmethode, der Herrschaft des ökonomischen Prinzips, das mit dem geringsten Aufwand an Mitteln den größten Produktionsertrag erzielen will, erfährt dadurch eine ungeahnte Förderung auch in Gebieten, in denen er bisher noch nicht durchgeführt war. Die Handelsbeziehungen der Völker werden auf ganz neue Grundlagen gestellt. Zollsätze und handelspolitische Grundsätze gewinnen einen ganz andern Charakter. Es ist im Grunde genommen das die Produktivkräfte der Völker entfesselnde und damit auch ihren Bedarf sichernde Prinzip, das durch diese Bestrebungen zu größerem Einfluß gelangt als das Erwerbsinteresse der einzelnen Völker, das zum Schaden des Weltfriedens und der Entwicklung der Schaffenskraft der Menschheit gegenwärtig die internationalen Beziehungen beherrscht. Auf diese organische Gestaltung der Welt, die sich im gegenwärtigen Weltkrieg vorbereitet, sollten insbesondere die sozialistisch geschulten Politiker hinarbeiten. Und so mag die Hoffnung nicht unberechtigt erschei-

nen, daß von diesem Gesichtspunkt aus das Problem Deutschland-Rußland auch bei der deutschen Sozialdemokratie eine andere Beurteilung erfährt als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Vorerst sind wir noch nicht so weit, um Friedensprobleme von jener Weite erschöpfend zu behandeln wie sie in der hier angedeuteten Aufteilung der Welt in große Einflußsphären enthalten sind. Aber so viel dürfte sicher sein, daß das Deutschland, das nach dem Krieg in engem Zusammenwirken mit seinen Verbündeten Mitteleuropa und Vorderasien als unmittelbarstes Wirkungsgebiet besitzen wird, einen engen Anschluß an das großbritannische Wirtschaftsgebiet nicht finden kann. Denn dem britischen Gedanken der Fortdauer des Handelskriegs nach dem Friedensschluß liegt ja gerade die Erwägung zugrunde, Großbritannien könne eine Wirtschaftscoalition bilden, die durch Ausschluß des deutschen Wettbewerbs oder mindestens durch Erschwerung des Verkehrs mit Deutschland den Nebenbuhler auf dem Weltmarkt erheblich schädigen könne, wenn er nicht im Weltkrieg abgetan werden kann. Rußland hat sich diesen Bestrebungen auf einen Handelskrieg nach dem Krieg widersetzt, weil es zur Genüge seine volkswirtschaftlichen Bedürfnisse kennt, die einen engen Austauschverkehr mit seinen Nachbargebieten Deutschland, Österreich-Ungarn, dem Balkan und der Türkei unbedingt notwendig machen. Die Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Bedürfnisse, das Aufeinanderangewiesensein der Produktivkräfte bei Deutschland und bei Rußland ist von ausschlaggebender Bedeutung. Es zeigt uns, wo wir in der Zukunft Bündnispolitik zu treiben haben, wenn diese auf dem sichersten Fundament aufgebaut sein soll: auf sich ergänzenden wirtschaftlichen Interessen. Ob man das in Rußland begreifen wird, bleibt abzuwarten. Die russische Politik hat den Panslawismus als Mittel zur Förderung ihrer Ziele gebraucht, die sie vor diesem Weltkrieg hatte. Nun, da sie diese Ziele doch nicht erreichen kann, wird sie wohl eine Umorientierung vornehmen müssen. Sie wird der panslawistischen Bewegung Herr werden, wenn der Blutausch des Weltkriegs verflogen ist und die Frage der Neugruppierung der Weltmächte gelöst werden muß. Dann entscheiden nicht wilde Spekulationen oder mystische Schwärmereien, sondern die Anforderungen des Wirtschaftslebens auf der Grundlage des durch den Krieg Gewordenen.

LUWIG QUESSEL · RUSSLAND UND DAS DEUTSCHE FRIEDENSANGEBOT



ALS der Reichskanzler am 12. Dezember 1916 das Friedensangebot der Mittelmächte im Reichstag bekannt gab, hat man bei uns ein Entgegenkommen darauf wohl zunächst von den Westmächten, insbesondere aber von England erwartet. Betrachtet man lediglich die Kriegskarte, so kann man in der Tat sagen, daß von allen kriegsführenden Staaten England zweifellos diejenige Macht ist, die am allerwenigsten Ursache hat ein Friedensangebot zurückzuweisen.

Der Tatbestand, den wir dabei ins Auge fassen müssen, ist der folgende: Britisches Gebiet ist vom Feind überhaupt nicht, auch nicht vorübergehend, besetzt worden. Andererseits hat Großbritannien alle unsere kolonialen Gebiete, sowohl die in Afrika wie die in der Südsee, fast vollständig in seiner

Gewalt. Auch wer den Wert unseres in der ganzen Welt zerstreuten Kolonialbesitzes für uns nicht hoch einschätzt, wird doch zugeben müssen, daß er für England von enormer Bedeutung ist. Unsere Kolonien in Afrika zum Beispiel ermöglichen den Aufbau eines britischen Reiches vom Kap bis Kairo und dessen militärische Sicherung durch eine durchgehende Bahn. Erwägt man, daß die Franzosen eine schwarze Armee von 400 000 Mann in diesem Krieg tatsächlich aufgestellt haben, so scheint der britische Plan in dem großen zusammenhängenden Reich in Afrika, das durch Einverleibung der deutschen Kolonien entstehen soll, künftig eine schwarze Armee von einer Million Mann aufzustellen keineswegs phantastisch. Dieses für koloniale Verhältnisse gewaltige Heer könnte England aber nicht nur überall in Afrika sondern mit Hilfe der Kap-Kairo-Bahn auch in Asien gegen die Türkei, Rußland und Japan verwenden. In gewissem Sinn kann man daher sagen, daß die Annexion der deutschen Kolonien England nicht nur zum Herrscher über ganz Afrika machen sondern auch seine Machtstellung in Asien gegenüber der Türkei, Rußland und Japan wesentlich erhöhen würde. Wie der Wert der zumeist von britischen Truppen besetzten deutschen Kolonien für die Machtsteigerung des britischen Weltreichs, so darf auch bei einem Studium der Kriegskarte nicht der Umstand übersehen werden, daß England gegen die Zentralmächte das Weltmeer besetzt hält, was die Entwertung unserer Valuta zur Folge gehabt hat, die sich nach dem Frieden nur langsam und nicht ohne schwere Entbehrungen des ganzen Volkes wird überwinden lassen. Zum Glück können wir dem großen Gewinn, den die Kriegskarte für England verzeichnet, den Besitz der flandrischen Küste entgegenstellen. Freilich ist sie unser einziges Faustpfand, das sich gegen England richtet. Deshalb wäre ihre dauernde Behauptung wohl nur möglich, wenn wir auf die Wiedergewinnung unserer Kolonien verzichten wollten. Einen Frieden auf Grund der Kriegskarte braucht England für sich selber demnach nicht zu fürchten.

Sehr ungünstig liegt die Kriegskarte dagegen für Rußland. Für die Russen wäre die Bereitwilligkeit mit uns auf ihrer Grundlage in Friedensverhandlungen einzutreten allerdings das Eingeständnis der Niederlage. Und dies um so mehr, als die Mittelmächte, einen Teil des Friedensergebnisses vorwegnehmend, Kongreßpolen bereits vom russischen Staatskörper losgelöst haben. Wie im übrigen ein Frieden auf Grund der Kriegskarte für Rußland ausfallen würde, wissen wir nicht. In Rußland hat man aber nicht übersehen, daß die Orientierung namentlich der deutschen Linken ausschließlich gegen Rußland gerichtet ist, während man sich mit dem Westen gern verständigen möchte, und daß insbesondere auch der Sprecher der deutschen Sozialdemokratie in seiner berühmt gewordenen Formulierung der sozialdemokratischen Kriegsziele (»Was französisch ist, soll französisch, was belgisch ist, soll belgisch, und was deutsch ist, deutsch bleiben«) verzichtet hatte zu fordern, daß auch, was russisch ist, russisch bleiben soll. Vergewärtigt man sich, daß es sich bei der Loslösung der Polen, Litauer, Letten und Balten vom russischen Reich für Rußland um den Verlust von zirka 15 Millionen Menschen handelt, die zusammen ein Gebiet fast so groß wie das Königreich Preußen bewohnen, so wird man begreifen, welch ungeheuren Eindruck in Rußland die Unabhängigkeitserklärung Kongreßpolens, in der man den ersten Schritt zur Verwirklichung eines auf eine solche Verkleine-

rung Rußlands abzielenden Programms sah, hervorrief. Die unmittelbaren politischen Folgen schildert Professor Otto Hoetzsch wie folgt:

»Aus den Dumaverhandlungen seit dem 2. Dezember wird unsere von Anfang an vertretene Auffassung nunmehr endgültig bestätigt, daß Stürmers ausgesprochene und bewußte Politik war eine Annäherung an Deutschland und einen Frieden eventuell auch ohne England herbeizuführen, und daß seine Politik, die ihre Kreise schon ziemlich weit zog, an der Erklärung des unabhängigen Polens durch die Zentralmächte scheiterte. Damit haben die letzteren eine Lage geschaffen, die jetzt unausweichlich eine Konsequenz nach der andern bringt.«¹⁾

Die russische Antwort auf das Friedensangebot ist sicherlich durch den Eindruck bestimmt worden, daß die Politik der Mittelmächte bereits antirus-sisch präjudiziert sei. Sowohl Pokrowskijs Rede als auch der Beschluß der Duma lassen keinen Zweifel daran, daß Bürgertum und Regierung in Rußland einen Frieden auf solcher Grundlage nur hinnehmen werden, wenn er ihnen mit Waffengewalt aufgezwungen werden kann.

Nun konnte freilich die russische Antwort auf das deutsche Friedensangebot nur dann ablehnend lauten, wenn man in Rußland sicher war, daß England, das die amerikanischen und japanischen Kriegslieferungen an Rußland finanziert, diese Ablehnung erwünscht wäre. Dies vorausgesetzt, ist es aber begreiflich, daß das Nein zuerst in Rußland erschalle. In der Duma herrscht eben die Überzeugung, daß der von Deutschland erstrebte Frieden sich gegen Rußland, und zwar nur gegen Rußland, richtet. Frankreich und Belgien sollen im Frieden die von uns zurzeit besetzten Gebiete zurückerhalten, Rußland dagegen, so nimmt man in Petersburg an, soll alles oder doch das meiste von dem verlieren, was das Glück der Schlachten in deutscher Besitz gebracht hat. Behält man diesen Sachverhalt im Auge, so ist es schwer zu begreifen, daß ein großer Teil unserer Parteipresse, als das Wolffsche Bureau die Antwort des russischen Ministers des Auswärtigen auf das deutsche Friedensangebot veröffentlichte, den Artikel einer Berliner Korrespondenz ohne Vorbehalt zum Abdruck brachte, der die Rede Pokrowskijs als ein »schurkisches Verbrechen« gegen die verbündeten Westmächte hinstellte. Und warum? Weil »kein englischer [!], kein französischer, kein italienischer Minister gesprochen hat wie Pokrowskij«. Als jener Artikel geschrieben wurde, war daran so viel wahr, daß Briand und Sonnino am 13. Dezember vor den Kammern den Eingang des deutschen Friedensangebots bekannt gegeben hatten, ohne aber ihre Stellung dazu irgendwie festzulegen. Die englischen Minister hatten im Unterhaus darüber aber überhaupt noch nicht gesprochen, so daß der Artikelschreiber auch nicht wissen konnte, ob sie sich dem deutschen Friedensangebot gegenüber entgegenkommender als Pokrowskij verhalten würden. Daß England für die Ablehnung des deutschen Friedensangebots eifrig wirkte, konnte man allerdings auch vor der Rede Pokrowskijs klar aus den Preßstimmen erkennen, die das unter Aufsicht des Foreign Office arbeitende Bureau Reuter schon am 13. Dezember über die ganze Welt verbreitete. Wenn man da las, daß das liberale Daily Chronicle als englische Bedingung für ein Eingehen auf das deutsche Friedensangebot gleich die »Auslieferung der deutschen Flotte sowie der gesamten deutschen Artillerie« aufstellte, und die Times jedes Friedensangebot, das nicht einen »Triumph des Rechts [lies: Englands]« bedeutet, schroff zurückwies, so konnte man sich eine lebhafte Vorstellung davon machen,

¹⁾ Siehe Hoetzsch Der Krieg und die große Politik, in der Kreuzzeitung vom 20. Dezember 1916.

wie Lloyd Georges Antwort auf unser Angebot wohl lauten würde. Das »schurkische Verbrechen« Pokrowskij's vom 16. Dezember war in Wirklichkeit nur ein abgeschwächtes Echo der britischen Zeitungsartikel vom 13. und 14. Dezember. Nachdem die vom Foreign Office inspirierte Presse das deutsche Friedensangebot in schroffster Weise abgelehnt hatte, war damit für jeden Einsichtigen die Haltung der britischen Regierung klar. Die Rede Lloyd Georges konnte nur noch die Siegel unter die bereits am 13. Dezember getroffene Entscheidung drücken. Als Pokrowskij am 16. Dezember vor der Duma sprach, waren die Würfel im Sinn einer Ablehnung des deutschen Friedensangebots in London längst gefallen.

Eines besondern Drucks von seiten Englands zur Ablehnung des deutschen Friedensangebots bedurfte es in Petersburg nicht. Die Russen fühlten sich als die einzig Bedrohten, da ihrer Meinung nach Deutschland ja einen Frieden mit den Westmächten auf Kosten Rußlands anzubahnen suchte. Immerhin muß man aber sagen, daß die Rede Pokrowskij's im Vergleich mit der Lloyd Georges noch gemäßigt klingt. Solche Schmähungen Deutschlands, wie sie Lloyd George ausstieß, wird man in Pokrowskij's Dumarede vergeblich suchen. Ähnliches läßt sich allerdings auch von den Reden Briands und Sonninos sagen. Sonnino hat kaum ein Wort mehr gesagt als er in der einmal gegebenen Situation sagen mußte. Briands Reden versuchen mit Leidenschaft die Schuld für den Ausbruch des Krieges auf Deutschland zu wälzen und die Hoffnung auf einen baldigen Sieg der Entente aufrechtzuerhalten, die Frankreich braucht, um nicht zusammenzubrechen. Berücksichtigt man die Situation, in der sich Frankreich, Rußland und Italien befinden, so muß man sagen, daß die Reden ihrer Minister gegenüber der Hetz- und Drohrede des britischen Premiers sehr zu ihren Gunsten abstechen.

Diejenigen in unseren Kreisen, die über die Behandlung unseres Friedensangebots gerade in Rußland besonders entrüstet waren und diese Entrüstung auch zur Förderung ihrer politischen Ziele benutzten, wollen die Situation nicht begreifen, die gerade durch die von ihnen propagierte westliche Orientierung entstehen muß; sie nehmen also die Wirkungen ohne ihre Ursachen. Man mache sich doch einmal den gewaltigen Abstand in der Behandlung von Ost und West gerade in diesen Kreisen klar. Im Osten und im Westen haben wir große Gebiete besetzt. Während nun das Kriegsziel für den Osten lautet, daß die in den besetzten Gebieten lebenden Polen, Litauer, Letten und Balten nicht mehr der Herrschaft des reaktionären Rußlands ausgeliefert werden dürfen, lautet das Kriegsziel für den Westen, die besetzten Gebiete, die französisch waren, sollen an Frankreich, die belgisch waren, an Belgien zurückgegeben werden. Niemand kann glauben, daß man in Petersburg den Unterschied, den der von uns erstrebte Frieden zwischen Ost und West machen will, nicht begreift. Wie falsch andererseits die Auffassung wäre, daß Rußland sich mit dem Verlust dieses großen Gebietskomplexes leicht abfinden würde, zeigt der Heeresbefehl des Zaren vom 25. Dezember. 2½ Jahre hat die britische Diplomatie sich vergebens bemüht die russische Regierung zu einem Aufruf zu bestimmen, der den russischen, preußischen und österreichischen Polen die Wiederherstellung des polnischen Staates verhieß. Je mehr England, wie aus den vom Foreign Office inspirierten Zeitungen leicht zu ersehen war, in dieser Richtung tätig war, um so zäher wurde der russische Widerstand. Nun ist dieser Widerstand durch die Auffassung, Deutschland

wolle mit den Westmächten einen Frieden auf Kosten Rußlands anbahnen. gebrochen. Die dem russischen Reich aus der westlichen Orientierung unserer politischen Kriegführung drohende Gefahr wurde nun in Petersburg für so groß erachtet, daß ein Gegenschlag nicht mehr vermeidlich schien. Der Zar persönlich setzte sich dafür ein, indem er sich in seinem Heeresbefehl dazu wie folgt äußert:

»Unter dem Druck der deutschen Armee, die dank ihren technischen Mitteln außerordentlich stark war, wurden Rußland und Frankreich im Lauf des ersten Kriegsjahrs gezwungen dem Gegner Teile ihres Gebiets zu überlassen. . . Indessen konnte der Gegner bereits im Herbst 1915 sich keines Stückchens russischer Erde mehr bemächtigen, während er im Frühling und Sommer 1916 eine Reihe furchtbarer Niederlagen erlitt und an unserer ganzen Front von der Offensive zur Defensive übergieng. . . Die Alliierten haben . . . ihrerseits gegenwärtig die Möglichkeit Friedensverhandlungen in dem Augenblick zu beginnen, den sie als günstig für sich betrachten. Der Augenblick ist noch nicht gekommen. Der Gegner ist noch nicht aus den Gebieten vertrieben, deren er sich bemächtigte. Die Erfüllung der durch den Krieg geschaffenen Aufgaben Rußlands, der Besitz Konstantinopels und der Meerengen, die Schaffung eines in allen 3 gegenwärtig getrennten Teilen freien Polens, ist noch nicht gewährleistet. . . Ich zweifle nicht, daß jeder treue Sohn des heiligen Rußlands . . . von dem Bewußtsein durchdrungen ist, daß der Friede dem Gegner erst dann aufgezwungen werden kann, wenn er aus unseren Gebieten vertrieben, endgültig zerschmettert ist.«

Es ist gewiß nicht leicht die genaue Bedeutung dieser wichtigen Auslassung des Zaren klar herauszuschälen. Die Presse aller Länder stimmt jedoch darin überein, daß das sensationelle Moment in dem Heeresbefehl des Zaren die Ankündigung der Herstellung eines in allen 3 gegenwärtig getrennten Teilen freien Polens ist. Die englische Presse legt Wert darauf, daß der Zar wohl auf einem freien und wiedereroberten Polen besteht, aber nicht ausspricht, daß dieses Polen unter russischer Flagge stehen soll. Man kann sicher sein, daß der Verzicht des Zaren auf den so lange zäh festgehaltenen Gesichtspunkt, eine Vereinigung der preußischen und österreichischen Polen mit den russischen dürfe nur unter russischer Oberherrschaft stattfinden, unter britischem Druck zustande gekommen ist. Ganz sicher ist es dem Zaren ungeheuer schwer gefallen der Abtretung Kongreßpolens an ein neu zu errichtendes Großpolen zuzustimmen. Der Heeresbefehl des Zaren spricht nicht ohne Grund von dem »mächtigen« England. In dem Augenblick, wo England aufhört die amerikanischen und japanischen Munitions- und Waffenlieferungen an Rußland zu finanzieren, wäre das Zarenreich den Mittelmächten gegenüber zur Unterwerfung gezwungen. Sehr begreiflich also, daß der Zar zwischen seinem »edlen« (Italien) und seinem »mächtigen« Alliierten (England) zu unterscheiden versteht. Der Heeresbefehl des Zaren enthält neben der Ankündigung der Wiederherstellung eines großpolnischen Staates aus den preußischen, österreichischen und russischen Landesteilen als weiteres russisches Kriegsziel noch die Eroberung Konstantinopels und der Meerengen. Man darf wohl im Zweifel sein, ob nach der Niederwerfung Rumäniens der Zar wirklich noch eine innere Neigung hat den Krieg ins Unabsehbare Konstantinopels und der Meerengen wegen fortzusetzen, wenn er hoffen könnte im Frieden die besetzten Gebiete zurückzuerhalten. Die Frage, warum der Zar und seine neuen Minister die Eroberung Konstantinopels so stark hervorheben, beantwortet sich vielleicht damit, daß der russische Bauer, der die Masse des Heeres bildet, sich einen persönlichen Gewinn, von der Wiedereroberung der besetzten Gebiete nicht

verspricht, daß ihm aber Konstantinopel die *heilige Stadt*, die Wiege seiner Kirche ist. Mit Schrecken bemerken die russischen Pilger, die im Interesse ihres Seelenheils nach dem Grabe des Heilands wallfahren, wie immer noch über der Hagia Sophia der Halbmond der Ungläubigen weht. Wer Tod und Not leidet, um diesem Zustand ein Ende zu machen, dessen Seelenheil ist gesichert für immerdar. Für dies Ziel lohnt es sich zu kämpfen und zu sterben: das steit für den rechtgläubigen Bauern, der von frühester Jugend an von den Pilgerfahrten nach Konstantinopel und Jerusalem hört, fest. Jeder von ihnen hat einen Bekannten oder Verwandten, der im Interesse seines Seelenheils unendliche Not und Mühsal auf sich nahm, um jene heiligen Städte zu sehen. Man muß an das Mittelalter denken, um die Inbrunst zu verstehen, mit der der orthodoxe Russe für das erhabene Ziel der Gewinnung Konstantinopels für die Kirche zu leiden imstande ist, und darf dabei nicht vergessen, daß das russische Volk sich noch in dem Stadium »frühmittelalterlicher Kultur« befindet.²⁾ Wer alles dies berücksichtigt und daran denkt, daß sich England in dem Geheimvertrag von 1915 betreffend die vorderasiatischen Einflußsphären den Besitz der anatolischen Küste des Schwarzen Meeres gesichert hat, was den Engländern die für Rußland gewiß nicht angenehme Möglichkeit gäbe sich zu der Mittelmeerflotte noch eine Schwarze Meerflotte zu bauen, wird von der Verkündigung der Eroberung Konstantinopels nicht auf den festen Willen des Zaren schließen können den Krieg wirklich bis zur Aufteilung der Türkei zwischen Rußland, England und Frankreich ins Unabsehbare fortzusetzen. Vielmehr wird man folgern können, daß der Zar die Eroberung Konstantinopels deshalb jetzt so stark betont, um die Widerstandskraft seiner Truppen zu stärken, denen er ein religiöses Ideal zeigt, für das sie einstweilen weiter kämpfen und leiden sollen.

Wer nun aber aus der Tatsache dieser religiösen Ideologie im russischen Volk den Schluß zieht, daß Rußland auf die Eroberung Konstantinopels nie Verzicht leisten wird, daher auch in Zukunft unser Feind bleiben muß, der übersieht einmal, daß der Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit sich in unserm Zeitalter nicht mehr in Jahrhunderten sondern in dem Tempo der Industrialisierung vollzieht. Der übersieht aber vor allem, daß diese Ideologie wohl die große passive Kraft des Leidens, nicht aber die aktive des selbständigen Handelns auslöst; daß sie daher zwar ein ausgezeichnetes Werkzeug in der Hand derjenigen ist, deren politischer Wille jenen Zielen zustrebt, daß sie aber beim Wegfall eines solchen, von außen wirkenden Willens als tätiger Faktor ausscheidet. Dieser Wille, der sich bisher jener Ideologie bedient hat und bedient, ist selber nicht religiös sondern ökonomisch gerichtet. Von diesem Standpunkt aus bricht sich aber in Rußland immer mehr die Erkenntnis Bahn, daß nicht der Besitz Konstantinopels sondern die Verfügung über die Meerengen das Entscheidende ist. Wenn man nun dort zu der Überzeugung gelangen sollte, daß das Streben nach der freien See am allerwenigsten gerade bei Deutschland auf Widerstand stößt, und daß man im besondern die freie Durchfahrt durch die Dardanellen am besten und sichersten durch ein Einvernehmen mit der Türkei und mit Deutschland erreichen könnte, so wäre der wichtigste Antrieb, der jene Ideologie erst in Bewegung zu setzen imstande ist, in der Hauptsache ausgeschaltet, und man würde, statt der Utopie des unerreichbaren Besitzes nachzujagen,

²⁾ Siehe Hettner Rußland /Leipzig 1916/, Seite 341.

gern die Realität der ungehinderten Benutzung sich sichern wollen. Es liegt also auch nach dieser Richtung kein Anlaß vor an eine angebliche *russische Gefahr* für die Zukunft zu glauben; und noch weniger eine Notwendigkeit danach die Gegenwarts politik zu orientieren.

Um die Stellungnahme Rußlands zum deutschen Friedensangebot erschöpfend zu behandeln, bliebe noch die Frage zu untersuchen, welchen Einfluß die russische Regierung auf die Abfassung der gemeinsamen Antwortnote der Entente ausgeübt hat. Daß Rußland hier mildernd eingewirkt haben könnte, ist nicht anzunehmen. Wenn die Antwortnote im Ton wesentlich gemäßigter ausgefallen ist als die Hetzrede des britischen Premiers, so wird man dies wohl italienischen und französischen Einflüssen zuschreiben müssen. Die Antwortnote der Entente enthält zunächst zwei Mängelrügen, wie sie Kaufleute vorbringen, wenn sie nicht vertragsmäßige Ware geliefert erhalten. Der erste Mangel des deutschen Friedensangebots besteht nach der Entente darin, daß es den Krieg als einen den Mittelmächten aufgezwungenen Verteidigungskrieg hinstellt; den zweiten Mangel sieht die Entente in der Erklärung der Mittelmächte, sie hätten »gewaltige Erfolge errungen« und lebten in der »Erwartung weiterer Erfolge«. Die Entente, also auch Rußland, erklärt nun, daß diese beiden Mängel des Friedensangebots für sich allein es ihr unmöglich gemacht hätten Friedensverhandlungen mit den Zentralmächten einzutreten. Abgesehen davon mache aber vornehmlich die Nichtangabe der Friedensbedingungen der Entente die Annahme der angetragenen Friedensverhandlungen unmöglich. Dann geht die Antwortnote dazu über den Zentralmächten für ein zukünftiges zweites Friedensangebot einige Fingerzeige zu geben. Sie sollten sich dazu verstehen darin Friedensvorschläge zu machen, die ihre Bereitwilligkeit zur Gewährung von Genugtuung, Wiederherstellung und Garantie erkennen lassen. Für Rußland bedeutet dieses nun zum mindesten die Rückgabe der eroberten Gebiete und Kriegsentschädigung, so daß kein Grund zu der Annahme vorliegt, daß die russische Regierung mit der Antwortnote nicht hätte einverstanden sein können, da hiermit nach Ansicht der Russen die Westmächte das Ansinnen Deutschlands auf Kosten Rußlands einen Frieden herbeizuführen klar und bestimmt zurückgewiesen haben.

Wenn wir von der Ablehnung des deutschen Friedensangebots auf den Ausbruch des Krieges zurückblicken, so läßt sich feststellen, daß die von unserer Partei mit so viel Eifer vertretene westliche Orientierung unserer Außenpolitik weder den Frieden erhalten noch nach 2½ Jahren Krieg den Frieden wiederherstellen konnte. Es besteht kaum ein Zweifel, daß das, was Frankreich, Italien, Serbien und Rumänien von den Mittelmächten fordern, vorher mit England vereinbart worden ist. Frankreich verlangt Elsaß-Lothringen und Syrien. Was England für ein Interesse daran hat, daß Elsaß-Lothringen wieder zu Frankreich kommt, ergibt sich leicht daraus, daß »der wichtigste deutsche Eisenerzbezirk der lothringische Minettebezirk ist, auf den von der gesamten Roherzförderung der Menge nach reichlich zwei Drittel, dem Eisengehalte nach fast die Hälfte entfallen«. ³⁾ Bei allen deutschen Volkswirten herrscht angesichts der Tatsache, daß sich die Steigerung der deutschen Eisengewinnung fast ausschließlich im Minettebezirk vollzieht, nur die eine Meinung, daß der Verlust dieses Bezirks die deutsche Industrie in ihrer Lei-

³⁾ Siehe Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1912 /Berlin 1912/, Seite 98.

stungsfähigkeit auf dem Weltmarkt schwer schädigen würde. Man sieht, daß England auch ökonomisch gut orientiert war, als es bei den Franzosen die Revanchestimmung neu entfachte. Ebenso liegt auch der Verlust unserer teilweise polnischen Provinzen (Posen, Westpreußen, östliches Schlesien) an ein zu bildendes Großpolen durchaus im britischen Interesse. Ökonomisch betrachtet verlieren dadurch viele deutsche Industrien, die einen ausreichend großen innern Markt brauchen, um erfolgreich exportieren zu können, ihre gesicherte Grundlage. Militärisch betrachtet, wäre Deutschland bei Verlust seiner agrarischen Ostmarken in einem Krieg so sehr auf die überseeische Lebensmittelzufuhr angewiesen, daß es sich nur unter englischem Schutz behaupten könnte. Wenn ferner Italien sich die Randländer der Adria, Serbien sich Bosnien und die Herzegowina, Rumänien sich Ungarn bis zur Theißlinie einverleiben könnte, so wären das nicht nur Verluste der österreichisch-ungarischen Monarchie, sondern die Neuordnung Europas nach dieser Art Nationalitätenprinzip made in Great Britain würde der deutschen Industrie Gebiete verschließen, die bisher 30 % ihrer auswärtigen Zufuhren aus Deutschland bezogen und uns dafür wertvolle Rohmaterialien lieferten.⁴⁾ Zu alledem käme durch Aufteilung der Türkei zwischen England, Rußland und Frankreich der Verlust der Absatzgebiete und Kapitalanlagen in Vorderasien. Fügt man noch den Verlust unserer Kolonien hinzu, so hat man ein Bild dessen, was England erstrebt und woran es 2½ Kriegsjahre lang unerschütterlich festgehalten hat. Die ökonomischen Rückwirkungen einer solchen territorialen Neuordnung wären schon für sich vollkommen ausreichend die deutsche Industrie so weit zurückzubringen, daß sie England nicht mehr gefährlich sein könnte.

Es ist leider Tatsache, daß die große Mehrheit der Sozialdemokratie die der deutschen Arbeiterklasse von England drohenden Gefahren nicht sehen will. Sie sieht nur die 170 Millionen russischer Menschen im Osten, ohne sich zu fragen, wie viel Rußland von ihnen wohl ohne Hilfe der von England finanzierten amerikanischen und japanischen Kriegslieferungen mit Waffen und Munition ausstatten könnte. Unrettbar in einer westlichen Orientierung der Außenpolitik verrannt, merkt sie nicht, daß eine solche uns nicht aus dem Krieg heraus sondern immer tiefer in ihn hinein führt. Nach 2½ Kriegsjahren neue Wege einzuschlagen ist gewiß für keine Partei eine leichte Sache. Da es sich aber hier für das deutsche Volk um eine Frage handelt, von der seine ganze Zukunft abhängt, so muß die hierzu notwendige Entschlußkraft aufgebracht werden, wenn darüber auch viele uns liebgewordene Vorstellungen in Trümmer gehen sollten.

ROBERT SCHMIDT · GEMEINSAME ARBEIT



FT genug haben wir Klage über die Zersplitterung der Kräfte in der Arbeiterbewegung erheben müssen, die uns der Organisationsstreit der Gewerkschaften in der Verfolgung wirtschaftlicher Interessen auferlegt. Das Hineintragen religiöser und politischer Gegensätze in die Gewerkschaftsbewegung hat ein einheitliches Zusammenfassen aller Arbeiter in einer Organisation verhindert. Gewiß, die freien Gewerkschaften fragen nicht nach der politischen und religiösen Überzeugung; aber ihre Mitglieder setzen sich aus Anhängern

⁴⁾ Siehe Pistor Die Volkswirtschaft Österreich-Ungarns /Berlin 1915/, Seite 122 ff.

der Sozialdemokratie zusammen, die auch in der Gewerkschaft ihre besondere wirtschaftspolitische Anschauung vertreten und eine Auffassung bekunden, die dem Empfinden anderer widerstrebt. Im Lager der übrigen Gewerkschaftsgruppen wird, keineswegs mit geringerm Eifer, die entgegengesetzte Weltanschauung vertreten, wiederum mit einigen Abweichungen. Im allgemeinen ergibt sich so ein Widerstreit der Meinungen, der ein Zusammenwirken hindert. Um diese Gegensätze zu überbrücken, bedürfte es einer Toleranz, die nur aus einer hohen geistigen Schulung der Arbeiterschaft herauswachsen könnte, wie sie bisher noch keineswegs erreicht ist. Dennoch zeigen sich auf sozialpolitischem Gebiet manche Übereinstimmungen; auf dem der Selbsthilfe, des Unterstützungswesens und nicht zuletzt auch in der Verfolgung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen hat sich vieles Gleichartige herausgebildet.

Aber was nützt unsere Klage über die Zersplitterung der Kräfte, unser lebhaftes Anrennen gegen uns widerstrebende Organisationen, wenn wir die Einheit der gewerkschaftlichen Organisation nicht erreichen können? Auch der Krieg wird daran nichts ändern. Die Ansicht, die hie und da laut wurde: die freien Gewerkschaften hätten erst im Krieg gezeigt, daß sie in der Erfüllung der Pflichten gegenüber dem Vaterland keinen unversöhnlichen Standpunkt einnehmen, beruht nur auf einer falschen Beurteilung unserer Grundsätze. Allerdings gibt es auch heute noch in unserer Mitte Leute, die, von schwärmerischem, unklarem internationalen Empfinden erfüllt, jede nationale Kraftentfaltung für die Verteidigung des Landes ablehnen; aber die Führung hat diese Gruppe, die auch vor dem Krieg sehr klein war, nie gehabt, ihre Ideen boten nur immer dem Gegner willkommenes Material für die Bekämpfung der eigenen Organisation. Der Gegensatz ist alt, und nur deshalb ist heute so viel vom Umlernen die Rede, weil gar mancher aus dem bitteren Ernst der gegenwärtigen politischen Lage die Erkenntnis schöpft, daß jene Theorie an der ehernen Praxis Schiffbruch leidet.

Die Gewerkschaftsbewegung hat sich nie in die Erörterung internationaler politischer Probleme eingelassen, weil das ganz außerhalb des Kreises ihrer Aufgaben lag. Dieser war zwischen Partei und Gewerkschaft abgesteckt. Für die sozialdemokratische Partei die Betätigung auf politischem Gebiet, für die Gewerkschaft die Erkämpfung wirtschaftlicher Besserstellung der Arbeiter. Natürlich ergeben sich hieraus schon viele Berührungspunkte wie auch manche Differenzen, die auch künftig nicht verschwinden werden. Es ist ganz natürlich, daß ein so gewaltiges Ereignis wie dieser fürchterliche Krieg auch die Stellungnahme der Gewerkschaften nicht unbeeinflußt ließ; es wäre töricht ihnen eine Meinungsäußerung zu den Kriegsproblemen unterbinden zu wollen. Die Arbeiterklasse ist ja auch wirtschaftlich an dem Ausgang dieses Krieges stark beteiligt, sie würde mit dem militärischen Zusammenbruch des Landes die ganze Wucht des wirtschaftlichen Verfalls zu tragen haben, so daß sie alles einsetzen muß, um solches Verhängnis zu verhüten. Die Gewerkschaften haben zwar mit der nötigen Zurückhaltung es vermieden in den Streit innerhalb der sozialdemokratischen Partei einzugreifen, aber sie waren viel zu sehr in Mitleidenschaft gezogen, als daß ihnen die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion hätte gleichgültig sein können. Es kann den Gewerkschaften gar nicht gleich sein, was zur Abwehr der Gefahr unternommen wurde, in der das Land schwebt, oder welche

Mittel zur Herbeiführung eines Friedens ergriffen werden. Aber sie werden vor allem in der Hervorhebung und Bewährung ihrer eigenen Auffassung ihre Aufgabe sehen, nicht in der Polemik gegen die verschiedenen Strömungen in der sozialdemokratischen Partei. Sie werden sich selbst den besten Dienst leisten, wenn sie ihre Beteiligung an diesem Streit auf die Abwehr der gegen sie erhobenen Beschuldigungen und Verdächtigungen beschränken, die in solchen Auseinandersetzungen immer eine größere Rolle spielen als sachliche Gründe.

Intensive Arbeit in der Gewerkschaft wird nach dem Krieg sehr notwendig, sie wird auf Jahre hinaus für die kulturelle Bedeutung der Arbeiterbewegung entscheidend sein. Es fragt sich nur, ob die Arbeiterklasse die Reife besitzt die politische Position auszunutzen und ihre wirtschaftliche Machtstellung zu erweitern. Nicht nur zur gemeinsamen Arbeit in den freien Gewerkschaften, auch zur gemeinsamen Arbeit aller Gewerkschaftsgruppen einschließlich der Angestelltenverbände müssen wir gelangen. Auch hier kein Umlernen sondern zielklares Fortsetzen der Politik, die vor dem Krieg begonnen war. Die einheitliche Organisation der Arbeiter können wir nicht bekommen; auch der Krieg hat die Meinungsverschiedenheiten nicht beseitigt. Doch die Liebe zur Heimat, zum eigenen Land und Volk ist in der organisierten Arbeiterschaft vorhanden; sie hat sich auf allen Gebieten betätigt, frei von aufdringlichem Geschrei und Kraftmeiertum, das uns zuwider ist. Der Glaube, daß die Menschheit die Geißel des Krieges durch einen Ausgleich der nationalen Gegensätze, durch ein Sichnähertreten der Kulturnationen, durch die Aufhebung des Strebens nach Monopolbesitz und -gewinn überwinden werde, mag durch das bittere Gefühl dem grauenvollen Kampf nicht Einhalt gebieten zu können erschüttert sein; verschwinden wird er nicht. Aber unsere Gegner werden sich sträuben solche Ideen anzuerkennen, die Gegensätze treten wieder in die Erscheinung. Die neue Weltanschauung muß erst die Geister gewinnen, um ihren Werdegang zu vollenden. Man wird sich in den Gewerkschaftsgruppen auch über mancherlei wirtschaftspolitische Fragen nicht einigen können. Und was die religiösen Anschauungen anlangt, so sollten sie zwar eigentlich keine Differenzen hervorrufen; aber die Praxis widerspricht dem, da die nötige Toleranz weder hüben noch drüben vorhanden ist. Es bleiben also die Gegensätze an sich wohl bestehen. Sie können indes bei einer gemeinsamen Arbeit zurückgedrängt werden, wenn die Organisationen zwar in ihrer Sonderart unberührt bleiben, sich aber zu einer einheitlichen Lohnbewegung, einem gemeinsamen sozialpolitischen Programm und zur Erfüllung bestimmter innerer wirtschaftlicher Aufgaben zusammenschließen.

Für die einheitliche Lohnbewegung der gewerkschaftlichen Organisationen verschiedener Richtung ist bereits eine Grundlage gegeben. Sie muß systematisch weiter ausgebaut werden; denn es wird nach dem Krieg nicht an Aufgaben fehlen, für die die Kräfte der Arbeiterschaft voll zur Entwicklung zu bringen sind. Der Krieg hat in einigen Industrien den Zusammenschluß des Kapitals gefördert, die Auseinandersetzung über den Anteil der Arbeiter an dem Ergebnis des Produktionsprozesses wird uns nicht erspart bleiben. Hier stehen wir sehr kapitalkräftigen Unternehmen gegenüber, die einen Zusammenschluß der Arbeiter dringend notwendig machen. Die Einigung zur Erreichung dieses Ziels kann nicht schwierig sein; sie war schon

vor dem Krieg in bestem Gang. In sozialpolitischen Fragen wurde mehr als einmal eine Verständigung erzielt. So ist die Frage des Heimarbeiterschutzes wiederholt Gegenstand gemeinsamer Beratung und gemeinsamer Erfolge gewesen. Das Heimarbeitsgesetz verdankt seine Existenz dem einheitlichen Vorgehen aller Gewerkschaftsgruppen. Es bietet gewiß recht wenig, stellt aber die Grundlage dar, auf der weiter gearbeitet werden muß. Die Regelung der Vergabung der Heimarbeit, die Ordnung der Lohnfrage durch die Militärverwaltung ist auf die Bemühungen aller Gewerkschaftsorganisationen zurückzuführen. Die Frage des Arbeitsnachweises ist nach eingehender Beratung so weit gefördert, daß eine Verständigung über die Grundlinien eines Gesetzes erzielt wurde und die weitere Ausgestaltung der Organisation des Arbeitsnachweises im Werden begriffen ist. Diese beiden Beispiele mögen genügen. Kein Zweifel: Ohne große Schwierigkeiten kann ein umfassendes sozialpolitisches Programm aufgestellt werden, das alle Gewerkschaftsgruppen befriedigt. Auf wirtschaftspolitischem Gebiet bestehen zwar gegensätzliche Anschauungen. Gleichwohl hat sich gezeigt, daß ein Zusammenwirken auch da an sich wohl möglich ist. Während des Krieges haben sich Vertreter aus allen Gewerkschaftsrichtungen und Angestelltenverbänden im Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen mit Leichtigkeit über allernhand Maßnahmen verständigt, und nicht wenige ihrer Vorschläge sind durchgeführt worden. Die nächsten Jahre werden, auch wenn der Krieg bald zu Ende gehen sollte, uns von den Sorgen um die Nahrungsmittelbeschaffung, die Preisbildung und Verteilung nicht befreien. Das Interesse der Erwerbstätigen aller Schichten ist das gleiche, auch hier muß die Gemeinschaftsarbeit fortgesetzt werden. Vor einigen Wochen hat sich das Zusammenwirken der Gewerkschaften beim Zustandekommen des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst zum erstenmal im Parlament glänzend bewährt. Der einheitliche Wille der Gewerkschaftsvertreter hat da einen starken Einfluß ausgeübt. Das wird sich nicht bei allen politischen Fragen wiederholen, wohl aber, wenn ein sozialpolitisches Interesse alle gleichmäßig berührt; und um so eher wird es möglich sein diese Politik fruchtbringend fortzusetzen, je mehr wir diesen Einklang in unserm Handeln festigen.

Auf welchem Weg diese gemeinsame Arbeit künftig gefördert wird, ob durch feste Vereinbarungen der Organisationsgruppen, durch stetes Zusammenarbeiten oder wie bisher von Fall zu Fall, ob nicht auch die Angestelltenverbände bei einem solchen Zusammenschluß mitwirken sollten: das sind Fragen, die uns für die nächste Zeit beschäftigen werden. Ein fester Zusammenschluß böte zweifellos große Vorteile, es ständen dann hinter den Forderungen Organisationen mit einer Mitgliederzahl, die auf 4 bis 5 Millionen anwachsen könnte. Dem Einfluß dieser geistigen Strömung der erwerbstätigen Bevölkerung könnte sich der Staat nicht entziehen, die Rechtsgrundlage dieser Organisationen wäre gesichert, die reaktionären Tendenzen großkapitalistischer Interessenvertretungen fänden einen geschlossenen Widerstand.

Der Erreichung des Ziels stehen manche Hindernisse im Weg. Die gefährlichste Klippe bildet die gegenseitige Konkurrenz der Gewerkschaftsgruppen, die in der Agitation sehr heftig in Erscheinung tritt. Hier muß ein Ausgleich gesucht werden, denn die zentrale Zusammenarbeit kann nicht von heftigem Gegeneinanderarbeiten nach außen begleitet sein. Unter Aufrechterhaltung

der Eigenart der Organisationen muß die Achtung vor dem Bestand der anderen in einer Form zum Ausdruck kommen, die das Nebeneinander erträglich gestaltet und das Gegeneinander zurückdrängt. Das bedeutet kein Aufgeben grundsätzlicher Auffassung in den einzelnen Richtungen der Gewerkschaften sondern ein Vereinigen der wirtschaftlichen Macht. Gelingt es den Boden für diese gemeinsame Arbeit zu finden, dann werden wir höhere soziale Gleichberechtigung erlangen und an der materiellen und kulturellen Hebung der Arbeiterklasse erfolgreich fortarbeiten können.

JULIUS KALISKI · NEUE WEGE UNSERER KRIEGS-ERNÄHRUNG

MAN kennt die Angst vor der eigenen Courage. Weniger bekannt ist ihr würdiges Seitenstück: die Furcht vor den Wirkungen der eigenen Kritik. Wer mit dieser Eigenart ausgestattet ist, pflegt in Auseinandersetzungen in schärfsten Worten und im Ton der unbedingten Sicherheit des Urteils rücksichtslose Änderungen zu verlangen, um in dem Augenblick, in dem eine Reform erfolgen soll, in der selben Art den voraussichtlichen Mißerfolg dieses Tuns anzukündigen und daran den Vorwurf des unübersehbaren Systemwechsels zu knüpfen. Einen Schulfall hat uns jetzt das Problem der deutschen Kriegsernährung gebracht.

In den letzten Tagen des vergangenen Jahres gab der Präsident des Kriegsernährungsamts ein von ihm an sämtliche Bundesregierungen gerichtetes Rundschreiben bekannt, in dem er auf die nicht mehr unbekannte Erfahrung hinwies, daß bei leichterverderblichen und schwerer zu bewirtschaftenden Massenbedarfsgegenständen Höchstpreisfestsetzungen und andere Reglementierungsversuche im allgemeinen mit Mißerfolgen geendet haben. Er zieht daraus den Schluß, daß andere und bessere Wege beschritten werden müssen, um eine leidliche Versorgung der großen Märkte zu sichern, und empfiehlt den frühzeitigen Abschluß von Lieferungsverträgen zwischen Bedarfsgemeinden und Erzeugungsorganisationen. Besonders Erzeugnisse wie Frühkartoffeln, Gemüse, Kohl, Obst, Geflügel, unter Umständen auch Vollmilch und Magermilch glaubt Herr von Batocki durch eine möglichst umfangreiche Anwendung der Lieferungsverträge den Verbrauchern besser als bisher beschaffen zu können. Zugleich hofft er auf diese Weise die erzeugten Waren richtig zwischen dem Frischverbrauch im Sommer und Herbst und der Konservierung für Winter und Frühjahr verteilen zu können. Er will ferner der Gefahr, daß einzelne besonders leistungsfähige und energisch vorgehende Bedarfsgemeinden sich zum Nachteil der übrigen allzuviel von dem Vorhandenen sichern, durch geregelte Beziehungen zwischen den Gemeinden und den verantwortlichen Zentralstellen vorbeugen. Er verspricht sich schließlich von frühzeitig abgeschlossenen Lieferungsverträgen, die den Erzeugern die Abnahme ihrer Erzeugnisse gegen Barzahlung zu angemessenem Preis sichern, die Möglichkeit einer wesentlichen Produktionssteigerung für das nächste Jahr besonders wichtigen Waren, wie Frühkartoffeln, Gemüse, Kohl, Beerenobst. Diesen Mitteilungen folgte die Ankündigung der Errichtung einer von den beteiligten Organisationen zu schaffenden, mit den Reichsstellen zusammenarbeitenden Beratungsstelle für die Gemeinden.

Dieses knapp gehaltene Rundschreiben erregte einen Sturm der Entrüstung. Zahlreiche und große Blätter glaubten das Vorhaben von Batockis als einen raffinierten agrarischen Anschlag betrachten zu sollen. Wieder las man von Produzentenwillkür, der die Konsumenteninteressen schutzlos preisgegeben werden sollen, von der Bankerotterklärung der Staatsgewalt gegenüber der Landwirtschaft. Kurz, das ganze alte Register der längst leer gedroschenen oder von Anfang an leeren Schlagworte wurde wieder gezogen. Dazu kam die Empörung darüber, daß nach 2½ Kriegsjahren das Kriegsernährungsamt sich anschicke neue Wege zu beschreiten. Aus dem Mund von Revolutionären und radikalen Reformern, die jederzeit bereit sind das ganze wirtschaftliche und staatliche Leben in langen Resolutionen und Leitartikeln von Grund auf zu verändern, klingt eine solche Anklage an sich etwas verwunderlich; aber offenbar wird das von ihren Trägern nicht empfunden. Um die ganze Tragikomik dieser Situation zu erfassen, muß man sich in Erinnerung rufen, daß seit Wochen und Monaten bittere Vorwürfe über die unbefriedigende Versorgung mit Obst, Gemüse, Milch usw. erhoben werden, daß der Unmut darob auch berechtigt war, obgleich ein sehr erheblicher Teil der Kritik an Sachkenntnis und Verständnis für die Zusammenhänge viel vermissen ließ.

Wie nach der Tradition, die sich in diesen Dingen herausgebildet hat, zu erwarten war, blieb auch ein kommunaler Protest gegen die Pläne des Kriegsernährungsamts nicht aus. Bald nach der Veröffentlichung jenes Rundschreibens kam der Deutsche Städtetag mit einem von Herrn Oberbürgermeister Wermuth gezeichneten Schreiben, das den mit den in Betracht kommenden Fragen nicht Vertrauten zu sehr falschen Schlüssen führen muß. Es heißt darin:

»Der Gedanke des Abschlusses von Lieferungsverträgen hat schon bisher den deutschen Stadtverwaltungen nicht ferngelegen. Die vielfach betätigten und bereits in Ausführung begriffenen Verträge sind aber mehrfach gerade durch Maßnahmen des Kriegsernährungsamts oder der ihm unterstellten Reichsstellen rechtlich oder praktisch aufgehoben worden, wie zum Beispiel im Gebiet der Weißkohlbearbeitung. Ein besonderer Erfolg zugunsten der städtischen Volksernährung könnte dann eintreten, wenn die Städte beim Abschluß der Verträge nicht ausschließlich auf die Bereitwilligkeit der beteiligten Landwirte angewiesen, sondern Maßregeln ergriffen werden, die den Vertragsabschluß zu angemessenen Preisen den Landwirten auch vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus als zweckmäßig erscheinen lassen. Aus diesem Grunde liegt unseres Erachtens, ohne uns damit zum Abschluß von Verträgen über Lieferung von Gemüse usw. äußern zu wollen, das Schwergewicht bei denjenigen Verträgen, wo das Reich, sei es durch die Städte sei es unmittelbar, die erforderlichen Futtermittel den Landwirten überläßt und mit der Vertragserfüllung als Gegenleistung in Verbindung bringt.«

Am Ende erfahren wir aus der Erklärung des Deutschen Städtetags, »daß gerade von städtischer Seite die Ausgestaltung der Schweinemästungsverträge stets nachdrücklichst gewünscht worden ist, während von anderen, besonders staatsbehördlichen Stellen aus der Vertragscharakter dieses Lieferungsvorgangs allmählich fast bis zur Unkenntlichkeit verwischt worden ist.«

Bei den sich überstürzenden Ereignissen des Weltkriegs vergeht die Zeit schnell, Wochen müssen dem Städtetag wie Jahre dünken. Anders ist seine Stellung zu dem Abschluß von Lieferungsverträgen mit Produzentenorganisationen nicht zu verstehen. In den Sozialistischen Monatsheften ist schon lange Jahre vor dem Krieg die Notwendigkeit einer planmäßigen und engen Verbindung zwischen den landwirtschaftlichen Verbänden und den Ver-

braucherorganisationen vertreten worden. Seit Ausbruch des Krieges insbesondere ist diese Form einer geordneten Lebensmittelversorgung immer wieder und eindringlich gefordert worden. Dabei mußte jedoch oft die Untätigkeit vieler Gemeindeverwaltungen, nicht zuletzt der Berliner Kommune, auf diesem Gebiet beklagt werden. Am 4. August 1915 schrieb ich hier:

»So selbstverständlich es ist, daß mit Entrüstung allein, und sei sie noch so berechtigt, sich auch die kleinste Erschwerung der Lebensmittelversorgung nicht beseitigen läßt, wenn nicht entsprechende Taten folgen, für die Praxis großer Kreise hat diese Erkenntnis offenbar noch immer keine Geltung. Wie wäre es sonst möglich, daß überall die bittersten Klagen über die unzulängliche Gemüseversorgung und die vielfach starke Gemüseverteuerung erhoben werden, aber nur sehr dürftige Ansätze gemacht wurden, um einige Ordnung in die Heranschaffung und den Vertrieb von Gemüse hineinzubringen? . . . An Organisationen, die den Mittelpunkt eines Absatznetzes bilden können, fehlt es bei uns nicht. Wir haben vor allem die hervorragend eingearbeiteten Konsumvereine, die sich zweifellos gern in den Dienst einer Aufgabe stellen würden, die über die ihnen zugewiesenen Arbeitsgrenzen hinausgeht. Zu leisten wäre diese Arbeit in Gemeinschaft mit anderen Verbänden unter Mitwirkung der städtischen Verwaltungen oder ähnlicher Körperschaften, und schließlich müßten Vertreter der Produzenten, also der Gemüsebauern und anderer Landwirte, hinzugezogen werden. Durch engere Beziehungen der Konsumenten- und Produzentenorganisationen würden viele Reibungen ausgeschaltet, manche Verständigung und Neuregelung leichter erzielt werden, die Zusammenarbeit würde den Produzenten überdies auch eine Mitverantwortung bei der Abwicklung der Versorgung auferlegen, die den Verbrauchern nur erwünscht sein könnte.«

Noch deutlicher geht die Situation aus einem am 30. November 1915 an dieser Stelle veröffentlichten Artikel hervor:

»Wie anders hätten die Fleischversorgungsverhältnisse Groß Berlins sich jetzt während des Krieges gestaltet haben können, wenn der Pakt der Gemeinde Berlin mit der organisierten Landwirtschaft zu jener Zeit zustande gekommen wäre! Versagte so das Verständnis der Kommunen (meistens war es auch in anderen Großgemeinden nicht besser bestellt als in Berlin) für die Aufgaben der Nahrungsmittelbeschaffung in Zeiten, die ruhigste Vorbereitung einer Neuorganisation ermöglichten, so blieb in Kriegzeiten nicht weniger ein eigenes und fruchtbares Eingreifen der Gemeinden zur Herbeiführung einer großzügigen Nahrungsmittelregelung aus. An Eingaben an den Bundesrat mit dem Verlangen gesetzlicher Maßnahmen haben es die Kommunalverwaltungen auch nicht fehlen lassen, sie versprachen ihrerseits rüstig einzugreifen, wenn erst durch Höchstpreise, Verkaufszwang usw. die sichere Basis für ihr Vorgehen geschaffen sein würde. Man nennt das den Sprung ins Dunkle meiden. Was die Städte in dem Verkauf von Lebensmitteln seit Kriegsbeginn getan haben, ist auch mir bekannt. Aber zumeist handelte es sich dabei doch nur um gelegentliche Aufkäufe von Waren in altgeübter Form und den ebenso gewohnten Verkauf, bei dem sie oft, da in der Regel damit Unterstützungsaktionen bezweckt werden sollen, beträchtliche Summen zusetzen mußten. Gelänge es weiteren Bundesratsverfügungen die Nahrungsmittelpreise und Nahrungsmittelheranschaffung bis in alle Einzelheiten zu regeln, träten also Produzenten-, Großhandels- und Kleinhandelspreise nebst Verkaufszwang überall und für alle möglichen Produkte in Kraft, dann dürfte bei vielen Gemeinden auch für die Folge ihre nur zu festwurzelnde Neigung hervortreten sich auf die Ausübung einer Art Oberaufsichtsrats-tätigkeit zu beschränken. Aber eigentlich sollte man in den Körperschaften der Selbstverwaltung doch nicht darauf warten, bis die Landeszentralbehörden sich eines Tages dazu entschließen müssen die Organisation des Konsums durch eine Zwangspaarung der Gemeinden als Vertreter der Konsumenten mit landwirtschaftlichen Organisationen in die Wege zu leiten. Ihrer Tatkraft und Einsicht würde vielmehr durch freiwilliges Tun ein besseres Zeugnis ausgestellt, auch der Zukunft der Selbstverwaltung dürfte damit besser gedient sein.«

Als diese Zeilen den Druck verließen, war der preußische Ministerialerlaß noch nicht bekannt, durch den die Schweinemästungsverträge den Kommunen anempfohlen und in die Wege geleitet wurden. Durch Maßnahmen der preu-

bischen Staatsregierung ist auch die Stadt Berlin erst zu den Schweinelieferungsverträgen mit Produzentenverbänden gekommen, denen, wie mit Genußnutzung festzustellen ist, ihr Oberbürgermeister jetzt so viele Vorzüge nachzurühmen weiß. Im Interesse der Handhabung einer bessern Lebensmittelpolitik in der Zukunft sollte nun Klarheit über die bisherige Praxis und die Ursachen ihrer Mißerfolge bestehen. Die volle Wirksamkeit der Schweinelieferungsverträge wurde durch die Tätigkeit der Zentralviehhändlerverbände im Frühjahr 1916 durchkreuzt. Daß dies möglich sein konnte, ist zu einem erheblichen Teil die Folge der verspätet begonnenen Aufnahme des Systems des Abschlusses von Lieferungsverträgen, dessen Umfang zudem sehr mäßig blieb. Gerade die Gemüseversorgung hätte durch eine derartige Zusammenarbeit der Gemeinden mit den landwirtschaftlichen Organisationen vorzüglich geordnet werden können. Dazu ist hier unter anderm wieder am 22. Juni 1916 gesagt worden:

»Von verschiedenen Seiten ist das Kriegsernährungsamt ersucht worden Abhilfe gegen Preistreiberien und andere Mißstände auf den Gemüsemärkten zu schaffen. Wieder muß man die Frage aufwerfen, wie es möglich ist, daß die Gemüseversorgung unserer Großstädte bisher nicht geregelt worden ist. Eigentlich hatten die Kommunen zum Studium der Gemüsefrage Zeit und Gelegenheit genug, denn schon im vorigen Jahre waren die Zustände, die sich im Gemüsehandel herausgebildet hatten, höchst unerfreulich. Längst hätte man die Beschaffung und einen geregelten Absatz von Gemüse vorbereiten müssen. Die letzten Monate boten durch die Tätigkeit der Kriegsgemüsebau- und -verwertungsgesellschaft, die unter Mitwirkung der Regierung ins Leben gerufen worden ist, dazu besondern Anlaß. Durch Abschluß möglichst großer Anbau- und Lieferverträge zwischen Gemüseproduzenten und Gemeinden, Genossenschaften usw. lange vor der Ernte wollte und will diese Gesellschaft den Gemüsevertrieb zwischen Erzeugern und Verbrauchern ohne Eindrängung der Spekulation einrichten. Was sie bisher geleistet hat, ist recht ansehnlich. Ihre Arbeit hätte indessen eine außerordentliche Bedeutung erlangen können, wenn eine größere Zahl größerer Städte genügend Aktivität bekundet hätte, um selbsttätig Einrichtungen ausgestalten zu helfen, deren Wirksamkeit seit langem entbehrt wird. Ob die Intensität der Arbeit durch die Fülle von Gründungen ersetzt werden kann, dürfte sich auf dem Gebiet der Gemüse- und Obstversorgung bald zeigen; denn in der zweiten Hälfte des Monats Mai ist eine neue Reichsstelle für Gemüse und Obst errichtet worden, zu deren Aufgaben es gehören soll die Erzeugung, Verwertung und Haltbarmachung von Gemüse und Obst zu fördern. Auch der Reichsstelle für Gemüse und Obst soll eine Seele wohl erst vom Kriegsernährungsamt eingehaucht werden.«

Die Hoffnung einer fruchtbaren Arbeit der Reichsstelle für Gemüse und Obst hat sich allerdings nicht erfüllt. Nach kurzem Ansatz zum organischen Aufbau der Gemüseversorgung griff auch sie auf die Politik der Beschlagnahme und der Reglementierung durch Verordnungen zurück. Prompt stellte sich auch wieder der Fehlschlag ein. Bevor die Inhibierung der freien Gemüseverkäufe erfolgte, hatte die Stadt Berlin den von Herrn Wermuth erwähnten Kohlabschluß gemacht. Er fiel nun der Beschlagnahmeverordnung zum Opfer. Wie manche Zwangsmaßnahmen des Kriegsernährungsamts, deren Wert von vornherein zu bezweifeln war, sind auch die Zwangseingriffe auf dem Gemüsemarkt gerade von denjenigen förmlich bejubelt worden, denen der Gedanke: durch eine schaffensfreudige Organisation, die die Verbrauchergemeinden und die Erzeugerverbände umfassen muß, für große Teile des Reichs den Bedarf an Gemüse zu decken, unfaßbar schien und heute wohl noch vielfach unleidlich scheint.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts hat in einer weitem Erklärung nochmals betont, daß von einer Änderung des Systems der Bewirtschaftung

in den Grundnahrungsmitteln, also bei Brotgetreide, Hafer, Gerste, den aus Getreide hergestellten Nahrungsmitteln, Spätkartoffeln usw., keine Rede sei. Er ist auch abermals ausdrücklich geäußerten Befürchtungen entgegengetreten, daß bei Abschluß von Lieferungsverträgen gewissermaßen ein Wettlauf der Gemeinden eintreten werde. Er führte vielmehr aus:

»Es soll eine mit den Reichsstellen Hand in Hand arbeitende allgemeine Beratungsstelle für derartige Verträge geschaffen werden, dadurch soll eine unerwünschte Preissteigerung durch gegenseitiges Überbieten vermieden, die Benachteiligung minder leistungsfähiger oder ungünstig gelegener Gemeinden eingeschränkt, andererseits aber die Initiative und Sachkunde der Gemeinden einer möglichen Steigerung und zweckmäßigen Verwertung der genannten Waren nutzbar gemacht werden.«

Den Anlaß zu solcher Erläuterung seiner Vorschläge gab Herrn von Batocki eine Rede des Herrn Wermuth in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, in der er nach Zeitungsberichten das Rundschreiben des Präsidenten des Kriegsernährungsamts über Förderung von Lieferungsverträgen zwischen Verbrauchern, Gemeinden und Erzeugern als »überraschend, um nicht zu sagen atemberaubend« bezeichnet hatte. Welche Schrecken der Abschluß von Lieferungsverträgen für die Stadt Berlin haben kann, ist unverständlich. Wenn nur ein Teil des Berliner Bedarfs durch Abschlüsse gedeckt würde und für den Rest unter den jetzt geltenden ungeordneten Verhältnissen gekauft werden müßte, wäre der Zustand immer noch erfreulicher als der gegenwärtige. Für die Produzenten ist die Kriegswirtschaft vielfach wirklich »atemberaubend«. Zur Erschwerung der Produktion kommt der ungestüme Wechsel aller möglichen Verordnungen hinzu, wobei schließlich nicht vergessen werden darf, daß die meisten landwirtschaftlichen Betriebe ihrer eigentlichen Leiter beraubt sind. Durch den Einwand, daß gute Preise gezahlt werden, erscheint die Sachlage in keinem andern Licht. Vielleicht aber sollte er zu bedenken geben, wie bei den ungeheuren Schwierigkeiten, mit der die landwirtschaftliche Produktion in Kriegszeiten zu kämpfen hat, sich die Ergebnisse gestalten müßten, wenn nach den Wünschen mancher Kreise das Maß der Zwangsverordnungen noch erweitert und vergrößert werden würde. In den Jahren nach dem Krieg werden an die Landwirtschaft die schwersten Anforderungen gestellt werden. Dann erst kommt für sie die Zeit der eigentlichen Opfer, wenn sie unter erschwerten organischen Bedingungen für einen erhöhten Volksbedarf schaffen muß. Es ist fraglich, ob diese Tatsache auch nur von den Beteiligten in ihrer vollen Tragweite erfaßt wird. »Selbst der Boden leistet nach mangelhafter mehrjähriger Bearbeitung weniger«, sagte Herr von Batocki am 9. Januar auf dem Kriegslehrgang vor den Landfrauen. Diese eine Andeutung schon sollte denen zu denken geben, die allzu einseitig über *agrarisches Profitwut* klagen. Es ist schlechterdings nicht möglich Stadt und Land mechanisch einander gleichzustellen. In der letzten Zeit ist wieder die Forderung erhoben worden, die Rationierung von Lebensmitteln solle in Stadt und Land gleichmäßiger gehandhabt werden, die angebliche Bevorzugung des Landes sei ungerecht und auch sonst nicht zu rechtfertigen. Glaubt man denn wirklich Mittel ausfindig machen zu können, um die Bauern zu zwingen die Milch bis auf das letzte halbe Liter zur Ablieferung zu bringen, wenn der gute Wille dazu nicht vorhanden ist? Deswegen darf man es natürlich nicht unterlassen gegen Böswilligkeit und Unverstand gesetzliche Handhaben zu schaffen. Sie sind aber nicht alles. Man darf ferner nicht vergessen: Der Bauer hat zu seiner Ernährung nur das zur

Verfügung, was er selbst erzeugt; hinzukaufen kann er weniger als der Städter. Das bestimmt natürlich seine Verfügungen. Aber der Bauer weiß auch, daß er seine Arbeiter gut ernähren muß, nicht nur weil sie schwer und in freier Luft arbeiten, sondern weil sie gar nicht daran gedacht hätten bei den Arbeits- und Verdienstverhältnissen in der Munitionsindustrie auf dem Land zu bleiben, wenn sie nicht wenigstens anständig zu essen bekämen. Rücksichtnahme auf die besonderen Verhältnisse bei der Rationierung ist mit in erster Reihe Arbeiterfrage.

Die landwirtschaftlichen Fragen sind meistens nicht ganz so einfach zu lösen wie es bei Außerachtlassung der eigentlichen Schwierigkeiten scheinen mag. Kaum hat der Viehbestand sich wieder ein wenig gebessert, als auch schon wieder auf Grund von statistischen Berechnungen das Verlangen nach stärkerer Abschachtung laut wurde. Merkwürdigerweise vermeint man den Umfang der zulässigen Schlachtungen statistisch feststellen zu können. Indes, es kommt doch auf den Zustand des Viehs, auf die Verhältnisse der Milchproduktion usw. an; die Notwendigkeit der Verwendung des Rindviehs als Zugtiere und noch eine ganze Kette anderer Bedingungen sind zu berücksichtigen, bevor ein maßgebendes Urteil gefällt werden kann. Ganz abgesehen von den Erfordernissen, die sich aus der Rücksicht auf die Zukunft ergeben. Die Statistik ist sicherlich eine nützliche Wissenschaft, aber man muß sich vor allem über die Grenzen der Beweiskraft ihrer Zahlen klar sein. Greift man unsern Viehbestand noch schärfer an, so wird sich das später bitter rächen. Nicht nur die künftige Verschlechterung der Fleischversorgung wäre die Folge eines solchen Tuns. Man tröste sich nicht mit dem Gedanken, daß man Schlachtvieh und Vieherzeugnisse später nach Belieben werde einführen können. Das wird einmal aus sehr vielen Gründen nach Friedensschluß nicht möglich sein. Die Beschränkung unseres Viehbestands wäre aber auch aus sehr gewichtigen Gründen für die gesamte Volkswirtschaft außerordentlich bedenklich. Wie Professor Wohltmann schon vor längerer Zeit nachwies, ergab der Stallung allein von 5 Millionen Rindvieh, die wir 1913 mehr hielten als 1883, jährlich mindestens 520 000 000 Doppelzentner, er hatte einen Wert von rund 200 Millionen Mark. Das ist ein weit größerer Betrag als der unserer jährlichen Einfuhr von Chilealpeter.

Professor Wohltmann hat auf diese Ziffern zum Beweis dafür hingewiesen, daß es zweckmäßiger für uns ist alljährlich für Mais und tropische Futtererzeugnisse gegen 500 Millionen Mark auszugeben als Schlachtvieh und Vieherzeugnisse einzuführen. Diesen Zusammenhang zu betonen dürfte heute um so notwendiger sein, als man selbst in landwirtschaftlichen Kreisen verschiedentlich die unlösbare Verbindung einer gesunden Agrarpolitik mit einer lebenskräftigen Kolonialpolitik noch zu unterschätzen scheint. So gewiß wir auch unsere Futtermittelerzeugung im Inland künftig noch steigern werden, die Zufuhr von Kraftfuttermitteln kolonialen Ursprungs ist für eine starke Entwicklung unserer Viehhaltung nicht zu entbehren: Wir brauchen also nicht zuletzt auch im Interesse der landwirtschaftlichen Produktion die Sicherung kolonialer Gebiete zur Gewinnung wertvoller Edelfuttermittel.



MAX QUARCK · ORGANISATION UND LOHNPOLITIK DER FRAUENBERUFSARBEIT

1 · DIE ORGANISATIONSFRAGE



IN den Gewerkschaften und durch sozialpolitische Arbeit in Verwaltung und Gesetzgebung vor und in dem Krieg hat die männliche Arbeiterschaft beachtenswerte Anläufe zur Organisation und Lohnpolitik der Frauenberufsarbeit gemacht. Das muß nachdrücklich hervorgehoben werden. Daneben muß man aber auch feststellen, daß diese Anläufe vielfach durch Hemmungen und Rückschläge, zum Teil aus den eigenen Reihen, gestört worden sind. Die gewerkschaftliche Organisation der arbeitenden Frauen vor und in dem Krieg: ein Kapitel voll sozialen und wirtschaftlichen Nochnichtverstehens zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen.

Im Jahr 1913 hatten die freien Gewerkschaften, die christlichen und die Hirsch-Dunckerschen neben den sogenannten unabhängigen Arbeitervereinen nach 25jährigen Organisationsbemühungen neben 3 064 306 männlichen erst 237 477 weibliche Mitglieder, also auf 1000 Beschäftigte 281 männliche, aber nur 67 weibliche Organisierte. Bei den Angestelltenverbänden lag das Verhältnis günstiger. Es kamen 223 männliche und 200 weibliche Organisierte auf 1000 Beschäftigte. In den freien Zentralverbänden der Buchbinder, Bureauangestellten, Hutmacher und Tabakarbeiter hatte 1913 die Zahl der weiblichen Mitglieder die der männlichen nahezu erreicht, bei den Buchdruckereihilfsarbeitern und Handlungsgehilfen hatte sie sie überschritten. Bei den Fabrikarbeitern, Metall- und Textilarbeitern war sie wenigstens zu ansehnlicher Höhe angewachsen. ¹⁾ Am Schluß des 4. Quartals 1915 waren die weiblichen Mitglieder bei den freien Zentralverbänden, den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften zusammen um 45 437 Köpfe in einem Jahr gesunken, bei den Zentralverbänden allein um 43 676. Beschränkt man deshalb die Prüfung auf die weibliche Mitgliederzahl der 46 Zentralverbände, so läßt sich folgende Ziffernreihe herstellen ²⁾:

Jahr	Anzahl der weiblichen Mitglieder
1913	223 576
1914 1. Halbjahr	215 777
1914 2. Halbjahr	191 512
1915	172 101 (?)
1916 1. Halbjahr	182 256

Danach hätte der Krieg eine gewisse, nicht unbeträchtliche absolute Ab-

¹⁾ Siehe Mattutat Die Frau in der gewerkschaftlichen Organisation, im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 22. Juli 1916; sowie für das folgende Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reiche im Jahre 1915, in der Statistischen Beilage des Korrespondenzblatts vom 21. Oktober 1916, und Weibliche Mitglieder in den Gewerkschaften, in der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung vom 11. Oktober 1916.

²⁾ In der Tabelle sind die Anfangs- und die Schlußziffern wohl sicher. Einige Zwischenziffern für 1914 und 1915 bedürfen dagegen noch der Erläuterung und Aufklärung. So wird die weibliche Mitgliederzahl in der Statistischen Beilage des Korrespondenzblatts vom 21. Oktober 1916 für »das 1. Halbjahr 1914« mit 215 777, in der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung vom 11. Oktober 1916 für den Schluß des 2. Quartals 1914 mit 221 071 Köpfen angegeben. Für das 2. Halbjahr 1914 und den Schluß des 4. Quartals 1914 stimmen die beiden Quellen überein. Für 1915 macht die zweite Quelle überhaupt keine Angabe, die erste gibt schon für damals eine niedrigere Ziffer an als die zweite für das 1. Halbjahr 1916, genauer für den 30. Juni 1916, mitteilt. Ich halte mich vorläufig an diese.

nahme der freiorganisierten (und erst recht wohl der sonst organisierten) Arbeiterinnen gebracht, die allerdings schon in der letzten Friedenszeit von 1913 auf das 1. Halbjahr 1914 begann und die Organisationsziffern bereits von der bis dahin erreichten Maximalhöhe herunter führte. Rechnet man die Kriegswirkung erst von da ab, so ergibt sich ein Sturz der weiblichen Mitgliederzahl während der beiden Kriegsjahre von 215 777 (nach der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung von 221 071) Köpfen auf 182 256 am 30. Juli 1916, also um 33 521 Köpfe oder 10 % (oder nach der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung um 38 815 Köpfe oder 11 %). Da indessen auch die Zahl der männlichen Mitglieder während des Krieges fiel, nämlich vom Schluß des 1. Halbjahrs 1914 bis zum Schluß des Jahres 1915 (erst für diese Zeit liegen gegenwärtig Angaben aus den Zentralverbänden vor) von 2 267 884 auf 1 074 158, das heißt um 1 193 726 männliche Köpfe absolut oder 53 %³⁾, so ist die weibliche Untreue gegenüber den Zentralverbänden noch nicht entfernt so groß, jedenfalls nicht so bedenklich wie die der Männer. Gewiß werden diese in der Hauptsache ins Feld gerufen, und die Frauen bleiben in der heimatischen Nähe der Gewerkschaft. Aber kein männliches Mitglied war durch irgend jemand gezwungen auszuscheiden; im Gegenteil, die Zentralverbände erleichterten ihren Mitgliedern das Verbleiben bei der Organisation durch die Befreiung von der Beitragszahlung während der Dauer der militärischen Inanspruchnahme. Offenbar sind auch nicht alle die ausgeschiedenen männlichen Arbeiter an die Front oder auch nur in die Etappe gekommen; vielmehr blieb ein Teil, freilich wohl der kleinste, in der Heimat in Militärdiensten, also der Gewerkschaft ebenso nahe wie die Frauen. Die Abnahme bei den Männern, die doch auch die gewerkschaftlich Geschulten waren, betrug trotzdem 53 %, gegen 11 % bei den Frauen. Die Folge war, daß der Anteil der weiblichen Mitglieder an der Gesamtzahl aller Mitglieder bei den Zentralverbänden vom Schluß des 1. Halbjahrs 1914 bis zum Schluß des Jahres 1915 sogar von 11,6 auf 15 %⁴⁾ stieg. Einer nachdrücklichen Feststellung, geschweige denn einer entsprechenden Würdigung dieser für die arbeitenden Frauen nicht unrühmlichen, jedenfalls aber sozial recht wichtigen Tatsache ist man freilich in der deutschen Arbeiterpresse noch nirgends begegnet.

Dazu kommt, daß in gewissen Berufen die Zahl der bei den Zentralverbänden organisierten Frauen während des Krieges doch wieder zu wachsen begann, während diese Erscheinung aus keinem einzigen Gewerbe für die männlichen Mitglieder berichtet werden kann. Natürlich wissen wir, daß die Arbeiter in steigendem Maß eingezogen werden, während die Frauen ungefähr in entsprechendem Maß, wenn auch nicht ganz so zahlreich in die männlichen Arbeitsverrichtungen einrückten.⁴⁾ Dennoch bleibt es sehr erfreulich und für die Organisationsfähigkeit der Arbeiterinnen recht vielversprechend, daß schon für 1915 (gegen 1914) folgendes berichtet werden kann: Der Zentralverband der Sattler und Portefeuller wuchs um 502, der der Fleischer um 546 weibliche Mitglieder, die Verbände der Bureauangestellten und Handlungsgehilfen um zusammen 895. Aus der Gegenüberstellung der weiblichen Mitgliederzahlen vom 30. Juli 1914 und 1916 auch für die einzel-

³⁾ Die Ziffern sind nach den Tabellen der Statistischen Beilage des Korrespondenzblatts vom 21. Oktober 1916 berechnet, für die männlichen Mitglieder dort nicht besonders angegeben.

⁴⁾ Siehe Quarck Ausdehnung und Bewährung der Frauenberufsarbeit, in den Sozialistischen Monatsheften, 1916 III, Seite 1209 ff.

nen Zentralverbände kann die gewerkschaftliche Frauenzeitung nachweisen, daß eine Zunahme in 11 Verbänden erfolgte:

Zentralverband	Zunahme der weiblichen Mitglieder	
	von	auf
Bergarbeiter	—	116
Bureauangestellte	455	1 064
Fleischer	324	521
Gemeindearbeiter	1 707	2 145
Handlungsgehilfen	14 232	15 403
Landarbeiter	1 070	1 259
Maler	6	74
Metallarbeiter	25 485	29 449
Sattler	1 000	1 712
Tabakarbeiter	13 862	14 463
Töpfer	1	3

Ist es daher nicht ein wenig zu streng und einseitig, wenn die Gewerkschaftliche Frauenzeitung auch über diese, zum Teil freilich recht winzigen Zunahmen wie folgt urteilt?

»Die Zunahme steht selbst beim Metallarbeiterverband in keinem Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten, und nirgends entspricht sie den Bemühungen der Organisation für die Besserung der Arbeitsbedingungen in der Kriegszeit und zur Gewinnung von Mitgliedern. Im Metallarbeiterverband sind seit Kriegsausbruch 35 302 Neuaufnahmen weiblicher Mitglieder gemacht worden, also um rund 10 000 mehr, als der Verband Ende Juni 1914 Mitglieder zählte. Die Mitgliederziffer Ende Juni des Jahres übersteigt die damalige aber nur um 3964. Im Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter erreichten die Neuaufnahmen mit 8376 nahezu den alten Mitgliederbestand. Trotzdem war dieser Ende Juni des Jahres um 728 niedriger als vor dem Krieg. Wenn auch viele Frauen Sorgen und Leid aller Art zu tragen haben, bei manchen auch die Beitragszahlung ein fühlbares Opfer bedeutet, so zeigt das Ergebnis der Erhebungen über den Stand der Mitglieder doch, wie wenig in den Kreisen der erwerbstätigen weiblichen Personen der Wert der gewerkschaftlichen Organisation erkannt ist. Sonst hätte die Kriegszeit mit der starken Zunahme der Zahl der arbeitenden Frauen und Mädchen und mit den Riesenopfern der Gewerkschaften für ihre Mitglieder und deren Angehörige uns keinen Rückgang in der Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder bringen können. Welches aber auch immer die Gründe für den Rückgang sein mögen, das Resultat eröffnet keine günstigen Aussichten für die Zukunft.«

Man kann die Richtigkeit der meisten dieser Bemerkungen zugeben und sie doch nicht erschöpfend finden. Gewiß ist die Fluktuation der weiblichen Mitglieder in den Zentralverbänden während des Krieges sehr beträchtlich und betrübend. Aber haben sich denn die männlichen Mitglieder der Organisationen immer so kameradschaftlich zu den weiblichen gestellt, daß sie ihnen die Mitgliedschaft wertvoll und lieb machten? Was ich hier bei der Untersuchung über die Unterentlohnung der Frau und die Stellung manches männlichen Arbeitskameraden dazu mitteilen mußte²⁾, läßt doch erkennen, daß einiges Verschulden an dem noch sehr schwachen Organisationsstreben der Arbeiterinnen auch auf seiten der Männer liegt. Auch sie haben den Wert der gewerkschaftlichen Organisation für die Frau teilweise noch »wenig erkannt«, weil sie noch in kleinbürgerlichen Vorstellungen über die wirtschaftliche und soziale Vermeidbarkeit der Frauenerwerbsarbeit befangen sind. Diese Stellungnahme mancher männlicher Mitglieder wirbt natürlich nicht

²⁾ Siehe Quarck Die Unterentlohnung der Frauenberufsarbeit, in den Sozialistischen Monatsheften, 1916 III, Seite 1359 ff.

für den Beitritt und das Bleiben weiblicher Mitglieder. Wenn die Frau dann vollends den Eindruck hat, daß die Arbeitskollegen den Tag sehnlichst herbeiwünschen, an dem die Kriegsarbeiterinnen mit Sack und Pack wieder aus dem Betrieb entfernt werden, so kann es niemanden wundernehmen, daß sich das Verständnis und der Eifer der Kriegsarbeiterinnen für die Organisation leider nicht allzu stark entwickelt hat.

Immerhin ergeben sich auch hier bemerkenswerte Abstufungen. Auf der 13. ordentlichen Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Hannover im Juni 1916 wurden Grundsätze mitgeteilt und ohne jede Debatte genehmigt, die zwischen der Konsumvereinszentrale und der Generalkommission der Gewerkschaften zwecks Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft zur Fürsorge für Kriegsteilnehmer aus den genossenschaftlichen Betrieben vereinbart sind. Danach sollen alle zurückkehrenden Kriegsteilnehmer wieder eingestellt werden, »sofern die Betriebsverhältnisse es gestatten« (§ 1), und zwar »möglichst an ihren bisherigen Arbeitsplätzen zu tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen« (§ 2). Dagegen ist im Interesse unserer heimkehrenden Arbeiterkrieger und angesichts ihrer hervorragenden Leistungen selbstverständlich nichts einzuwenden. Daß aber daneben bestimmt wird, daß nur »Personen, die bereits vor dem Krieg beschäftigt waren, nicht lediglich aus dem Grunde gekündigt werden dürfen, um freie Arbeitsplätze für die Kriegsteilnehmer zu schaffen« (§ 1), und daß niemand von den Beteiligten dabei an die Frauen dachte, die sich während der mehrjährigen Kriegszeit völlig in die Stellen der Männer einarbeiteten, unentbehrliche Stützen des Betriebes waren und eine selbständige materielle und seelische Existenz darauf gegründet haben, die sie anscheinend nach Kriegsende ohne Entschädigung preisgeben sollen, das ist vorläufig eine Lücke in den sonst so wohlüberlegten Grundsätzen der beiden Spitzen der deutschen Arbeiterbewegung, die sicherlich noch durch besondere Bestimmungen ausgefüllt werden wird. Gerade die Arbeiterkonsumvereine waren es ja, die die gleiche Bezahlung der männlichen und weiblichen Lagerhalter praktisch durchgeführt haben. Daß der Zentralverband der Handlungsgelhilfen, der zahlreiche dieser genossenschaftlichen Angestellten umfaßt, mit zu denjenigen gehört, die eine gewisse Zunahme ihrer weiblichen Mitglieder während des Krieges erzielten, ist deshalb gewiß kein Zufall. Umgekehrt erklärt die Mitteilung über das unschöne Verhalten einiger männlicher Metallarbeiter zu ihren weiblichen Kollegen, die der Metallarbeiterzeitung aus Erlangen berichtet wurde⁶⁾, vieles von den Klagen der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung über den starken Wechsel der weiblichen Mitglieder im Metallarbeiterverband. Hier hat das praktische Verhalten mancher männlicher Mitglieder offenbar vielfach verdorben, was die einsichtige Verbandsleitung und die Funktionäre in den Gauen und Bezirken durch verständiges Eintreten für die Kriegsarbeiterinnen begonnen hatten. In der Holzarbeiterzeitung vom 18. November 1916 spitzt sich eine Erörterung über die Ausdehnung der Frauenarbeit im Krieg zu der stark allgemein gehaltenen Aufforderung zu, es sei notwendig, »daß die Arbeiter sich entschieden gegen die Verwendung von Frauen an ungeeigneten Arbeitsplätzen wenden«. Vorher ist im Anschluß an eine Bekanntmachung der Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie gegen die Verwendung von Frauen »auch an schweren Ar-

⁶⁾ Siehe Quarck, an dem in Note 5 erwähnten Ort, Seite 1361 f.

beitsmaschinen (Abrichtmaschinen, große Kreissägen)« Stellung genommen worden. Darüber läßt sich vom Standpunkt der Gewerbehygiene aus reden. Die Verallgemeinerung in der Aufforderung an alle männlichen Kollegen sich gegen die weibliche Beschäftigung »an ungeeigneten Arbeitsplätzen« zu wenden, wobei der männliche Arbeiter womöglich allein darüber entscheidet, was ungeeignet ist, kann indessen mißverständlich und abschreckend auf Arbeiterinnen wirken, die sich zum erstenmal der Organisation nähern. Der Holzarbeiterverband hat in den 3 Halbjahren von Mitte 1914 bis Ende 1915 seine weiblichen Mitglieder von 6 234 auf 6 141 und schließlich auf 5 770 fallen sehen. Er erklärt dies (und sicher mit Recht) mit der Abnahme der Arbeiterinnen in der Holzindustrie überhaupt. Indessen wäre es gerade deshalb ein besonderer Verdienst der Gewerkschaft gewesen die 6 234 organisierten Frauen möglichst vollzählig zu halten. Auch der Schneiderverband erzielte angesichts der bedeutenden Kriegszunahme arbeitender Frauen von 1914 auf 1915 nur eine sehr schwache Steigerung der Zahl seiner weiblichen Mitglieder. Während die Ziffer der männlichen Organisierten in jener Zeit von 22 921 auf 16 406 sank, stieg die der weiblichen nur von 7 007 auf 7 418. Der Buchbinderverband bekam am Schluß des Jahres 1915 eine Frauenmehrheit mit 10 722 weiblichen neben 6 283 männlichen Mitgliedern; wohl auch deshalb, weil nicht weniger als rund 8000 männliche Mitglieder zum Heer einberufen wurden. Er klagt ausdrücklich über die »zum Teil nicht zu leugnende Unbeständigkeit der weiblichen Mitglieder«. Aus einem Artikel des Verbandsvorsitzenden scheint mir aber hervorzugehen, daß man im Verband der Frauenarbeit nicht allzu freundlich gegenübersteht⁷⁾. Im Verband der (ungelernten) Fabrikarbeiter vollzog sich die Wendung zur Zunahme der weiblichen Mitgliedschaft im Oktober 1916. Noch am 31. Mai 1916 verzeichnete die Organisation einen Rückgang der männlichen Mitglieder von 170 767 auf 61 496, also um 109 271 (davor: 90 619 zum Heer einberufen), der weiblichen Mitglieder von 24 926 auf 18 949, also um 5 977 Köpfe seit dem 1. August 1914. Dagegen berichtet das Verbandsorgan, der Proletarier, am 18. November 1916: »Erfreulich ist die starke Steigerung der Neuaufnahmen weiblicher Mitglieder. Noch in keinem der Monate, auf die sich die Erhebung erstreckt, sind so viele weibliche Mitglieder aufgenommen wie im Oktober. Das hat letzten Endes die Ursache wie der Rückgang der Neuaufnahmen männlicher Mitglieder. Die starke Einziehung der letzteren macht immer mehr Arbeitsplätze für Arbeiterinnen frei, vergrößert damit das Rekrutierungsgebiet des Verbandes unter den Arbeiterinnen. In einigen Zahlstellen wird die Agitation unter den weiblichen Arbeitskräften nicht nur mit sehr viel Eifer sondern auch mit gutem Erfolg betrieben. So hat Köln am Rhein im Monat Oktober allein 107 weibliche Mitglieder neu gewonnen. Die weit aus meisten davon durch rege und planmäßig betriebene Hausagitation. Auch einige kleine Zahlstellen haben gute Erfolge erzielt. Gerabronn zum Beispiel, das bei Kriegsausbruch 55 Mitglieder zählte, hatte Ende Oktober dieses Jahres deren 68, ohne die zum Heeresdienst eingezogenen. Davon waren 52 weibliche Mitglieder. Es scheint überhaupt, als ob die Werbearbeit unter den Arbeiterinnen jetzt bessere Früchte trägt als in der ersten Kriegszeit. Verwunderlich wäre das nicht. Je länger der Krieg und damit die Männerarbeit der Frauen dauert, um so mehr muß es diesen zum Bewußtsein kommen, daß sie ohne eine gewerkschaftliche Interessenvertretung der Gnade oder Ungnade des Unternehmertums ausgeliefert sind.« Offenbar haben auch die männlichen Verbandsmitglieder während der langen Dauer des Krieges die Mitorganisation der Frauen allmählich besser schätzen gelernt.

⁷⁾ Siehe Klott Die Frau in der Buchbinderei, in der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung vom 17. September 1916.

Eine besondere Stellung in der Frage der Frauenerwerbsarbeit nimmt der Deutsche Bauarbeiterverband ein. Er sieht die 9000 Frauen, die jetzt bereits in seinem Beruf schaffen, wohl nur als eine ganz vorübergehende Erscheinung an. In einer Sitzung des Verbandsbeirats, die am 2. und 3. November 1916 in Hamburg stattfand, beschloß man »in Rücksicht darauf, daß der gegenwärtige Zustand auch nur als eine Erscheinung des Krieges angesprochen werden kann, und daß darauf gedungen werden muß, daß mit Beendigung des Krieges auch die Gewerbeordnung in vollem Umfange wieder in Kraft tritt, in logischer Folge der Beschlüsse der früheren Bauarbeiterschuttkongresse, von einer Organisierung der Frauen abzusehen, doch den im Baugewerbe beschäftigten Frauen jede moralische Hilfe zu leisten, die ihnen die Organisation bei der Einwirkung auf die Erhöhung der Löhne und bei der Durchführung des nötigen Bauarbeiterschutzes geben kann«. Die Gleichberechtigung der Frau auf angemessene Beschäftigung im Beruf wird also überhaupt verneint, der Zutritt zur Organisation ihr deshalb auch gesperrt. Doch wird hier meines Erachtens mit der völligen Ablehnung der Frauenerwerbsarbeit aus gesundheitlichen Gründen (Gewerbeordnung) nach den Kriegserfahrungen, die wir inzwischen gemacht haben, und die für eine sehr starke gewerbliche Verwendbarkeit der Frau sprechen, auch wenn auf ihre besondere Körperkonstitution geachtet werden muß, allzu stark generalisiert. Man darf vielleicht noch eingehendere und tatsächliche Nachweise dafür erwarten, inwieweit die Kriegsbauarbeit der Frauen diese mehr schädigt als gleichbeschäftigte Männer; daß dieser Nachweis für einzelne Arbeitsverrichtungen (schweres Steinetragen) zu erbringen ist, weiß ich aus meiner besonderen Beschäftigung mit dem Bauarbeiterschutz.

Sicher haben die deutschen Zentralverbände für den Lohnschutz der Frauen während des Krieges ganz Bedeutendes geleistet. Auch der Bauarbeiterverband tat darin zweifellos seine Pflicht. Ebenso sind aus meiner Darstellung der Unterentlohnung der Frau Belege dafür für andere Zentralverbände zu gewinnen. Nur geht daraus auch die andere Tatsache hervor, daß die Lohnpolitik auch der freien Gewerkschaften doch immer noch sehr stark durch die, auf die vorzugsweise hauswirtschaftliche Beschäftigung der Frau gerichtete männliche Betrachtungsweise beeinflusst ist, die noch im Bann vergangener sozialer Zustände steht und annimmt, daß die Erwerbsarbeit, namentlich die industrielle, regelmäßig doch nur etwas Vorübergehendes im Leben der Frau sei. In der Unterscheidung gesellschaftlich nützlicher und deshalb notwendiger und gesellschaftlich schädlicher, weil unhygienischer Frauenerwerbsarbeit und ihrer Bewertung ist jedenfalls noch manches nachzuholen.

2 · DIE LOHNPOLITIK FÜR FRAUENERWERBSARBEIT

HEUTE ist keine Arbeiterin mehr sicher in der Ehe völlige und dauernde Versorgung zu finden, zumal wenn ihre niedrige Entlohnung dazu beiträgt den Lohnaufstieg der Männer zu hindern. Außerdem wächst ihre kulturelle und politische Selbständigkeit mit ihrem selbständigen wirtschaftlichen Einkommen, das ihr eine eigene Klassen- und Weltanschauung ermöglicht. Das ist neben dem Ziel die weibliche Lohndrückerin auszuschalten das tiefere Interesse der Arbeiterbewegung an der Gewinnung der arbeitenden Frau als Kameradin und Gesinnungsgenossin. Durch den Krieg sind zu dieser Entwicklung Mo-

mente gekommen, die sie befördern und die sie hemmen. Befördert wird die Interessengemeinschaft zwischen männlichen und weiblichen Arbeitern durch die viel häufigere Berührung in dem Betrieb, durch den Zwang gemeinsam Leiden im Betrieb zu ertragen, durch die Übernahme zahlreicher bisher rein männlicher Verrichtungen seitens der Frau und durch den gleichen Druck der Lebensmittelschwierigkeiten, den die Frau womöglich noch stärker verspürt als der Mann. Gehemmt wird die Entwicklung zu größerer Interessensolidarität zwischen Mann und Frau einmal dadurch, daß in manchen Betrieben die Frau die Überzahl der Beschäftigten stellt und jetzt vielfach die Frauen zu tun scheinen, was früher die Männer taten: nämlich den andern Teil möglichst ausschließen und absondern; dann durch die Furcht der Männer davor, daß die zurückkehrenden Kriegsteilnehmer ihre Plätze durch Frauen besetzt finden und verlieren könnten.

Das letztgenannte Moment schließt das aktuell wohl schwierigste Problem ein. Die Unternehmerorganisationen, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben, stellen sich, und zwar nicht bloß aus Gründen des Interesses an niedriger entlohnter und williger Arbeit sondern, zusammen mit den fortschrittlich denkenden Frauen, auch aus Gründen der technischen Entwicklungsmöglichkeit der Arbeitsteilung und aus dem Wunsch heraus Ersatzkräfte für die gefallenen Krieger zu schaffen und neue Kräfte für neue wirtschaftliche Aufgaben in Bereitschaft zu halten, auf einen andern Standpunkt als die Arbeiter- und Angestelltenverbände. Sie wollen beispielsweise (im Hansabund) den zurückkehrenden Kriegern nur die frei werdenden Frauenstellen offen halten. Das Wahrscheinliche ist ein Kompromiß zwischen den beiden entgegengesetzten Standpunkten, der mit Hilfe gemeinsamer Tarifeinrichtungen durchzuführen wäre. Das Radikalmittel gleicher Bezahlung gleicher Arbeit für Mann und Frau lehnen selbst die liberalen Unternehmergruppen (zum Beispiel die gewerblichen Sachverständigen des Hansabundes) noch heute, nach Jahren intensivster Frauenarbeit in der Kriegsnot, ab.

So entsteht ein Kreis, der sich nicht schließt. Um ihre Forderung der gleichen Bezahlung gleicher Arbeit an Mann und Frau möglichst rasch und gründlich zu verwirklichen und der weiblichen Lohndrückerei mit all ihren Folgen entgegenzuarbeiten, brauchen die Organisationen der Arbeiter und Angestellten einen viel stärkern Zustrom der Frauen, die massenhaft in die Arbeit einrückten, als vor dem Krieg. Dieser Zustrom muß jedoch ausbleiben, wenn die selben Organisationen nun genötigt sind indirekt die Brotlosmachung des größern Teils jener Frauen anzustreben, ohne Rücksicht auf die Selbständigkeit und Leistungsfähigkeit, die sich ihre weiblichen Arbeitskameraden inzwischen im kapitalistischen Produktionsprozeß erworben haben. Man kann die Frauen schwer bestimmen in erheblicher Anzahl Organisationen beizutreten und Geldopfer für sie zu bringen, wenn diese Organisationen erklären müssen, daß den arbeitenden Frauen, denen überdies die Verheiratungschancen durch den Krieg sehr stark beschränkt sind, die neue Existenzmöglichkeit zunächst wieder genommen werden soll.

Der Weg, der Männer und Frauen unbedingt einigt, und dessen Beschreitung schrittweise am meisten Erfolg verspricht, bleibt nach wie vor der gewerkschaftliche und politische Kampf für möglichste Gleichstellung der Löhne für gleiche Leistungen in privaten und öffentlichen Betrieben. Unverkennbar wird denn auch diese Forderung von der überwiegenden Zahl der ge-

werkschaftlichen Organisationen im Krieg weit stärker und nachhaltiger erwogen und durchzuführen versucht als jemals vor dem Krieg; und das ist die allerwichtigste und verheißungsvollste Erscheinung auf unserm Gebiet. Der Krieg ist eben auch für die Vertiefung und Belebung des gewerkschaftlichen Kulturprogramms von entscheidender Bedeutung geworden.

So ist es sicher kein Zufall, daß Anfang 1916 die Organisation der deutschen Brauereiarbeiter vor dem Frankfurter Gewerbegericht zum erstenmal eine Auslegung des vor dem Krieg mit den Unternehmern abgeschlossenen Tarifvertrags durchsetzte, die den Tarifzwang zur Gleichstellung der Männer- und Frauenlöhne bedeutete. Das Landgericht als höhere Instanz hob zwar auf Betreiben der Unternehmer die Entscheidung des Gewerbegerichts auf; das Verfahren schwebt indessen noch in der weitem Instanz. Die grundsätzliche und praktische Bedeutung der zuerst erfochtenen Entscheidung kann auch durch den weitem Verlauf des Rechtsstreites nicht aufgehoben werden.

Daß ältere Tarifverträge während der Kriegszeit den arbeitenden Frauen wirksamen Schutz gegen allzu starke Ausnutzung bieten können, zeigt Helene Grünberg in einem Artikel der Frankfurter Volksstimme vom 23. November 1915 über Frauenerwerbsarbeit und Tarifverträge für die Arbeiterinnen der Nürnberger Metall- und Spielwarenindustrie sowie der Bürsten-, Bleistift- und Pinselfabrikation. Nach ihren Angaben waren die 14 000 organisierten Arbeiterinnen dieser Branchen auch während der Kriegsnot in der Hauptsache ihrer Organisation treu geblieben, auch hatten sie ihre Vertretung in den Arbeiterausschüssen der Betriebe sowie den freien Samstag Nachmittag und tarifliche Lohnverbesserungen hochgehalten. Für den neuen Tarifvertrag der Berliner Maschinenarbeiter der Holzindustrie sollte nach dem Vorwärts vom 23. Mai 1916 für Frauen bei gleicher Arbeit der gleiche Lohn wie für Männer gefordert werden. Die selbe Forderung wurde auf dem Nürnberger Verbandstag der Schuhmacher im Juni 1916 von dem Vorsitzenden des Verbandes unter allgemeiner Zustimmung erhoben. Ihre Durchsetzung dürfte dadurch erleichtert werden, daß die Organisation der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten sich für das selbe Ziel aussprach. Auf Antrag des Sattler- und Portefeullerverbands, der für eine Minderbezahlung der Arbeiterinnen in der Privatindustrie Zugeständnisse machen mußte, wurden im Frühjahr 1916 Mindeststundenlöhne für Handnäherinnen auf Sattlerarbeiten für die Heeresverwaltung im Reichstarif durch die beteiligten Organisationen festgesetzt, denen die Heeresverwaltung beiträt. Die von den Militärbehörden bei Kriegslieferungen festgesetzten Lohntarife sind überhaupt ein Stück Lohnpolitik zugunsten der Frauenerwerbsarbeit geworden. Sie verdienen sachkundige Darstellung von beteiligter Seite.

Verhältnismäßig wenig haben die Gemeindeverwaltungen und speziell die Arbeitervertretungen darin für die Annäherung der weiblichen Löhne an die männlichen in der Kriegszeit getan. In der Reichshauptstadt wurde wenigstens bei den Teuerungszulagen des Sommers 1916 für Gemeindearbeiter der gleiche Betrag bei Männern und Frauen durchgesetzt. In der Tagung der Stadtverordnetenversammlung für Berlin-Schöneberg vom 26. Juni 1916 führte dagegen das gleiche Bestreben zu beinahe tragikomischen Kämpfen. Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion hatte die Versammlung kurz vorher beschlossen die weiblichen Straßenreinerer den männlichen in der Entlohnung gleichzustellen und ihnen den selben Anfangslohn von 25

Mark wöchentlich zu gewähren. Diesen Beschluß lehnte der Magistrat mit der Begründung ab, daß dann die weiblichen Arbeiter anderer städtischer Verwaltungszweige die gleiche Aufbesserung verlangen und dann wiederum die männlichen Arbeiter erklären würden, daß sie für die den Frauen gewährte Löhnung nicht arbeiten könnten; auch würde der Unterschied in den Besoldungsverhältnissen von Schöneberg und seinen Nachbargemeinden zu groß. Mit diesen geistvollen Argumenten setzte der Magistrat die Ablehnung der Gleichstellung durch. Sonst hat die deutsche Kommunalchronik, soweit ich sehe, keine weiteren Kämpfe um den, für unsere Städte anscheinend ganz nebensächlichen Gegenstand zu verzeichnen.

Staatliche Vorschriften zur Verbesserung der weiblichen Lohnverhältnisse hat der österreichische Metallarbeiterverband über die schon früher erwähnte Petition seiner deutschen Bruderorganisation⁸⁾ hinaus verlangt. Er will die Lohnrechte der Frauen auf dem Verordnungsweg dadurch schützen, daß sie Anspruch auf die gleichen Mindestsätze erhalten, wie sie in den Tarifen für Männer ausgemacht sind, ebenso auf die gleichen Stücklöhne. Bei der Festlegung neuer Stücklöhne sollen Arbeiter und Arbeiterinnen durch Vertrauensleute gehört werden. Damit soll das Gesetz als Zwang und Schutz hinter die Tarifabmachungen gestellt werden. Eine förmliche Lohnerhöhung im staatlichen Verordnungsweg, namentlich auch für arbeitende Frauen, ist durch einen ungarischen Regierungserlaß vom März 1916 erzielt worden. Bei allen landwirtschaftlichen Arbeiten, die auf fremdem Besitz vorgenommen werden, wurde nämlich ein Lohnzuschlag von 60 % zugesichert. Inwieweit diese Maßregel freilich praktisch zur Durchführung kommt, läßt sich von hier aus schwer beurteilen.

Die gewerkschaftliche Aktion wird auch auf diesem Lebensgebiet für die Arbeiterschaft das Grundlegende und auf die Dauer Erfolgversprechende bleiben. In der Hauptsache können behördliche Vorschriften immer nur nachträglich sanktionieren, was die Arbeiterschaft aus eigener Kraft erkämpft hat. Als kürzeste und klarste Zusammenfassung aller dieser Forderungen wird vielleicht das Programm bezeichnet werden können, das bereits im Frühjahr 1915 von dem Gewerkschaftskartell und der sozialdemokratischen Partei in Frankfurt am Main beschlossen wurde, und das also lautet:

»Die Frauenerwerbsarbeit ist eine Folge der modernen industriellen Entwicklung. Der Krieg mit seinem starken Verbrauch an Männern hat eine besondere Zunahme der Frauenerwerbsarbeit gebracht. Die Arbeiterschaft hat dafür zu sorgen, daß diese Zunahme als Kraft für den Kulturaufstieg der Arbeiterklasse wirkt. Dazu erklärt die Versammlung für notwendig:

1. Einrichtungen zur Berufsberatung und Berufsausbildung der Frauen und Mädchen;
2. Schärfung des Pflichtbewußtseins der Frauen für den Beitritt zur gemeinsamen gewerkschaftlichen Organisation;
3. ausgiebigen gesetzlichen Arbeitsschutz, auch in der Hausindustrie (Einrichtung und Ausgestaltung von Fachausschüssen und Lohnämtern);
4. Ausdehnung der gewerkschaftlichen Tarifverträge auf die Frauenerwerbsarbeit, Einführung dieser Tarife bei allen behördlichen Arbeitsaufträgen und scharfe Kontrolle der Innehaltung der Tarife.

Auf Grund ihres starken Anteils an der Werkstätigkeit des gesamten Volkes erheben die Frauen den Anspruch auf politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung mit den Männern, insbesondere auf gleichen Lohn und gleiches Wahlrecht.

⁸⁾ Siehe Quarck *Gesundheitliche Wirkungen der Frauenberufsarbeit*, in den Sozialistischen Monatsheften, 1916 III, Seite 1309.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Genossenschaftsbewegung / Heinrich Peus

1899 bis 1916

Nach dem Krieg gehen wir einer neuen, gewaltigen Entwicklung des Genossenschaftswesens auf allen Gebieten entgegen. Das Erfordernis allseitiger Energieersparnis hat dafür Voraussetzungen geschaffen, die ohne den Krieg vielleicht erst in Jahrzehnten eingetreten wären. Der Genossenschaftssozialismus, gegenüber dem sogenannten Kriegssozialismus und gegenüber aller bloßen Entrüstungsagitorik der wirklich fruchtbare Sozialismus, darf auf ein neues Zeitalter blühenden Fortschritts rechnen. Da gilt es sich über Ziele und Methoden klar zu werden. Deshalb sei zunächst ein kurzer Rückblick auf die Zeit getan, die seit dem letzten Aufschwung der Bewegung vor nicht ganz 2 Jahrzehnten verfloßen ist.

Das charakteristische Zeichen des ausgehenden 19. Jahrhunderts war auf dem Genossenschaftsgebiet dies: daß die moderne Konsumgenossenschaftsbewegung sich ihres Zieles bewußt wurde und sich damit kraftvoll zu entfalten begann. Wohl fehlte es auch früher den Konsumvereinen nicht an schon recht beträchtlichen Mitgliederzahlen und entsprechendem Umsatz. Aber sie konnten noch gar nicht ihre eigentliche Aufgabe: die Förderung und Rationalisierung der Produktion. Darum waren sie auch in eine schlimme Krankheit, die Dividendenseuche, verfallen. Die kleinen Gedanken und Interessen der Massen waren in ihnen allmächtig geworden. Diejenigen Zeitgenossen aber, die größeren Gedanken nachgingen, kümmerten sich um die durch den Berliner Parteitag /1893/ vermeintlich verurteilten Genossenschaften nicht. So etwa um 1898 herum sollte ja auch der große Zusammenbruch kommen. Aber es gab Leute, die am Kladderadatsch verzweifelten, die mehr an die Gegenwart und die in ihr erforderlichen und möglichen Leistungen glaubten, die sich auch der wichtigen Wahrheit erinnerten, daß wirtschaftliche Macht das Fundament der politischen sein müsse. Neben Eduard Bernstein war es besonders ein Paul Kampffmeyer, der in diesem Sinn arbeitete. Er legte den wichtigen Unterschied zwischen der Lage und Macht

der Verkäufergenossenschaften und der der Käufergenossenschaften dar und räumte damit das Hindernis des Berliner Parteibeschlusses aus dem Weg. Die Sozialistischen Monatshefte aber waren es, die damals allen denen das Ohr der Öffentlichkeit verschafften, die der Welt die Bedeutung der Konsumgenossenschaft zum Bewußtsein zu bringen bemüht waren. 1899 war bekanntlich der Hannoversche Parteitag, auf dem die Freunde der Konsumgenossenschaft den Radikalen unter Führung Bebels so viele Zugeständnisse abzwangen, daß die Bahn für die moderne Konsumgenossenschaftsbewegung innerhalb der Sozialdemokratie frei wurde. Der Jahrgang 1899 der Sozialistischen Monatshefte spiegelt diesen Kampf getreulich wieder. Heinrich Stühmer schilderte die wirtschaftliche Macht der Gewerkschaften, für die es bei vielen Sozialdemokraten noch an Verständnis fehlte. Adolph von Elm gab ein Bild von den Zielen der am 24. Januar 1899 gegründeten Hamburger Produktion. (Sehr aufklärend und unterhaltsam ist übrigens heute die Diskussion nachzulesen, die von Elm im selben Jahr in der Neuen Zeit, die sonst der Genossenschaftsbewegung wenig Aufmerksamkeit schenkte, mit dem Genossen Adolf Braun hatte. Wie glänzend gerechtfertigt steht der uns leider viel zu früh entrissene von Elm heute da!) Jean Jaurès schrieb einen kurzen, aber geistvollen Artikel über das Brüsseler Volkshaus und bezeichnete es als höchste Aufgabe »der Arbeiterklasse einen Teil ökonomischer Macht zu geben. Vor allem aber finden wir in diesem Jahrgang der Sozialistischen Monatshefte den Artikel Heinrich Kaufmanns Von unten auf!, einen Programmartikel, durch den Kaufmann, damals noch Redakteur des Harburger Volksblatts, seine so überaus große Eignung für seine spätere, an Erfolgen reiche Arbeit als erster Leiter der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung erwies. Es ist zu beachten, daß er schon damals den Satz schrieb: »Der Schlußstein des Gebäudes ist der schon heute vorhandene Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte durch die landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaften an die Großeinkaufsgesellschaften der Konsumgenossenschaften, der sich zum direkten Gütertausch der landwirt-

schafflichen gegen die industriellen Produkte fortentwickeln wird.« Gertrud David endlich schrieb sehr instruktive Artikel über die Konsumgenossenschaft und die sozialistische Theorie, mit denen sie eine Arbeit begann, die sie danach volle 17 Jahre hindurch mit Hingebung und eindringendem Verständnis leistete: die Bearbeitung der genossenschaftlichen Rundschau, die in den Sozialistischen Monatsheften in klarer Erkenntnis der Tragweite dieser Bewegung und ihrer Bedeutung für die Entwicklung zum Sozialismus eingerichtet wurde. In dieser Rundschau hat sie die Taten und Schicksale der Genossenschaftsbewegung, wie auch ihre literarischen Erscheinungen, fortlaufend verzeichnet und besprochen, auch, wo es notwendig war, mit Kritik begleitet. Es war das eine Tätigkeit, die ohne Geräusch für die Sache mehr gewirkt hat als manche der glänzenden Aktionen, an die man in der Partei gewöhnt ist. Diese Rundschau wird jetzt von mir in der selben Art fortgeführt werden (Genossin David nimmt eine andere Arbeit in dieser Zeitschrift auf). Sie wird in ihrem Gegenstand durch die stärkere Heranziehung der anderen Genossenschaftsarten, namentlich der landwirtschaftlichen, eine Erweiterung erfahren. Diese ist durch die neueste Entwicklung notwendig geworden, die der Bewegung eine breitere Basis gibt und jenen vorhin zitierten Satz Kaufmanns zu bekräftigen beginnt.

Die Konsumvereine haben sich den schwierigen Verhältnissen zum Trotz als die stärksten Gebilde unter den Organisationen der Arbeiterklasse erwiesen. Das Mißtrauen der Behörden, das vor dem Krieg noch bestand, ist gewichen und muß weichen; denn die Gesellschaft kann ohne die energieersparende Organisation des Verbrauchs und der darauf sich aufbauenden Eigenproduktion nicht mehr auskommen. Es kommt jetzt darauf an das Genossenschaftsprinzip auf allen Gebieten vorwärts zu treiben. Die Entwicklung nach dem Krieg wird durch zwei Dinge gekennzeichnet werden: energische Kapitalbeschaffung, vor allem durch systematische Vermehrung des Eigenvermögens, um die Eigenproduktion sowohl bei der Großverkaufsgesellschaft als auch bei den Vereinen viel stärker und schneller als vor dem Krieg zu entwickeln, sodann planmäßige Förderung der Verbindung zwischen den landwirtschaft-

lichen und den Konsumgenossenschaften. Mit der zunehmenden Erkenntnis, daß Sozialismus Produktionspolitik bedeutet, und daß der Produzentenstandpunkt berechtigt ist, ja daß er das wirtschaftlich fortschrittliche Prinzip darstellt, fallen auch allmählich die Vorurteile, die man in den Kreisen der Arbeiterklasse gegen die Organisationen der Landwirtschaft hegte. Heute sieht man ein, daß das Streben der landwirtschaftlichen Genossenschaften, auch soweit sie Verkäufergenossenschaften sind, notwendig und nützlich ist. Freilich ist die Ergänzung durch die konsumgenossenschaftliche Organisation unentbehrlich. Kommen aber gar die Konsumenten dazu ihr eigenes Kapital in der Landwirtschaft anzulegen, dann ist jene innige Verbindung angebahnt, daß die Konsumenten Produkte verbrauchen, die mit ihren eigenen Produktionsmitteln hergestellt werden, und sich den produzierenden Arbeitern Arbeitsverhältnisse bieten, wie sie gerechterweise beansprucht werden können.

Auf alles, was im Sinn dieser Entwicklung liegt, soll an dieser Stelle in Verbindung mit einer die Sache fördernden Kritik besonders hingewiesen werden.

Kriegsarbeit Die Notwendigkeit eine Anzahl wichtiger Lebensmittel zu rationieren, wobei den Kommunalverbänden die Durchführung übertragen wurde, hat, wie auf einer Konferenz des Mitteldeutschen Verbandes am 17. Dezember festgestellt wurde, in einer Anzahl von Gemeinden anfänglich zu schwerer Benachteiligung der Konsumvereine zugunsten der Kleinhändler geführt. Doch wurde andererseits zugegeben, daß die Beschwerde bei den höheren Instanzen fast immer Erfolg gehabt hat. Es wurde aber auch festgestellt, daß von dem Beschwerderecht nicht immer ausreichend und angemessen Gebrauch gemacht wurde. Als in der Debatte das kritische Wort Neuorientierung fiel, wurde demgegenüber darauf hingewiesen, daß bei manchen noch die Neuorientierung in dem Sinn nötig sei, daß sie zu lernen hätten, dieser Staat sei ihr eigener Staat, zu dem sie das Vertrauen haben müßten, daß er auch in ihrem Sinn verwaltet werden könne. August Müller habe einmal in einer Sitzung im preußischen Ministerium des Innern hören müssen, daß, während von den Kleinhändlern ganze Stöße von Eingaben vorlägen, von Konsumvereinen auch

nicht eine dorthin gelangt sei. Und dann gibt es Leute, denen Müller nicht genug leistet! Die Konferenz stellte fest, daß für die Rationierung das System der Kundenliste sich am besten eigne. Das werde den Konsumvereinen gerecht, beseitige das Anstehen und mache auch den Verkauf durch die Gemeinden selber, der in keiner Weise ideal sei, überflüssig. Die Organisation des Lebensmittelvertriebs gebührt den reinen Selbstverwaltungskörpern, wie sie in den Konsumgenossenschaften gegeben sind.

Lebhafte Klagen über rückständige Behandlung der Konsumvereine durch die österreichischen Gemeinden teilt Emmy Freundlich in einem Artikel der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau vom 23. Dezember 1916 mit. Die Arbeiter in der Kriegsindustrie haben gegen diese Rückständigkeit, die die Rationierung stark zu ihren Ungunsten beeinflusste, protestiert, und daraufhin hat das Kriegsministerium mit den Gewerkschaften und den Genossenschaften eine Organisation geschaffen, durch die nicht nur die Versorgung der Kriegsdienstleister sondern auch der Konsumvereinsmitglieder überhaupt in der Hauptsache der österreichischen Großeinkaufsgesellschaft zugewiesen wird; diese erhält die rationierten Waren direkt von den Reichszentralen. Emmy Freundlich sagt von der neuen Organisation, die wesentlich dem Verbandsobmann Karl Renner zu verdanken sei, daß sie aufs glücklichste den staatlichen Zwang mit der Selbsthilfe der Organisationen vermähle.

Eigenproduktion und Eigenvermögen In einer Einkaufsleiterkonferenz in Hamburg hat Heinrich Lorenz auf die Notwendigkeit einer größeren Eigenproduktion der Großeinkaufsgesellschaft hingewiesen. Auch gab er schon Mitteilungen über die nächsten Pläne. Insgesamt sind 10 neue Betriebe in Aussicht genommen. Man hält eine gewisse Dezentralisation für notwendig. Neben der Produktionszentrale Gröba ist eine Handelszentrale in Chemnitz geplant. Für Hamburg ist die Errichtung mehrerer Produktivbetriebe ins Auge gefaßt. Die 5 Millionen - Anleihe der Großeinkaufsgesellschaft ist bis auf einen kleinen Rest gezeichnet. Die Betriebe sollen in mehreren Perioden entstehen. Für die beiden ersten braucht man 30 bis 35 Millionen Mark. Man hofft sie aufzubringen. Lorenz

schloß seine Darlegungen mit den Worten: »Das Vertrauen in die Kraft unserer Organisation und in die Genossenschaftler im Lande, die an der Verwirklichung der Pläne mitarbeiten werden, sowie die begründete Hoffnung auf einen Aufschwung unserer Sache nach dem Krieg gibt uns hierzu die Zuversicht. Daß wir aber so zuversichtlich sein dürfen, das verdanken wir ganz besonders unseren Brüdern im Felde, die ihr Leben einsetzen den Feind von Deutschlands Grenzen fernzuhalten.«

Die Voraussetzung einer energischen Eigenproduktion ist die Schaffung eines bedeutenden Eigenvermögens. Darauf muß jetzt vor allem hingearbeitet werden. Schafft eigenes Genossenschaftskapital! So lautet der Titel einer Broschüre Heinrich Kaufmanns, die der Zentralverband deutscher Konsumvereine jetzt herausgegeben hat. Sie ist nicht zu umfangreich, 31 Seiten, und doch reichhaltig genug. Kaufmann will den Weg zu einer konsumgenossenschaftlichen Geldwirtschaft zeigen, die es vermag auch den allerschwersten Wirtschaftstürmen standzuhalten. »Die großen Aufgaben nach dem Krieg erfordern das Beschreiten dieses Weges auf der ganzen Linie.« »Unser Grundsatz ist: Produktion für den organisierten Konsum.« Das A und O aber jeder weiteren Entwicklung unserer konsumgenossenschaftlichen Produktion sei das eigene Kapital. Die Dividendenjägerei sei fast überall überwunden. Für die Abschaffung der Rückvergütung aber sei nur ein sehr kleiner Teil der Genossenschaftler zu haben; denn die zur Rückzahlung gelangende Rückvergütung sei ein wünschenswerter Privatreservofonds der einzelnen Familie. Sehr wichtig ist, was Kaufmann über richtige Preiskalkulation und über den Charakter und den Wert der Spareinlagen sagt. Kaufmann stellt an der Hand der Ziffern des Zentralverbandes fest: Geld sei vorhanden, aber kein eigenes Geld. Es sei anvertrautes, geliehenes Geld. Eigenes aber müsse es werden, durch Abschreibungen und Stärkung der Reserven. Die Verwendung der Spargelder der Mitglieder zu Zwecken, für die eigenes Kapital da sein müßte, hat leider zugenommen. Im Thüringer Verband fehlte 1903 6,5 %, 1915 aber 12,5 % des Umsatzes an eigenem Kapital. Hoffentlich werden die Ratschläge der Kaufmannschen Broschüre von den Vereinen schleunigst befolgt. Wer eine eigene Fabrik haben

will, soll nicht mit geliehenem Geld arbeiten.

Sehr eifrig wirkt bekanntlich seit langem Franz Staudinger für die Stärkung des Eigenvermögens der Konsumvereine. Er tut dies neuerdings in einer Reihe von Artikeln der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau. Dort fordert er, daß alle Genossenschaften in ihre Satzungen die folgende Bestimmung aufnehmen: »Nach Vornahme ordnungsmäßiger Abschreibungen und vor Ausschüttung einer Rückvergütung sind sofort mindestens 1 % vom Jahresumsatz den unangreifbaren Reserven zuzuführen (wazu eigentlicher Reservefonds, Hausbau- und Produktionsfonds, nicht aber verbrauchbare Fonds, wie Unterstützungsfonds, gehören). Dieser Prozentsatz vom Umsatz ist jährlich um . . . % zu erhöhen, bis er die Höhe von . . . % erreicht hat. Die Festsetzung von zunächst 1 % allein würde schon ohne weiteres den jährlichen Reservenwuchs beim heutigen Umsatz (der Vereine des Zentralverbands) auf das Doppelte, das ist auf 5 Millionen jährlich, anschwellen machen.

Kurze Chronik Das Deutsche Handwerksblatt, das Organ des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertags, empfiehlt den Handwerkern aufs dringlichste die Beteiligung an genossenschaftlichen Bestrebungen. Es stellt fest: »Der Genossenschaftsgedanke hat sich im Krieg auf das glänzendste bewährt.« Der Genossenschaftsgedanke sei, wie der Wirkliche Geheime Oberregierungsrat Spiethagen als Vertreter der Reichsregierung gesagt habe, »zum großen Erzieher unseres Volkes geworden«. ◊ Das Genossenschafts seminar an der Mannheimer Handelshochschule, das der Leitung Dr. Mayrs untersteht, wirkt sehr fruchtbar. Auch Genossenschaftspraktiker nehmen an ihm teil. Am 2. Dezember besichtigte es in Verbindung mit dem Heidelberger Volkswirtschaftlichen Seminar die Ausstellung für Kleinwohnwesen in der Mannheimer Kunsthalle. Dr. Hans Kampffmeyer, der badische Landeswohnungsinspektor, führte die etwa 80 Besucher. Interessant war aber auch die Besichtigung der Hockenheimer Zigarrenfabrik der Großverkaufsgesellschaft mit ihren höchst modernen technischen, organisatorischen und außerordentlich hygienischen Einrichtungen. ◊ Die Bremer Konsumgenossenschaft Vorwärts feierte ihr 10jäh-

riges Bestehen. Sie wurde im November 1906 gegründet, weil der bestehende bürgerliche Konsumverein, eine Aktiengesellschaft, eine Mitwirkung der Arbeiter unmöglich machte. Mit 6000 Mitgliedern und 10 Läden fing er sofort an: ein sehr ungewöhnlicher Anfang. 3000 Mitglieder blieben treu; das genügte. Heute zählt dieser Verein 15 728 Mitglieder und 3 136 249 Mark Umsatz, gewiß für eine so große Stadt kein überwältigendes Ergebnis, aber doch ein solches, auf dem bei richtiger Taktik das Größere aufgebaut werden kann. ◊ Die niederländische Großverkaufsgesellschaft Handelskamer hatte in den ersten 10 Monaten des Jahres 1916 7 285 378 Gulden Umsatz, gegen 4 889 574 des Vorjahrs.

Literatur] Der unseren Lesern bekannte Moskauer Professor V. Totomjanz hat eine Theorie, Geschichte und Praxis der Konsumentenorganisation geschrieben, deren deutsche Übersetzung bei R. L. Prager in Berlin erschienen ist. Im 6. bis zum 15. Kapitel sind die Konsumvereine von 10 Ländern Europas dargestellt. Die vorangehenden Kapitel bringen eine Erörterung der genossenschaftlichen Theorien, während das Schlusskapitel sich über Macht und Grenzen der Konsumentenorganisation ausspricht. Der Verfasser beweist überall ein maßvolles Urteil, und er gibt denen, die sich über den Gegenstand erstmalig orientieren wollen, ein nützliches und anregendes Hilfsmittel.

Geistige Bewegung / Wally Zepler

Religiöse Zeitdokumente Man las während des Krieges viel von einer religiösen Wiedergeburt des Volkes. Das war zunächst wohl mehr Glaube als Erfahrung. Was diesen Glauben auslöste, ist leicht zu erkennen. Weite Kreise der Bevölkerung durchflutete während der ersten Kriegszeit ein lange nicht gekanntes Gefühl, das sich selbst dem Ganzen zum Opfer bringen wollte. Solche Begeisterung für die Nation, der man sich verbunden fühlt, ist freilich ein Stück religiösen Empfindens, wie jede Hingebung an ein Überpersönliches. Auch mag die Seele vieler Kriegsteilnehmer durch die furchtbaren Erlebnisse im Feld ein Sturm erschüttert haben, der sie zu einer neuen Fragestellung der Welt und dem Sein gegenüber führte. Das alles aber ist noch

nicht Religion in ihrer eigentlichen Bedeutung. Das alles könnte auch weiter nichts sein als ein verfliegender Stimmungsrausch, wie ja tatsächlich der seelische Grundton der Menschen jetzt, im 3. Kriegsjahr, schon wieder sehr viel mehr dem altgewohnten gleicht. Dennoch ist es vielleicht nicht falsch von einer religiösen Erneuerung in gewissen Volksschichten zu sprechen. Nur bot kaum der Krieg den Anlaß zu dieser innern Wandlung; vielmehr war schon längst für den Beobachter des geistigen Lebens ein Anschwellen religiöser Strömungen bemerkbar.

In dem Auf und Nieder materialistischer und spiritualistischer Weltauffassung, in dem das Denken sich seit ein paar Jahrtausenden bewegt, war bereits lange wieder das materialistische Wellental überstiegen. Nicht nur die, alles Übersinnliche bewußt ablehnende *Kraft und Stoff-Bewegung*, auch die sie ablösenden monistischen Kompromißtheorien aller Art, die doch nur den gleichen Materialismus in anderer gedanklicher Verbrämung darstellten, sind philosophisch wieder begraben. Sie lebten dagegen noch immer ein zähes Leben in den Köpfen der breiten Schicht aufstrebender Arbeiter, in denen sie mit der historisch-materialistischen Betrachtungsweise, dem ethischen Eudämonismus der Marxepigonen wie mit der traditionellen Kirchenfeindlichkeit fest verankert waren. (Die offizielle Sozialdemokratie färbte die ökonomische Geschichtsbetrachtung schließlich in einen philosophischen Materialismus um, den sie sehr irrig als die Marxsche Anschauung nahm, während Marx' Werk tatsächlich, wie Lindemann hier neulich mit Recht betonte, »ganz von ethischem Feuer durchglüht« ist. Was bei Marx als Materialismus erscheint, ist nur eine bewußte Reaktion auf die konstruktive Geschichtsbetrachtung seiner Zeit. Engels freilich nahm den Materialismus schon wörtlicher; doch auch er ist von dem Schematismus seiner Nachfahren noch weit entfernt.)

Alle diese Anschauungsformen unterliegen im letzten Jahrzehnt nun bereits dem Abbröckelungsprozeß, dem auch der zäheste Thesenglaube schließlich nicht zu widerstehen vermag, sobald er eben philosophisch überwunden ist. In den offiziellen Kundgebungen der Arbeiterschaft kamen diese geistigen Neubildungen vorläufig noch wenig zum Ausdruck, weil sie durch den radikalen Konservatismus der Partei zurückge-

dämmt wurden. Einzelne selbständiger denkende Sozialdemokraten vertraten aber wiederholt auch öffentlich einen religiösen Standpunkt, wie ja die Debatte über das religiöse Problem, die hier in den Sozialistischen Monatsheften Jahre vor dem Krieg begonnen wurde und weiter geführt wird, schon allein das lebendige Interesse der Genossen an solchen Problemen beweist.

Was aber für den Anhänger des Sozialismus gilt, gilt in diesem Punkt sicher in mindestens gleichem Maß allgemein. In diesem Sinn stehen wir aller Wahrscheinlichkeit nach in der Tat vor einer religiösen Wiedergeburt, die erst in der Zukunft deutlicher hervortreten dürfte. Möglich, daß die Wahrnehmung innerer Verbundenheit mit der Volksgemeinschaft in seelisch empfindlichen Naturen ein früher nur latentes religiöses Grundgefühl ins Bewußtsein hebt und so der Krieg selbst die religiöse Stimmung vertieft. Positiv könnten wir das nur dann behaupten, wenn wir genügend Bekenntnisse solcher Art, namentlich aus dem Mund von Kriegsteilnehmern, besäßen. Das ist, von vereinzeltten Äußerungen abgesehen, vorläufig nicht der Fall. Dagegen schwillt die Zahl der religiösen oder ethisch-religiösen Schriften mehr und mehr an. Es ist dabei von Interesse festzustellen, daß mit der Erstarkung des religiösen Gefühls zugleich auch das Bedürfnis wächst über die bloß spekulative Ideenreligion hinauszukommen. Dies hat ein erneuertes Verständnis für die längst beiseite geschobene positive Religion zur Folge, deren Zusammenhang mit dem eigenen Gemütsleben man zu erkennen glaubt. Wie für den, an sich entkonfessionalisierten Christen sich die Religion wieder im wahren Christentum manifestiert, so sucht eine jungjüdische Geistigkeit wieder den Weg zum Geist des Judentums als dem Urquell ihres religiösen Lebens. In der Sache ist es freilich in beiden Fällen eine Umschöpfung, deren Ursprung aber gerade darum die schöpferische Kraft der alten Religionen beweist.

Es ist notwendig aus der Fülle dieser Zeitdokumente immer wieder die charakteristischen herauszugreifen (wie das in dieser Rundschau bereits wiederholt von ihrem früheren Bearbeiter Herman Kranold geschehen ist), um zu sehen, von welchen Seiten her sie das Problem zu packen und Einfluß auf die Menschen zu gewinnen suchen.

A. W. Hunzingers kleines Buch Das

Christentum im Weltanschauungskampf der Gegenwart (in der Sammlung Wissenschaft und Bildung /Leipzig, Quelle & Meyer/) ist vor dem Krieg geschrieben und nur auf vielfache Nachfrage von Kriegsteilnehmern jetzt in 2. Auflage herausgekommen. Diese Nachfrage ist begründlich. Denn gerade der Charakter dieser Schrift entspricht sicher den geistigen Forderungen zahlreicher grüblerischer Leser, die sich nicht nur überreden lassen wollen, auch nicht glauben können, wenn sie nicht zugleich die gedankliche Unzulänglichkeit der antireligiösen Denksysteme einsehen. Hunzinger geht von der Entstehung der »gegenwärtigen Weltanschauungskrisis« aus und analysiert kritisch alle modernen philosophisch-religiösen Lehren: neben dem materialistischen Atheismus die verschiedenen Formen des »spiritualistischen Pantheismus«, der »auf den Höhen unseres Bildungslebens vielfach die herrschende Weltanschauung geworden, die Weltanschauung der Intellektuellen und Ästhetiker, der Künstler, Dichter und Gelehrten«. (Die Zeit des abgeblähten Pantheismus scheint übrigens bereits im Versinken zu sein; neben der Annahme bloßer Immanenz zeigt sich mehr und mehr der Glaube an die Transzendenz als die eigentliche Religion.) Mit scharfer Kritik wendet sich Hunzinger gegen den Monismus Haeckelscher Prägung, aber auch gegen den sogenannten energetischen Monismus Ostwalds, ebenso gegen den Voluntarismus und psychophysischen Parallelismus. »Niemand kann es vorstellig machen, wie ein Prozeß, der in allen seinen Bestandteilen rein geistiger Natur ist, den Schein einer Körperwelt hervorbringen kann. Die Spaltung des Bewußtseins in das einer Außenwelt und Innenwelt ist nur verständlich unter der Voraussetzung der Wechselwirkung zwischen Körperwelt und Geisteswelt als zwei verschiedenartigen Wirklichkeitselementen.« Bei »gegenseitiger Grenzinnehaltung« herrsche »zwischen christlicher Weltanschauung und exakter Naturwissenschaft kein grundsätzlicher Widerspruch«. Die »Quelle christlicher Weltanschauung«, zu der Hunzinger selbst sich bekennt, ist ihm »allein die an der Gottesoffenbarung in Jesus Christus gemachte Lebenserfahrung des Christen«. Kommt Hunzinger zu diesem Resultat auf dem Weg philosophischer Untersuchungen, so stehen wir vor einem reinen Gefühlsausdruck bei des sozial-

demokratischen Schweizer Pfarrers Hermann Kutter Reden an die deutsche Nation /Jena, Diederichs/. Kutter erhebt die Forderung, daß auch im sozialen und staatlichen Leben an Stelle des Macht- und Interessenkampfes Gerechtigkeit und Sittlichkeit herrschen sollen. Aber er ist auch Fichteanhänger. Das Deutschtum ist ihm der berufene Träger der höchsten Menschheitskultur. Daher meint er: »Sie [die deutsche Regierung] ist berufen ein neues Zeitalter heraufzubringen. Sie muß eine neue Politik, einen neuen Umgang mit den anderen Völkern suchen. Sie muß den guten Willen zum Prinzip ihrer Politik und so langsam zur Politik überhaupt erheben. Sie muß, mit einem Worte, lieben.« Andererseits führt er aber aus, der Staat verkörpere die Macht- im Gegensatz zur Liebesidee. Diesen Widerspruch scheint Kutter nicht zu empfinden. Was ist denn der Staat? Ist es ein Vorzug, wenn er die zentrale Macht in sich verkörpert, wie kann er sich dann der Machtidee entäußern? Ist aber umgekehrt die Liebesidee die höchste, so müßte Kutters Bewunderung umgekehrt den *individualistischen* Nationen wie den Engländern (seine Charakteristik einmal als richtig angenommen) gelten; denn in der Liebe stellt sich gerade das in dem persönlichen Gefühl gegebene Korrigens der starren Gesamtheitsorganisation dar. Kutters Gesinnungsehrlichkeit und Wärme berühren überaus sympathisch. Gleichwohl können wir nicht übersehen, daß die ganze Argumentation nur eine Wiederholung des alten Irrtums ist: Man konstruiert einen Gegensatz zwischen idealem und realpolitischem Denken, statt dem idealen moralischen Ziel innerhalb des realen Lebens zuzustreben. Die Ethik darf eben die Lebensrealität nicht negieren, muß sie vielmehr zu durchdringen suchen. Ebenfalls rein ideologisch, aber hochfahrend und ohne die bezwingende Wärme Kutters, ist Diederich Bischoff in seinem Buch Von Deutschlands neuem Glauben /Jena, Diederichs/, das auf eine Propaganda des Freimaurertums (das der Verfasser bereits in zahlreichen Publikationen literarisch vertretet) oder eines ähnlichen »sozialidealistischen« Bundes der Gebildeten hinausläuft. »Als Hüterinnen der Geistesentwicklung, die das große Kriegserlebnis auslöste, haben sie den Willen zur Vollendung der Einzel- und der Volkspersönlichkeit in Pflege zu neh-

men und die innige Beschäftigung mit unserm Beruf zur hingebungsvollen Kunst schöpferischer Vaterlandsliebe zu organisieren.« Und: »Eine eigene Poesie und bildende Kunst muß aus dieser Gemeinschaft dem neuen Kult des vaterländischen Idealismus erwachsen.« Den Glauben an die exklusive Rolle des Deutschtums hat Bischoff mit Kutter gemein. Nur hat Bischoffs Deutschenbegeisterung den oft recht peinlichen Charakter des Selbstlobs und der Unterschätzung der Größe anderer Nationen, den wir wohl auch sonst aus der ersten Kriegspsychose kennen, der aber nun im allgemeinen längst ruhiger Selbstkehr Platz gemacht hat. Auch Bischoff hat freilich das Gefühl, daß »hochmütige Nationaleitelkeit« nichts Wertvolles ist. Es ist daher zu hoffen, daß er bei schärferer Selbstkritik deren Spuren aus seinem eigenen Denken vertilgen wird. Denn es soll gar nicht verkant werden, daß sich in seinem Buch auch Anschauungen finden, die es wohl verdienen, daß man sie kennenlernt und überdenkt.

Eine christliche Bekenntnisschrift ist Karl Heims Büchlein *Aus der Heimat der Seele* /Kassel, Furcheverlag/. Sie enthält zwei Aufsätze: Krieg und Gottesbeweis und Krieg und Heilstatsache, in denen der Verfasser eine scharfe Grenzlinie zwischen jeder Form von Erfahrung und dem innern Erleben zieht, auf dem allein der Glaube beruhen könne. »Jede Begründung unseres Glaubens auf einen irdischen Tatbestand, auf ein Ergebnis der Erfahrungswissenschaft, steht im Widerspruch mit dem innersten Wesen des Christentums, sobald diese Begründung irgendwie als Beweggrund des Glaubens in die Wagschale fällt. . . Es gehört gerade zur Majestät Gottes, daß er auf diesem Wege unnahbar ist.« Hans Berg sucht in einigen kleinen Vorträgen (*Das halte fest!* /Kassel, Furcheverlag/) zu christlichem Glauben zurückzuführen, der ihm die Quelle aller nationalen Kraft bedeutet.

Eine Schriftensammlung, die wegen ihres ersten Geistes Beachtung verdient, sind die Blätter für Suchende aller Bekenntnisse /Gotha, Perthes.. Paul Eberhardt (Vom letzten Reich) setzt gleich an den Anfang seiner überzeugungsvollen Predigt (denn eine solche ist die Schrift auch der Form nach) die Worte: »Lange müßte ich reden . . . wenn ich zu dem Reich, das vor dem Auge meiner Seele steht, durch das Gestrüpp eurer *Weltanschauungen* mühsam

wandern wollte. Ich brauche darum keine von ihnen zu verachten, sie sind mir auch nicht im Wege, denn es gibt eben einen andern Weg.« Und an einer andern Stelle: Die Ansicht eine Ethik ohne Religion begründen zu können ist noch irriger als am Toten das Lebendige erforschen zu wollen. . . Eine Ethik ohne Religion . . . bringt sich selbst um das Verständnis des Sittlichen. Im Leben ist das Entscheidende die Fähigkeit sich selbst zu vergessen. Und Paul Oldendorff (*Das Opfer*) sieht das Merkmal wahrer Religiosität eines Menschen ganz und gar in seiner Bereitschaft zum Opfer, das heißt in einer absoluten Hingabe des ganzen Seins an einen sittlichen Zweck innerhalb der Gemeinschaft.

Die Schriften, die hier zusammengestellt wurden, können selbstverständlich kein auch nur annäherndes Bild des religiösen Geistes unserer Tage geben. Ein solches wird sich nur allmählich durch stets weitere Besprechung der verschiedensten Erscheinungen gewinnen lassen. Für die Frage der religiösen Bewegung selbst haben, wie gesagt, diese Bücher über religiöse oder ethische Probleme nur bedingten Wert. Diese wird man an den Wirkungen zu erkennen haben, die sie im Seelenleben der verschiedenen Schichten des Volkes selber hervorruft. Erst später, wenn mehr Zeugnisse für sie vorliegen, wird man ein einigermaßen begründetes Urteil über sie abgeben können.

Avenarius Ferdinand Avenarius ist am 20. Dezember 1916 60 Jahre alt geworden.

Das ist erstaunlich. Denn wer die Entfaltung seines Werks längere Zeit aufmerksam verfolgt hat, hat so gar nicht die Empfindung, als habe sein Wirken etwas Altväterisches. Es ist nicht möglich die Einzelleistungen seines Lebens hier aufzuzählen. Aber die allgemeine Bedeutung des Mannes mag hier doch mit einigen Strichen umrissen werden, schon damit die Parteigenossen auf die Arbeit dieses bürgerlichen Kulturpolitikers hingewiesen werden. Der Ausdruck Kulturpolitik stammt von Lamprecht, der Avenarius' Werk zeit lebens nahe gestanden hat. Und für Avenarius wurde die Erkenntnis, daß es nicht genüge planlos Kulturwerte im freien Spiel der Kräfte zu produzieren und sich im übrigen vertrauensvoll auf die Wirkung der Konkurrenz zu verlassen, frühzeitig zum Grundgedanken sei-

nes öffentlichen Wirkens. Dieser Gedanke selbst ist in der Geistesgeschichte der Menschheit nicht neu. So hat ja Schiller bereits von der Schaubühne als einer moralischen Anstalt gehandelt. Aber im Sturm des Wettrennens nach immer neuen geistigen Sensationen gingen diese aufblitzenden Ideen immer wieder unter. Avenarius hat diese Ideen zu verwirklichen gesucht: den sozialen Gedanken, daß wir eine Massenspädagogik brauchen, und den philosophischen, daß auch die Kunst sittlicher Wirkung fähig sei und für solche Wirkung nutzbar gemacht werden müsse. Zu diesem Zweck hat er im Lauf der Zeit ein ungeheuer umfangreiches System von Bildungsmitteln und -organisationen geschaffen oder angeregt. Als Hinweise auf seine Schöpfungen seien nur folgende Namen aufgezählt: Kunstwart (jetzt Deutscher Wille); Dürerbund; Bund für Heimatschutz; Dürerbund - Werkbund - Genossenschaft; Meisterbilder fürs deutsche Haus; die Kunstwartmappen, die billig, also auch dem Arbeiter zugänglich, große Kunst in vorzüglichen Reproduktionen bieten; die Flugschriften des Dürerbundes, von denen schon so manche hier rühmend angezeigt werden konnte; der populäre Kalender Gesundbrunnen; alles Werke, die nicht nur als fertige Stücke ungezählten Tausenden Schutz vor Schund geboten haben, sondern die auch auf den Geschmack der Genießer wie der Verleger im besten Sinn erzieherisch wirkten. Vor allem aber sind hier die beiden großen, einander ergänzenden Werke zu nennen, die den Lese- und Wissenshungrigen zu guten Büchern hinführen und ihn vor einer zwecklosen Irrfahrt durch die anarchistische Produktion des Büchermarkts schützen wollen: der Literarische Jahresbericht und der umfangreiche Literarische Ratgeber des Dürerbundes. Dies alles deckt Avenarius nicht nur mit seinem Namen, sondern er hat es auch selbst organisiert; und man weiß nicht, was man mehr anerkennen soll: den Propagandisten, der gezeigt hat, daß es auch ohne Schund geht, den Schriftsteller, der das erste Beispiel einer guten Familienzeitschrift geschaffen hat, oder den Volkspädagogen, der uns vor Augen stellte, wo eine Erziehung der Massen anzusetzen habe. Damit soll freilich nicht der konkrete Inhalt dieser Erziehung in Bausch und Bogen hingegenommen werden. Bei allem besten und ernstesten Willen war Avenarius in seiner Gefühlsweise auch

durch mancherlei Vorurteil eingeengt. Manche Bestrebungen des Kunstwarts rückten diesen in unsympathische Nachbarschaft oder zeigten gar selber eine Befangenheit des Geistes, die nicht nur (was recht und billig war) einem pseudomodernen Ästhetizismus sondern auch dem Verständnis einer wahrhaft umwälzenden, über die traditionellen Grenzen hinausgehenden Moderne im Weg stand. Aber immer wieder konnte man feststellen, daß hier ein Mann rastlos an sich selbst arbeitete und sachlicher Erkenntnis ohne Rechthaberei Raum gab. Und daher soll hier ohne jede Einschränkung hervorgehoben werden, daß in Ferdinand Avenarius seit 30 Jahren ein Kämpfer für künstlerische Volkserziehung steht, der rein der Sache hingegeben ist und darum ein wertvoller Mitstreiter der sozialistischen Bewegung in ihren Volksbildungsbestrebungen sein könnte, wenn die Partei diese wirklich ohne Parteigeist nur in Hinblick auf das geistige Ziel führen würde.

Als Huldigungsgabe seiner Anhänger erschien bei Callwey in München ein Avenariusbuch. Es enthält, neben einer vom Herausgeber Wilhelm Stapel geschriebenen Lebensskizze des Gefeierten, ausgewählte Gedichte und Prosastücke von Avenarius von seinem ältesten Kunstwartprogramm aus dem Jahr 1887 an bis zu den Produktionen der neuesten Zeit. Es ist selbstverständlich, daß darunter nicht jedes für jeden sein und man im Innern manche Einwendungen erheben mag. Das Ganze bleibt jedenfalls ein Denkmal eines eigenen lebendigen Werkes, der Willensenergie einer um Hohes ringenden Natur.

Kurze Chronik Am 23. Juli 1916 ist der Privatdozent der Geschichte Wilhelm Ohr auf dem Schlachtfeld gefallen. Er hat im deutschen Geistesleben eine besondere Rolle gespielt. In seiner Studentenzeit beteiligte er sich in hervorragender Weise an der Gründung der Freien Studentenschaft. Später wandte er sich dem politischen Leben zu. Er erstrebte hier eine Neugeburt des Liberalismus durch die Gründung eines Nationalvereins für das liberale Deutschland. Er wollte dadurch vor allem auch die Jugend in politisch liberalem Sinn beeinflussen. Der Jugendbewegung galt überhaupt ein bedeutender Teil seiner Lebensarbeit. Im Feld gründete er als Anhänger des Freimauretrums nach dessen Ideen eine Feldloge. ◊ 65 Professoren

der Universität Leipzig verbreiteten eine Erklärung, in der sie sich gegen die »neuerdings wieder hervortretenden Bestrebungen durch Abschaffung oder wesentliche Beschränkung des Unterrichts in einer der klassischen Sprachen die Eigenart des humanistischen Gymnasiums zu zerstören« wenden. Sie nennen diese Bestrebungen mit Recht »eine Gefahr für die Zukunft unseres deutschen Geisteslebens«. Diese Erklärung ist sehr zu begrüßen. Es ist nur zu bedauern, daß sie, neben den Theologen, Juristen, Philosophen, Philologen, Historikern, Nationalökonomien und Kunstwissenschaftlern, nicht auch von Mathematikern unterzeichnet worden ist. Dadurch wird das (in Fach- wie in Laienkreisen gleichmäßig verbreitete) Vorurteil genährt, als ob die Mathematik den realen Wissenschaften nahesteht; während sie, wenn man ihren Geist richtig erfaßt und sie nicht mit ihren Anwendungen verwechselt, sie vielmehr als philosophische Disziplin begreift, recht eigentlich die Geisteswissenschaft $\alpha\alpha\prime\prime\ \xi\pi\alpha\chi\eta\nu$ ist. Als solche ist sie eine mächtige Förderin des wahrhaft humanistischen Geistes, wie sie umgekehrt, wenn sie richtig betrieben werden soll, der humanistischen Bildung und der durch sie bewirkten Ausweitung des Horizonts bedarf. Die jetzt weitverbreitete Meinung, daß die realistischen Lehranstalten für das Studium der Mathematik womöglich besser vorbereiten als das humanistische Gymnasium, wird der Entwicklung der Mathematik als reiner Wissenschaft nicht förderlich sein. \diamond Das Eidgenössische Erziehungsamt in Basel beschloß die Einführung der Antiquaschreibschrift in allen Schulen des Kantons Basel-Stadt. Ein erfreulicher Schritt. Auch in den deutschen Schulen sollte man, und gerade im nationalen Interesse, die Antiqua mehr zu fördern suchen. \diamond Am 16. Dezember wurde in Leipzig eine Deutsche Zentralbücherei für Blinde eröffnet, die hauptsächlich belletristische Werke in großer Anzahl in Blindenschrift enthält. Sie besitzt einen Lesesaal mit Zeitschriftenliteratur, einen Raum für Musikkultur und eine eigene Druckerei. Im Anschluß an die Eröffnung der Bibliothek fand ein Kongreß statt, auf dem über die weitere Förderung der Blindenliteratur verhandelt wurde, vor allem über die Frage, wie am besten eine Übertragung der wissenschaftlichen Hauptwerke in Blindenschrift erfolgen könne, und wie

Blindenschriften für fremde Alphabete und Schriftarten (Hebräisch, Mathematik, Musikschriften) herzustellen seien.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Bruno Borchardt

Siemens Am 13. Dezember wurde die 100. Wiederkehr des Tages gefeiert, an dem

Werner Siemens geboren wurde, der Mann, in dessen Person sich Wissenschaft und Praxis in fruchtbarster Weise vereinigten. Was der Name Siemens für unsere technische Entwicklung bedeutet, weiß heute wohl so ziemlich ein jeder (siehe auch die Rundschau Technik, in diesem Band, Seite 48 f.). Die Verdienste Werner Siemens' um die physikalische Wissenschaft sind auch nicht gering und verdienen gelegentlich eine gesonderte Würdigung. Von besonderem Reiz ist es den Werdegang Werner Siemens' zu betrachten: und gerade deshalb, weil hier die starke Persönlichkeit sich so durchaus in ihrer Leistung verkörpert, so daß Mann und Werk ein unteilbares Ganze bilden, die Entwicklung des einen auch die des andern ist. Es ist daher freudig zu begrüßen, daß aus Anlaß des Siemensjubiläums ein Werk erschienen ist, das zusammen mit einem Lebensbild Werner von Siemens' vor allem eine reiche Auswahl seiner Briefe bringt. Conrad Matschoß hat dieses Werk herausgegeben und den Lebenslauf Siemens' geschrieben /Berlin, J. Springer/. Werner Siemens hat einen sehr umfassenden Briefwechsel geführt, der sich auf alle Zweige seiner reichen technischen und wissenschaftlichen Tätigkeit erstreckte. Der Herausgeber sagt, daß in seiner, auf 2 Jahrzehnte sich erstreckenden technisch geschichtlichen Tätigkeit ihm auch noch nicht entfernt so reicher Stoff vorgekommen ist. Mehrere der Brüder Werner Siemens' gehörten auch zu seinen hervorragendsten Mitarbeitern, und die Gemeinsamkeit der Arbeit machte es nötig durch sehr ausführliche Privatbriefe engste Fühlung zu halten, da die Brüder selten im gleichen Ort, bei der weltumspannenden Ausdehnung der Tätigkeit der von Siemens geschaffenen Firma sogar selten im selben Land weilten. Diese Briefe geben uns daher in der Tat »ein packendes Bild aus dem großen schaffenden industriellen Leben. Sie schildern uns die Gedanken eines bedeutenden Naturforschers und Ingenieurs, sie führen uns ein in den Kampf

des Menschen um die Herrschaft über die Erde, sie lassen uns hineinblicken in die geistige Werkstatt eines Menschen, dem es vergönnt war erfolgreich das Machtbereich des Menschen auszu-dehnen.«

Die von dem Herausgeber getroffene Auswahl berücksichtigt in erster Linie das, was für die Lebensarbeit Werner Siemens', für seine Arbeitsweise, für seine Anschauungen und seine Ansichten kennzeichnend ist. Es liegt in der Natur der Sache, daß es sich im wesentlichen um Briefe an seine Brüder handelt. Doch finden wir auch vereinzelt Briefe an Fernerstehende. So an den Ingenieur Gilli, den er vor dem »Erfindungsweg« warnt: »Nur in enger Verbindung mit der Fabrikation zur Lösung direkt vorliegender Fragen wird die Erfindungstätigkeit nützlich und sicher erfolgreich.« Ferner an den Professor von Gneist, dem er auf seine Anregung zur Gründung eines Vereins zur Förderung der Kleinwohnungen Berlins auseinandersetzt, warum das Großkapital und die Großindustrie sich dem schönen Plan gegenüber skeptisch verhalten. Und manche anderen.

Als eine sehr erwünschte Einführung in diese Auswahl von Briefen ist das kurzgefaßte Lebensbild gedacht, das Matschoß auf 190 Seiten der 5mal so starken Auswahl der Briefe vorausgeschickt hat. Lebendig und mit vollem Verständnis der mit Siemens' Namen unlösbar verknüpften technischen Entwicklung geschrieben bildet diese Biographie zugleich eine wertvolle Ergänzung der Briefe, die die Unmittelbarkeit des Erlebens noch weit besser vermitteln. Das schöne 2bändige Werk, das sehr gut ausgestattet ist, obendrein geschmückt mit 6 ungemein charakteristischen Bildnissen sowie dem Faksimile eines interessanten Briefes, den Siemens über seine Erfindung der Dynamomaschine im Jahr 1866 an seinen Bruder Wilhelm schrieb, wird sicherlich in sehr großen Kreisen unseres Volkes und der zivilisierten Welt überhaupt lebhaftes Interesse finden. Man kann es auch im besten Sinn ein zeitgemäßes Werk nennen. Es versinnbildlicht die Schaffenskraft, das Geistige der materiellen Produktion. Und darin kann es uns als Führer dienen.

Isotope Elemente Als vor mehr als einem Jahrzehnt die ersten Anzeichen kamen, daß auch die Elemente zerfallen und sich umwandeln, drohte die neue Erkenntnis das

festes Fundament unserer gesamten chemischen Anschauungen zu vernichten. Inzwischen hat das fortschreitende Studium der radioaktiven Erscheinungen, wodurch die radioaktiven Umwandlungen zahlreicher Elemente zu einem immer gesichertern Ergebnis der wissenschaftlichen Forschung geworden sind, zwar nicht die gesamten Grundlagen unserer chemischen Anschauungen umgestoßen, wohl aber zu ganz außerordentlich tiefgreifenden Änderungen unserer Anschauungen über das Wesen der chemischen Elemente geführt. Die Elemente können nicht mehr als unvergängliche Gebilde aufgefaßt werden. Es mußte vielmehr der grundlegende Begriff ihrer Lebensdauer eingeführt werden. Die Chemiker haben sich mit der Tatsache des Zerfalls der Elemente und der Theorie der radioaktiven Umwandlungen abfinden müssen, und das konnte um so leichter geschehen, als ja der Gedanke, daß alle Elemente aus einem einzigen Urstoff aufgebaut sind, in den sie daher auch wieder zerfallen können, niemals völlig aus dem Gedankenkreis der Chemiker verschwunden war: Ich erinnere an die Proutische Hypothese, daß in Wirklichkeit Wasserstoff der einzige einfache Körper sei und die Atomgewichte aller anderen Elemente ganze Vielfache seines Atomgewichts seien, eine Annahme, die allerdings der genaueren Messung nicht hat standhalten können. Aber das periodische System der Elemente, die Wiederkehr chemisch ähnlicher Elemente bei bestimmten Differenzen des Atomgewichts, erinnerte doch sehr an die homologen Reihen, deren Molekülgewichtsdifferenzen bestimmten Atomgruppen entsprechen, zum Beispiel bei den Kohlewasserstoffen, so daß der Gedanke lebendig blieb, daß die verschiedenen Qualitäten der Elemente auf Quantitätsunterschieden beruhen und die Elemente in einander überführbar sein müssen.

Aber außer der Umwandlung der Elemente haben die radioaktiven Erscheinungen noch zu anderen, überaus merkwürdigen Ergebnissen geführt. Zunächst schienen die radioaktiven Elemente eine Welt für sich zu bilden. In das periodische System wollten sie sich nicht einordnen lassen, ihre große Zahl (sie ist allmählich bis auf 36 gewachsen) schien sogar im Widerspruch zum periodischen System zu stehen, in dem für so viele neuen Elemente gar kein Platz war. Im Lauf der letzten Jahre ist es aber gelungen das Verhältnis der radioaktiven

Elemente zum periodischen System aufzuklären. Die Bestimmung des Atomgewichts war nur in den allerwenigsten Fällen direkt durchführbar, aber die genetischen Beziehungen der einzelnen Elemente boten die Möglichkeit die Atomgewichte aus denen ihrer Vorfahren und ihrer Abkömmlinge zu berechnen. Die Atomgewichte der 36 bekannten Radioelemente ergaben sich zwischen den Werten 238 und 207, also in einem Intervall des periodischen Systems, dem die wenigen Stellen zwischen Uran und Thallium entsprechen, von denen ein Teil schon vor der Entdeckung der Radioaktivität durch die Elemente Wismut und Blei besetzt waren, so daß man sehr bald einsah, daß unmöglich jedem neuen Element ein eigener Platz im periodischen System zugewiesen werden konnte. Mindestens in dem vom Uran bis zum Thallium reichenden Teil des Systems mußte demnach eine Stelle als der Sammelplatz einer ganzen Gruppe von Elementen, als eine Plejade von Elementen angenommen werden, die zwar im Atomgewicht und in der Lebensdauer sowie in anderen radioaktiven Eigenschaften nicht unbedeutliche Unterschiede aufweisen, aber in ihren chemischen Eigenschaften keine nachweisbaren Unterschiede zeigen. Solche durch chemische Eigenschaften nicht unterschiedene und chemisch absolut untrennbare Elemente bilden eine Plejade, deren einzelne Glieder nach dem Vorgang F. Soddis als Isotope bezeichnet werden.

Wenn man solche chemisch untrennbaren Elemente an eine Stelle des Systems setzt, isotopen Elementen als einer Plejade eine Stelle des Systems zuweist, so ist das ein Bruch mit der eingewurzelten Anschauung, daß die Stellung eines Elements im periodischen System einzig und allein von seinem Atomgewicht abhängt. Eine solche Wandlung der Anschauungen konnte sich natürlich nur langsam vollziehen, und sie ist vielleicht jetzt noch nicht beendet; sie steht in engem Zusammenhang mit dem Wandel der Anschauungen, der sich über die Natur der Atome selbst gerade auch mit der Entwicklung der Erforschung der radioaktiven Erscheinungen vollzogen hat. Die Atome können keineswegs mehr, ihrem Namen entsprechend, als die kleinsten unteilbaren Stoffbestandteile aufgefaßt werden, sondern jedes Atom stellt ein überaus kompliziertes Gebilde dar, das we-

nigstens bei den Radioelementen in ständiger Wandlung begriffen ist. Elektrisch negative Elektronen kreisen in konzentrischen Ringen um einen positiv geladenen Kern, dessen Ladung von Element zu Element wechselt. Das selbe muß mit der Zahl der Elektronen der Fall sein, deren Gesamtladung ja im neutralen Zustand der Ladung des Kerns gleich ist. Zur Masse des Atoms tragen die Elektronen sehr wenig bei, denn die Masse eines negativen Elektrons beträgt nur etwa $\frac{1}{1836}$ der Masse des leichtesten bekannten Atoms, des Wasserstoffatoms, der Hauptteil der Masse eines Atoms ist an die positive Ladung des Kerns gebunden, und die Kernladung übernimmt nach dieser Anschauung die Rolle des Atomgewichts, so daß für die Stellung eines Elements im periodischen System die Kernladung das Entscheidende ist, mit der auch die chemischen und die meisten physikalischen Eigenschaften des betreffenden Elements in engem Zusammenhang stehen müssen. Bei dem komplizierten Bau der Atome und den Bewegungen in dem System, das ein Atom darstellt, wird es verständlich, daß das System nicht notwendigerweise stabil ist, daß Elektronen sowohl wie auch positive Teilchen des Kerns ausgeschleudert werden können, so daß auch die Strahlungsvorgänge in engstem Zusammenhang mit den Umwandlungen der Atome stehen.

Kurze Chronik Der Chemiker an der Dresdener Technischen Hochschule Walter Hempel ist am 1. Dezember im Alter von 65 Jahren gestorben. Er hat sich durch eine Reihe sinnvoll konstruierter Apparate, die in zahlreichen Laboratorien und Fabriken Eingang fanden, sowie durch sein grundlegendes Werk über neue Methoden zur Analyse der Gase Verdienste erworben. ◊ Die Privatdozentin für chemische Mineralogie und Petrographie an der Technischen Hochschule zu Zürich Laura Herner ist im Alter von 54 Jahren nach kurzer, aber erfolgreicher Schaffenszeit gestorben. Ihr vorzügliches Forschungsgebiet war die Bildung und Umwandlung der Gesteine, ihre größte Arbeitsleistung über 400 Gesteinsanalysen. Ihre wissenschaftlichen Aufsätze in den Fachzeitschriften waren exakt und überdies durch guten Stil ausgezeichnet. Bei ihren Schülern nicht minder als bei ihren Kollegen genoß sie große Ver-

chrung. ◊ Die Internationale Atomgewichtskommission, die im vorigen Jahr trotz dem Krieg einen Bericht erstatten konnte (siehe diese Rundschau, 1916 I, Seite 234), hat diesmal keinen Beschluß gefaßt. Der deutsche Vertreter in der Kommission, Wilhelm Ostwald, schlägt deshalb vor für 1917 die Atomgewichte unverändert beizubehalten. Er meint, das könne um so eher geschehen, als die Entdeckungen der letzten Jahre über die Schwankungen der Atomgewichte bei den radioaktiven Elementen und ihren Verwandten eine grundsätzliche Überprüfung des Begriffs der Atomgewichte notwendig machen.

Literatur

Der Schöpfer der allgemeinen Relativitätstheorie Albert Einstein hat in einer kürzlich veröffentlichten Arbeit (Die Grundlage der allgemeinen Relativitätstheorie /Leipzig, Barth/) seine Untersuchungen zusammenfassend dargestellt. Nach einer Erläuterung der Grundgedanken und einer Darlegung der notwendigen Methoden aus der Invariantenlehre entwickelt er seine Theorie, die die weitestgehende Verallgemeinerung der modernen Relativitätstheorie darstellt, und stellt ihr Verhältnis zur Newtonschen Mechanik und Gravitationstheorie dar. Diese Verallgemeinerung wurde, wie Einstein bemerkt, »sehr erleichtert durch die Gestalt, welche der speziellen Relativitätstheorie [so nennt Einstein die Lehre, die man heute allgemein als Relativitätstheorie bezeichnet] durch Minkowski gegeben wurde, welcher Mathematiker zuerst die formale Gleichwertigkeit der räumlichen Koordinaten und der Zeitkoordinate klar erkannte«. Die neue Schrift Einsteins gehört zu den wichtigen wissenschaftlichen Erscheinungen dieser Jahre. ◊ Die Grundlagen der Einsteinschen Gravitationstheorie ist eine Arbeit Erwin Freundlichs betitelt /Berlin, Springer/. Die Relativitätstheorie führt unmittelbar zu einer Gravitationstheorie, und diese verlangt, wie Freundlich sagt, wenn auch ihre experimentelle Begründung noch nicht weit gediehen ist, schon aus dem Grund allgemeine Beachtung, weil sie die Rätsel, die die Bewegung der Körper bei der gewöhnlichen Auffassung von Zeit und Raum bieten (es sei nur die Perihelbewegung des Merkur erwähnt), mit einem Schlag löst. Die Freundlichsche Schrift gibt eine Darstellung der Grundgedanken dieser Theorie.

KUNST

Bildende Kunst / Lisbeth Stern

Expressionismus Die Gedächtnisausstellung, die der Sturm in Berlin für Marc veranstaltete, umfaßte leider nur die Arbeiten aus seinen letzten Jahren. Wenn es auch seine wesentlichsten und reifsten sein mögen, so wäre es doch interessant gewesen die Entwicklung gerade Marcs zu sehen. Das Gesamt der Marcschen Bilder ist von ganz besonderer Klarheit und Freiheit in der Farbe, und die Konzeption hat nichts Gequältes in sich. Aber gerade in den Ausstellungen des Sturms, die den Expressionismus wohl am konzentriertesten vertreten, und in deren Propaganda oft ein recht unleidliches Theoretisieren mitunterläuft, fühlt man ein zwingendes Bedürfnis sich über die Zusammenhänge ihrer neuen Kunst etwas Klarheit zu verschaffen.

Der Kernpunkt ist offenbar der, daß die Umwelt nicht die Welt von früher mit ihren verschiedenen, vielgestaltigen Dingen ist, sondern daß sie ein von uns Erlebtes ist, und daß unser Erleben sie in jedem Sinn neu kreiert. Diese bestimmte jeweilige Tendenz, in der wir die Welt immer wieder neu schaffen, wie auch eine Art Gesetzmäßigkeit, der unser Erleben unterliegen mag, ergibt die Umschaffung der Formen und der Farben in einem neuen Sinn, und prinzipiell steht dieser Souveränität des Künstlers keine andere Schranke entgegen als das Verstandenwerden durch seine Mitmenschen. Diese Zentrierung auf das Seelische ergibt natürlich Umschaffungen in jeder Richtung. Den Formen wird von ihrer Vielgestalt viel genommen, denn unser Erfassen der Dinge ist einfacher als die Dinge selbst und betont nur wenige, entscheidende Punkte, die gerade zu uns hin Beziehung haben; sie können sogar unter Umständen ihre Körperlichkeit selbst verlieren und sich zu einer Art durchsichtigem Schemen verflüchten, wie auf einem sehr schönen Bild Marcs, das mit einem lazurartigen Braun und Grün ausgefüllt ist, in das einige Tiere nur mit einer ganz einfachen, typisierenden Kontur hineingezeichnet sind, wie auch mit der allgemeinen Durchsichtigkeit des Waldlichts getränkt. Was die Art der Farbgebung der Expressionisten betrifft, so empfindet man sie am ehesten als naheliegend und kaum als Willkür. Der Grund liegt wohl

darin, daß man die subjektive Reaktion in der Farbe doch immer als das Wesentlichste eines Farbeindrucks fühlt; zum Beispiel wirkt bei einem bestimmten Blaugrün das leidenschaftliche Fluktuieren der Farbe ungleich stärker als ihre Rubrizierung unter Blau oder Grün, auch kann unter Umständen die Farbe selbst vergessen werden und nur zum Beispiel etwa der Eindruck einer gewissen harten Reinheit in Erinnerung bleiben. So braucht auch das Blau der Marc'schen Pferde nichts Befremdendes zu haben, es kann sich unmittelbar mit der Rundheit und der königlich geschlossenen Haltung eines Pferdes verbinden, wie auf dem sehr schönen Bild, das Marc Der Turm der blauen Pferde nennt.

Die Zentrierung der Expressionisten auf das Seelische ergibt aber neben der Umschaffung der Formen und Farben (und das ist wohl ihr Wesentlichstes) auch eine ganz neue und andere Art von Bewegung. Es sind nicht mehr einzelne bewegte Körper, die sie bilden, sondern sie geben etwas von dem unendlichen Bewegungsfluß unserer Seele, in dem sich das Bild der Welt uns spiegelt. Wir fühlen durch alle ihre Bilder einen Strom gehen, dessen Quelle außerhalb der Bilder liegt, und der auch weit über das Bild hinausführt, manchmal stark reißend in der Bewegung und dann wieder leiser. So ist der ganze Bildraum von diesem Strom erfaßt, und das unterscheidet ihre Kunst nicht nur von der Stabilität des Naturalismus sondern auch von der Gleichzeitigkeit, mit der alle Reize im Impressionismus einsetzen. Der Expressionist erlebt seine Welt in einem rhythmischen Nacheinander, je nach dem Zustand seiner Seele, etwa wie wenn eine Welle eine zweite auslöst, oder wie wenn ein explosiver Stoß sich in schießenden Strahlen fortsetzt. Und gerade dieses Schießende und etwas Gewaltames in der Bewegung ist oft von Marc und anderen aus der Gruppe bevorzugt (ähnlich den abgehackten Sätzen ihrer Dichter). Diese leidenschaftliche Belebung des Raumes und das starke Gerichtetsein ist wohl der Grund für das Splittrige und Prismenhafte, womit sie ihre Bildfläche so oft aufteilen. Man sieht dann die Linien der Kraftfelder entweder durch die Unkörperlichkeit der Dinge sich hindurchziehen oder die Körper in ihr Gefüge hineinzwängen. Auf Marc's letztem Bild, dem Mandrill, ist die scharfe Bewegung

aufgegeben und alles, entsprechend der runden übergreifenden Gangart der Affen, in einander überschneidende Kreisabschnitte aufgeteilt.

Aber gerade an diesem Bild wird es am augenfälligsten, was an der Kunst Marc's und seiner Genossen oft so fremd läßt. Es erinnert an die Methode wissenschaftlicher Experimente, wenn ein Sinn, wie hier auf dem Mandrillbild der motorische, aus dem schönen Komplex, in dem er lebt, so gänzlich herausgerissen ist. Es ist, als wäre damit die warme Wechselwirkung der Blutzirkulation unterbunden, die schließlich zu jeder Auffassung eines Weltbilds nötig ist, und als müsse dieser eine Sinn in seiner Isolierung trotz aller Bewegtheit ein etwas abstraktes Leben führen. Größer und voller ist mir immer der Eindruck einer Kunst, wenn sie den ganzen Menschen erfaßt, und wenn Rhythmus und Bewegung ganz immanent mit bestimmten und lebendigen Formen verknüpft sind. Mir scheint Ähnliches in der gotischen Plastik wie in der indischen Kunst und bei den Chinesen erfüllt zu sein.

Sezessionisten Einige Arbeiten von jungen Sezessionisten waren bei Neumann in Berlin zu sehen. Vor allem eine schlafende Frau von Willy Jäckel, offenbar eine Studie zu seinen Wandbildern. An Jäckels Arbeiten ist mir so besonders lieb, daß man überall eine ganz kräftige und innere Verbindung mit dem Leben fühlt. Nirgends ist eine Loslösung, und damit scheint mir seine Kunst auf einen Boden gebaut, der auch in Zukunft immer neue Nährkraft geben muß. Ganz anders liegt es mit Erich Heckel. Seine Beanlagung ist außerordentlich, und sein Kolorismus oft überschwenglich schön, besonders in der Landschaft mit dem auftauenden Schnee und dem dunklen Wasser. Aber man vermißt Einfachheit in seinen Arbeiten. Es ist, als wenn das reizvoll Schöne, das er geben kann, ihn zu einer Art Luxuskunst wegführt. Besonders merklich finde ich dies bei seinem Marienbild, auf einer Zeltleinwand gemalt (das bei Cassirer ausgestellt war), das in den Zeitungen sehr viel von sich reden machte. Trotz aller Einfachheit, ja Primitivität in den Formen und Farben spürt man nicht Naivetät und Glauben. Besonders ist aber noch ein junger Maler Franz Domscheit zu nea-

nen, der wieder mit ganzer Fülle und Unverbrauchtheit an seine Kunst heran- geht. Ostpreuße und offenbar schwer- beweglich. Er erinnert sehr an Chagall, aber dabei ist nichts von Nachahmung sondern nur Verwandtschaft und viel- leicht Einfluß. Immer wieder, wenn man die heutigen jungen Kräfte sieht, muß man sich sagen, daß unsere Zeit in Kunstarbeit wirklich eine gesegnete ist. Hoffentlich wird sich all die junge Kraft auch behaupten können, trotz Krieg und Not.

Von Franz Metzner sind mehrere schöne Plastiken da, besonders im ersten Raum die Frau mit der ruhig zu- sammengezogenen Silhouette. Die Plastiken Metzners lassen so sehr einen Zusammenhang mit etwas rings umher sie Einschließendem fühlen, das wie eine Art Gegenkraft gegen ihre eigene Aus- gestaltung wirkt, daß man unwillkürlich noch nach einer Architektur verlangt, zu der sie Beziehung hätten.

Gulbransson Cassirer stellte in Berlin eine Reihe von Zeichnungen aus, die, wenn man nur seine Karika- turen aus dem Simplissimus kennt, durch die ganz diffizile und feine Ausführung überraschen. Technisch erinnern sie fast an Zeichnungen von Ingres. Meistens sind sie in äußerst delikaten Estampetönungen gehalten, in die nur ganz wenige und klar geführte Bleistiftlinien hineingezogen sind. Wie der ganze Sinn für Physiognomien eigentlich zwischen den verschiedenen Künsten mitten drin sitzt, halb Litera- tur halb Malerei halb Psychologie, so ist auch die Freude an Gulbranssons Porträtzeichnungen fast mehr litera- risch, und man ist äußerst gespannt und amüsiert von seiner so glänzend geist- reichen Art Physiognomien zu er- zählen. Immer wieder muß man über die restlos erschöpfende Porträtähnlich- keit lachen, selbst wenn man das Mo- dell nicht kennt. Zu den besten gehört die Zeichnung nach Liebermann, und auch die kleine Porträtzeichnung von Reinhardt, mit ihren weibisch geschwol- lenen und üppigen Linien, ist ganz ge- nial. Offenbar sind die sehr genauen und peinlich vorsichtigen Zeichnungen Gulbranssons eine Art Durchgangssta- dium für seine Karikaturen. Die Li- nien werden in den späteren Stadien immer abgeschöpfter, und es ist, als wenn Gulbransson aus dieser ganz ge- nau aufgebauten Zeichnung einen Bau-

klotz nach dem andern herausnimmt und schließlich nur gerade so viel ste- hen läßt, daß die Konstruktionspunkte dieses Menschen freiliegen, und seine Linien wie eine ganz geistreiche Formel für diese Individualität dastehen. Man denke an die Zeichnungen nach Defreg- ger, an dem schließlich nicht viel mehr zu sehen ist als die freundlichen Fält- chen um seine Augen, die Pfeife und die abstehenden ehrbaren Rockschoße. Übrigens ist der Witz Gulbranssons, durch den er seine Leute filtrierte, durch- aus harmlos, und das Lachen, das er auslöst, ist gar nicht hämisch.

Klinger Die Sammlung von Klin- gerschen Radierungen, die Amsler & Ruthardt in Berlin unter dem Titel Das Zeit her- ausgebracht haben, umfaßt eine Serie von ungefähr 60 Blättern. Sie geben eine überreiche Handlung, deren Gang schwer zu verstehen ist. Man sieht je- denfalls, daß es sich um allerhand krie- gerische Entführungen handelt, unge- fähr in dem romantischen Ritterstil Ariosts. Wie lebendig in diesen Din- gen die Phantasie Klingers geblieben ist, ist sehr erstaunlich. Nirgends ist ein Erlahmen zu fühlen, und höchstens gegen seine ganz frühen Sachen ver- mißt man eine gewisse Kräftigkeit des Erlebens, die dafür einem sehr vielge- staltigen Reichtum Platz gemacht hat. Aber dieser Umschwung liegt viel wei- ter zurück und ist nicht auf seine vor- gerückten Jahre zu schieben. Obschon Klinger selbst so der selbe ge- blieben ist, ist unser Verhältnis zu ihm doch von Grund aus anders geworden, und man ist wieder ganz betroffen da- von, wie sehr die Augen in ihrem Se- hen von dem abhängig sind, was eine jede Zeit will. Es kann dabei nicht von einem Fortschritt die Rede sein, aber immer ist es eine ewige Wandlung der Probleme, sowohl auf künstleri- schem Gebiet wie auf einem jeden an- dern. Überall, bis herunter zu der Klei- dermode, ist es die selbe Sache, daß man für Typen, die um einige Zeit zu- rückliegen, keine Augen mehr besitzt. Man hat hier für dieses ganz merkwür- dige Verhältnis das Wort altmodisch. Aber etwas von seinem traurigen Sinn ist auch auf Kunstrichtungen anzuwen- den, die man eben verlassen hat, und ähnlich liegt es auch mit Klinger und seinem phantastischen Naturalismus. Sicherlich kommen Zeiten wieder, in denen man sein Wesen und seine Art

wieder neu empfinden wird, aber jetzt braucht man eine besondere Willenseinstellung, um ihm entgegenzukommen. Man sieht sein phänomenales Formungsvermögen, seine leidenschaftliche und bewegliche Phantasie, mit der er Komposition auf Komposition häuft, seine gleiche Beherrschung von Landschaft, Menschen und Tieren (wenn er auch oft böse Schnitzer macht); man sieht das alles, und trotzdem bleibt er fremd, weil es ihm im Innersten an dem fehlt, was wir jetzt in der Kunst wollen. Sein Verhältnis zu dem, was er macht, ist mit einer Art spitzigen Intellekts durchsetzt. Es fließt in seinen Arbeiten kein breites und warmes Blut, das dem innern Sinn mit Sicherheit und Ruhe freie Bahn gewährt; sondern seine Phantasie arbeitet in Einzelheiten, und unsere Freude bleibt auch an seinem Einzelnen haften. Schon in seiner Strichführung spricht sich das aus. Sie ist spitz und hart, und sein Aquatintaton berührte immer frostig. Übrigens, sehr komisch ist für uns jetzt der Klingsche Frauentypus, der in seiner triumphierenden und gloriosen Haltung mit dem eingezogenen Kreuz an die Kleiderpuppen erinnert, die von der verflissenen Mode noch oft in den Schaufenstern zu sehen sind.

Deutsche Kunst Mitten aus all dem Bewegten der anderen Berliner Ausstellungen kommt man in die Gurlittschen Räume wie in ein stilles Wasser hinein. Aus Privatsammlungen sind Bilder aus den dreißiger Jahren bis zu Thoma und Böcklin zu sehen. Am interessantesten sind uns jetzt natürlich die früheren Bilder mit ihrer absoluten Klarheit und Geräumigkeit. Sehr auffallend ist es, wie die Romantik, die in der Literatur alle Grundfesten bis in das Letzte durcheinanderwarf, in der Malerei doch verhältnismäßig wenig gewirkt hatte. Die Stimmungsgehalte wurden mehr in der Landschaft betont, aber Formen und Farben blieben doch ziemlich unangefochten. Die Zeichnungen Caspar Friedrichs mit ihrer wunderschönen Formenstrenge zeigen nichts von dem Auflösenden der Romantik. Immer wieder sind weite und schnurgerade Horizonte, in die sich die Ebene hineinschiebt. Ich entsinne mich, daß man in meiner Kindheit die Güte des Bildes ziemlich nach seiner Tiefenwirkung einschätzte, und daß man einen Tubus in die Hand bekam, um sie recht zu

werten. Dann in den Jahrzehnten darauf, wie etwa bei Thoma, verbaute sich der Horizont mit Hügeln, und jetzt ist meist der ganze Raum vollgetürmt bis an die Bildfläche heran; selbst wenn der Horizont gegeben ist, so ist er verbogen und schief und bei weitem nicht mehr die Richtschnur von damals, auf die hin sich alle Komposition aufzubauen hatte. Einige Bilder von Feuerbach überraschen übrigens durch eine gewisse Leere und Gespreiztheit.

Kurze Chronik Der rheinische Maler Ewald Malzburg ist, 24 Jahre alt, auf dem Schlachtfeld gefallen. Er gehörte zu den Rheinländern, die der Düsseldorf-Tradition nicht anhängen. ◊ In Kopenhagen starb die Bildhauerin Nielsine Petersen. Sie ist namentlich durch ihre Hamletstatue in Marienlyst vielen bekannt geworden. ◊ Ein bisher unbekanntes Bild Albert Weisgerbers, der vor nunmehr 2 Jahren in Frankreich fiel, ist durch Zufall entdeckt und jetzt im Leipziger Kunstverein ausgestellt worden. Es stellt ein bayrisches Dorfidyll dar und diente seinem bisherigen Besitzer, der seinen Wert nicht kannte, seit Jahren als Schreibunterlage. ◊ In Schlesien soll ein Kriegerdenkmal als Seitenstück zum Leipziger Völkerschlachtdenkmal errichtet werden. Dazu wird der Engelberg im Zobtengebirge terrassenförmig ausgebrochen werden; über den Felswänden soll sich eine Kuppelhalle erheben. ◊ Der amerikanische Eisenbahnkönig und Bildersammler Henry Frick hat aus der Sammlung Porges in Paris das Rembrandtsche Bild Alte Frau über einem Buch sinnend für 1 Million Mark erstanden. Frick besitzt damit 4 Rembrandtgemälde. ◊ Hermann Struck hat als Landsturmmann in Litauen und Kurland eine Reihe von Steinzeichnungen geschaffen, die, mit einem begleitenden Text von Herbert Eulenberg, in der Druckerei des Oberbefehlshabers Ost gedruckt worden sind.

Literatur Das Buch Emil Waldmanns über Albrecht Dürer, Leipzig, Inselverlag, im Text etwa 80 Seiten umfassend, wendet sich ausdrücklich nicht an das fachwissenschaftlich gebildete Publikum sondern will das Bild Dürers seinem Volk neu beleben. Diese Auf-

gabe wird ihm wohl gelingen. Es ist der 1. Band eines 3bändig gedachten Werkes und behandelt Dürers Leben in sehr übersichtlicher Zusammenfassung. Das Material ist im Interesse der Leser gut gesichtet, nur die Daten sind gegeben, die für Dürers Entwicklung Bedeutung haben. So fällt die historische Distanz fort, und die Schilderung der menschlichen Dinge in Dürers Leben ist in den Vordergrund gestellt. Trotz dieser populären Tendenz macht das Buch aber keinen unwissenschaftlichen Eindruck. Waldmann verfällt weder in psychologische Konstruktionen noch in genrehafte Ausmalung. Er hat sein Buch klar und einfach geschrieben, und aus allem spricht ein sehr warmes und innerliches Verhältnis zu Dürer. Waldmann betont in seiner Wiedergabe die Zweifelt in Dürers Natur, die in seinen späteren, reifsten Werken in so großer Art sich vereinigt: die künstlerisch-sinnliche Anschauung und den spekulativen Drang, begleitet von dem Lerneifer, der mit unendlichem Fleiß das Riesenmaterial seiner Zeit sich zusammenträgt. In Dürers späteren Jahren nimmt sein Verhältnis zur Religion einen wesentlichen Raum ein, und das letzte große Bild, das er malte und der Stadt Nürnberg zum Geschenk machte, nimmt Waldmann als ein Dokument seiner Gesinnung. Es sind die 4 Apostel in tiefem Nachdenken, aber auch mit vollbetonter starker Menschlichkeit. Das Buch bringt sehr zahlreiche und technisch gute Wiedergaben von Dürers Gemälden. Der 2. Band soll Dürers Graphik behandeln, der 3. eine mehr theoretische Behandlung seines malerischen und zeichnerischen Stils.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Siemens Werner Siemens, dessen 100. Geburtstag am 13. Dezember 1916 gefeiert wurde, wird ohne Zweifel von jedermann als einer der ersten Kulturförderer aller Zeiten anerkannt werden. Nennt man seinen Namen heute, so denkt jeder, der die Kulturentwicklung des letzten Jahrhunderts mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat, an ihn als den Schöpfer der modernen Elektrotechnik, der er durch die Entdeckung des dynamoelektrischen Prinzips /1866/ die Bahn freigemacht hat. Ohne das dynamoelektrische Prinzip gäbe es heute weder elektrische Glüh- und Bogenlampenbeleuch-

tung als Allgemeingut noch elektrische Bahnen; weder eine Übertragung unbegrenzter Energiemengen auf fast unbegrenzte Entfernungen noch die Nutzbarmachung des Luftstickstoffs. Der gleiche Erfolg wäre freilich auch einer Zufallsentdeckung des dynamoelektrischen Prinzips beschieden gewesen, und eine solche Zufallsentdeckung hätte leicht kommen können, da dieses Prinzip damals sozusagen in der Luft gelegen hatte. Bei Siemens aber war es mehr. Es war die bewußte Findung eines Naturprinzips auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnis. Daß dies tatsächlich der Fall gewesen ist, ergibt sich allein schon daraus, daß Werner Siemens schon während der Aufdeckung des dynamoelektrischen Prinzips aus ihm alle technischen und kulturellen Konsequenzen zog, die sich dann auch im Verlauf der folgenden 30 Jahre mit überraschender Folgerichtigkeit einstellten.

Wer in Siemens aber nur den erfolgreichen Entdecker des dynamoelektrischen Prinzips sieht, wird der Bedeutung dieses Mannes doch nur zum kleinsten Teil gerecht. Denn er war zu gleicher Zeit Gelehrter und Forscher wie er Techniker und Verwirklicher großzügiger, praktischer Gedanken war. Seinem Leben nachzugehen ist deshalb auch anregend und fördernd zugleich. An dieser Stelle ist das nicht zugänglich. Ich muß mich daher damit begnügen an der Hand der Gedächtnisrede, die ihm Bau- rat C. Dihlmann am 13. Dezember hielt, und die dann im Verlag von Julius Springer in Berlin erschienen ist, die wichtigsten Leistungen aufzuzählen, die Siemens aus der Reihe seiner Zeitgenossen hervorheben.

Als junger Offizier in Magdeburg benutzte Werner Siemens die unfreiwillige Muße einer Festungshaft, um die galvanische Versilberung und Vergoldung (an die sich später auch noch die Vernickelung anschloß) auszubilden. Seine nächste Erfindung ist die Herstellung lagerfähiger Schießbaumwolle. In die Kommission des Generalstabs für die Einführung des elektrischen Telegraphen berufen gelingt ihm die Herstellung guttaperchaisolierter Leitungsdrähte, auf denen die Herstellung der unterirdisch verlegten Telegraphenleitungen, vor allem aber der Unterseekabel, beruht. Ihre erste Anwendung fanden diese bei der Verlegung von Unterseeminen zur Sperrung des Kieler Hafens während des schleswig-holsteinischen Aufstands von 1847. In dem gleichen Jahr legte

Siemens den Grund für die heutige Weltfirma, indem er dem Mechaniker Halske zur Errichtung einer Telegraphenbaustätte verhalf, in die er dann im Jahr 1849 persönlich eintrat. So sehr aber vereinigte sich bei Werner Siemens der Industrielle mit dem Wissenschaftler, daß er nicht nur große Überlandtelegraphenleitungen in Rußland, durch den ganzen Kontinent nach Indien legte, daß er nicht nur Methoden ausfindig machte, um Störungsstellen in den Leitungen während der Verlegung und deren Betrieb sofort ausfindig zu machen, sondern daß er zugleich auch die Erfahrungen an langen Leitungen, besonders an Kabelleitungen, wissenschaftlich verarbeitete. Die Resultate dieser Arbeit legte er der Pariser Akademie der Wissenschaften im Jahr 1850 vor, was ihm nicht nur die Anerkennung dieser angesehenen Körperschaft sondern auch die Faradays eintrug, wohl des größten Förderers der Elektrizitätslehre. Die praktische Beschäftigung mit dem Bau und der Verlegung submariner Kabel und langer Freileitung brachte ihn zu der Definition einer leicht reproduzierbaren elektrischen Widerstandseinheit, an der noch heute die international angenommene Widerstandseinheit, das Ohm, gemessen wird.

Den Ausgang für seine erfolgreichste Entdeckung, des bereits gedachten dynamoelektrischen Prinzips, bildete die Konstruktion des Doppel-T-Ankers bei magnetelektrischen Maschinen, aus dem sich später der für Gleichstromdynamos noch heute ausschließlich verwandte Trommelanker entwickelte. Auch ein von Siemens gebauter Einankergleichstromumformer, mit dem er niedrig gespannten Batteriestrom in höher gespannten Gleichstrom zum Telegraphieren auf größere Entfernungen umwandelte, liegt auf dem direkten Weg zu dem dynamoelektrischen Prinzip. Wie scharf Siemens vom ersten Augenblick die Tragweite dieser seiner umwälzenden Entdeckung erkannt hatte, geht aus seinen eigenen Worten hervor, mit denen er seinen Bericht an die Berliner Akademie der Wissenschaften abschließt: »Der Technik sind gegenwärtig die Mittel gegeben elektrische Ströme von unbegrenzter Stärke auf billige und bequeme Weise überall da zu erzeugen, wo Arbeitskraft disponibel ist. Diese Tatsache wird auf mehreren Gebieten derselben von wesentlicher Bedeutung werden.« Das war freilich übersächlich und fast zu bescheiden. Mehr aus sich

heraus ging er schon in einem Brief an seinen Bruder, dem er schrieb: »Ich sehe gar keinen Grund ein, warum eine elektromagnetische Maschine nicht beinahe die selbe Kraft geben sollte, welche eine ganz gleiche dynamoelektrische zur Drehung gebraucht. Bestätigt sich das, so wäre das große Prinzip der Kraftübertragung damit glücklich gelöst.« Es hat sich bestätigt. Im Jahr 1877 wird die erste elektrische Kraftübertragung in der Gewerfabrik Spandau in Betrieb gesetzt, im gleichen Jahr eine elektrische Grubenbahn für Senftenberg projektiert, deren Lokomotive und Wagen der Öffentlichkeit auf der Berliner Gewerbeausstellung von 1879 vorgeführt wurden; und im Jahr 1881 wird die erste elektrische Straßenbahn in Lichterfelde eröffnet.

Aber mehr noch. Schon im Jahr 1875 hatte Siemens erkannt, wie mit Hilfe der Elektrizität die Stickstofffrage gelöst werden könnte.

»Werner Siemens«, so führte Dihlmann in seiner Gedächtnisrede aus, »war ein Mann der Gedanken und der eigenen Arbeit, voll Schöpferkraft und Schaffensfreude, er besaß die Schlichtheit und Stärke des Charakters, der es ermöglichte, daß neben der stillen Gelehrtenarbeit im Laboratorium ein so hoher persönlicher Mut in seiner Seele wohnte, daß die Früchte seiner Forschartigkeit in seinen weltumspannenden Unternehmungen ihren Ausdruck fanden zu dem Nutzen der Allgemeinheit und zur Förderung menschlicher Kulturbestrebungen.«

Braunkohle Gegenüber der Steinkohle befand sich die Braunkohle lange Zeit hindurch in einer Aschenbrödelstellung. Als Feuerungsmaterial kam sie nur an den Gewinnungsstellen selbst in Betracht, weil sie einen längern Transport nicht vertrug.

Das änderte sich indessen sehr rasch, als man entdeckte, daß sich gerade die Braunkohle ausgezeichnet zur Brikettierung eignet und als Preßkohle die längsten Transporte verträgt. Für die Lagerung ist schon die regelmäßige Gestalt der Briketts von besonderem Vorteil. Deshalb hat sich die Braunkohle in den letzten Jahrzehnten den Hausbrand in den größeren Städten Deutschlands fast vollständig erobert. In wachsendem Umfang bedient sich heute auch die Industrie der Braunkohle als Brennstoff; nur daß sie sich in diesem Fall mit Vorliebe an

den Braunkohlenfundstellen selbst ansiedelt. Große Industriezentren sind in den letzten Jahren im Gebiet der Braunkohlenfelder Mitteldeutschlands, besonders bei Bitterfeld und Halle, entstanden. Hier haben sich die Badische Anilin- und Sodafabrik, die Hirsch Kupfer- und Messingwerke, die Rüttgerwerke, die neuen Unternehmungen zur Verwertung des Luftstickstoffs, die Deutsche Erdölaktiengesellschaft und mehrere andere neben den schon länger bestehenden Riebeckischen Montanwerken angesiedelt. In einigen Jahren werden insbesondere die Bitterfelder Braunkohlenfelder wohl ausschließlich die für Berlin benötigte elektrische Energie liefern, nachdem sich die Stadt dort Bergrechte gesichert hat; auch die Energie für den elektrischen Betrieb der Berliner Stadt- und Ringbahn wird in Bitterfelder Großkraftwerken erzeugt werden. Schon jetzt wird von den Elektrowerken in Bitterfeld, die dem Konzern der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft nahesteht, elektrische Energie in größtem Maßstab erzeugt, die in der elektrochemischen Industrie und in Überlandzentralen ausgenutzt wird. Neben dem Wert als Brennstoff hat die Braunkohle in steigendem Maß Bedeutung als Ausgangsquelle für die Gewinnung von Destillaten und chemischen Produkten gewonnen. Die Riebeckischen Montanwerke sind hier mit großem Erfolg vorangegangen; sie haben gewaltige Anlagen zur Gewinnung von Teer, Paraffin und Mineralölen ins Leben gerufen. Der Deutschen Erdölaktiengesellschaft ist es gelungen nach einem neuen Verfahren die Braunkohle als Mineralöl zu verarbeiten, das uns dann bis zu einem gewissen Grad von der Lieferung ausländischen Petroleum unabhängig machen kann, wenigstens insofern als das Rohöl zur Herstellung von Schmierölen und Benzin in Betracht kommt. Die Arbeiten des Instituts für Kohlenforschung werden hier der Verwendung der Braunkohle sicher noch weite Gebiete erschließen, nachdem es gelungen ist durch Destillation der Kohle im Vakuum petroleumähnliche Stoffe zu erzeugen. Auch die Vergasung der Braunkohle macht steigende Fortschritte. Das erzeugte Gas wird in großem Umfang für Heiz- und Schmelzzwecke benutzt, und vor allem die Hirsch Kupfer- und Messingwerke nutzen das Braunkohlengas zu Schmelzzwecken bei den von ihnen geübten metallurgischen Verfahren aus.

Da es sich herausgestellt hat, daß die Fernleitung des Gases über 40 Kilometer hinaus nicht mehr rentabel ist, so sind allerdings die metallurgischen Werke gezwungen sich in nächster Nähe der Braunkohlenfelder anzusiedeln. Das gilt freilich nur für die unmittelbare Gegenwart, denn die Rentabilität der Fernleitung von Gas ist in sehr hohem Maß von dem Wirkungsgrad der Vergasungsanlagen abhängig, und auf diesem Gebiet sind gerade während des Krieges sehr beträchtliche Fortschritte gemacht worden.

Bogenlampen unter Druck In seiner Arbeit über die Verflüssigung der Kohle und Herstellung der Sonnentemperatur /Braunschweig, Vieweg/ hatte O. Lummer festgestellt, daß der bei Normaldruck von 1 Atmosphäre erzeugte Lichtbogen einer elektrischen Bogenlampe am positiven Krater eine absolute Temperatur von rund 4200° hervorruft. Erzeugt man dagegen den Lichtbogen unter Druck, indem man die ganze Bogenlampe in ein Druckgefäß setzt, so steigt bei 4 Atmosphären die absolute Temperatur des Kraters auf rund 5000°, bei 8 Atmosphären auf 5350°, bei 16 Atmosphären auf 5740° und bei 22 Atmosphären auf 5890°. In einer andern Meßreihe kommt Lummer bei 22 Atmosphären sogar auf eine Temperatur von absolut 6090°, womit nach Lummer die Sonnentemperatur erreicht ist. Entsprechend der Temperatursteigerung nimmt auch die Flächenhelle des Kraters zu. Beträgt sie bei 1 Atmosphäre 1, so nimmt sie bei 4 Atmosphären den Wert 4,4, bei 8 Atmosphären den Wert 7,8, bei 16 Atmosphären den Wert 14,2 und bei 22 Atmosphären den Wert 18 an. Gemäß der bereits erwähnten zweiten Meßreihe steigt bei 22 Atmosphären die Flächenhelle sogar auf das 23fache ihres Anfangswerts an. Auf Grund dieser Untersuchungsergebnisse kündigten flinke Popularisatoren der Technik in gewissen Tageszeitungen sofort eine vollständige Umwälzung der Lichttechnik an und konstruierten, freilich nur auf Zeitungspapier, Bogenlampen und besonders Scheinwerfer von fabelhafter Leistungsfähigkeit. Lummer selbst hatte zwar sowohl in der genannten Arbeit als auch schon vorher, 1913, in seinem Leipziger Vortrag auf der Beleuchtungstechnischen Gesellschaft vor übertriebenen Schlussfolgerungen aus seinen Forschungsergebnissen gewarnt. Das hinderte die technischen

Feuilletonisten aber nicht immer wieder von neuem auf die *Druckbogenlampe* zurückzukommen. Nunmehr hat Wilhelm Mathiesen, einer der Direktoren der bekannten Bogenlampenfabrik von Körting und Mathiesen in Leutzsch-Leipzig, systematische Untersuchungen über den Lichtbogen unter Druck durchgeführt, die zwar bis zu einem gewissen Grad die Lummerschen Untersuchungsergebnisse bestätigten, die aber andererseits auch den positiven Beweis lieferten, daß mit den gegenwärtigen technischen Mitteln die Konstruktion einer Druckbogenlampe undurchführbar sei.

Eine Bogenlampe hat natürlich nur dann praktischen Wert, wenn der Lichtbogen in einer lichtdurchlässigen Hülle erzeugt wird. Hierfür kommt im wesentlichen nur Glas oder Quarzglas in Betracht. Beide Stoffe vermögen aber, besonders bei gleichzeitiger starker und einseitiger Erwärmung, höhere Drucke nicht auszuhalten. 6 Atmosphären sind hier schon die obere Druckgrenze, und selbst bei diesem verhältnismäßig geringen Druck wäre eine Druckbogenlampe in Glasumhüllung wegen der permanenten Explosionsgefahr praktisch nicht herzustellen. Schon bei den unter allen Vorsichtsmaßnahmen durchgeführten Versuchen Mathiesens explodierte diesem eine Bogenlampe, wobei die starke Glasglocke unter furchtbarem Krachen in unzählige Trümmer zersprang. Dazu kommt, daß bei der Druckbogenlampe, deren Elektroden aus Reinkohlen bestehen, der Lichtbogen so unruhig wird, daß ein flackerndes, unstetiges Licht erzeugt wird. Bei hohen Stromstärken, wie sie bei Scheinwerferbogenlampen zur Anwendung kommen (100 bis 180 Ampere), ist schon bei einem Überdruck von 1 Atmosphäre der Lichtbogen so unruhig, daß die Lampe unverwendbar wird. Bei niedrigeren Stromstärken, wie sie für gewöhnliche Bogenlampen zur Anwendung kommen, ist der zulässige Überdruck zwar höher (bei einer 10 Ampere-Bogenlampe beträgt er etwa 4 Atmosphären), aber bei dieser relativ niedrigen Drucksteigerung ist die erzielte Ökonomie nicht so groß, daß sie die Einführung eines so gefährlichen Beleuchtungsgeräts rechtfertigen würde. Mathiesen hebt deshalb selbst ausdrücklich hervor, daß keine der bekannten Bogenlampen für den Überdruck verwendbar ist, und daß nach dem heutigen Stand der Technik die Überdruck-

bogenlampe keine Aussicht auf ihre Verwirklichung habe.

Neben diesem negativen technischen Resultat haben die Mathiesenschen Untersuchungen aber noch ein sehr bedeutendes wissenschaftliches Interesse. Lummer hatte bei seinen Versuchen gleichfalls feststellen müssen, daß sich unter Druck kein ruhiger Lichtbogen erzeugen ließe, wenn Reinkohlen als Bogenlampenelektroden verwandt wurden. Er benutzte deshalb Kohlen, die mit gewissen, bisher noch nicht bekannt gegebenen Salzen imprägniert waren. Lummer maß nun photometrisch die mit steigendem Druck steigende Flächenhelle und schloß aus dieser, unter Benutzung einer für den schwarzen beziehungsweise grauen Körper geltenden Exponentialgleichung

$$\frac{H_1}{H_2} = \left(\frac{T_1}{T_2} \right)^x$$

(worin H_1 und H_2 die photometrischen Helligkeiten bei den absoluten Temperaturen T_1 und T_2 sind und x ein sich mit steigender Temperatur asymptotisch der Null nähernder Exponent ist), auf die vorhandene Temperatur. Die erwähnte Exponentialgleichung gilt nun aber keineswegs auch für Kohlen, die mit Salzen imprägniert sind. Die von Lummer berechneten, oben angegebenen Temperaturen sind also unbedingt zu hoch, und wahrscheinlich ist bei seinen Versuchen mit der Druckbogenlampe wohl die Flächenhelle der Sonne, nicht aber deren Temperatur erreicht worden. Diese Annahme wird durch die Mathiesenschen Versuche voll bestätigt. Bei Benutzung von Reinkohlen, die wie ein grauer Körper strahlen, fand Mathiesen, daß bei der Steigerung des Drucks von 1 bis 4 Atmosphären die Lichtstärke von 2170 auf 3200 Hefnerkerzen anwuchs, um dann bei weiterer Steigerung des Drucks auf 8 Atmosphären allmählich wieder auf 2820 Hefnerkerzen herabzusinken. Wurden dagegen Salzkohlen, gelbe Effektkohlen, benutzt, so stieg die Lichtstärke stetig von 1400 Hefnerkerzen bei 1 Atmosphäre, auf 4600 bei 6 Atmosphären. Bei der Benutzung anderer Salzkohlen trat Analoges ein. Das Verhältnis des Anstiegs der Lichtstärke zum wachsenden Druck ist also von der Art der Leuchtzusätze abhängig.

Radioaktive Leuchtmasse Um auch im Dunkeln den Stand einer Uhr oder eines Kompasses ablesen zu können, werden die Zeiger und die Ziffern der Zifferblätter mit einer radioak-

tiven Leuchtmasse versehen. Die Benutzung solcher Leuchtuhren und Radiumkompass hat in letzter Zeit, namentlich im Feld, einen sehr großen Umfang angenommen. Als Stoff solcher Leuchtmasse wird zu allermeist die Sidoblende oder Zinkblende benutzt, die unter Beimengung einer sehr geringfügigen Menge radioaktiver Substanz hell leuchtet. Diesem, aus hexagonalen Kristallen bestehenden Schwefelzink wird zur Erzielung einer stärkeren Leuchtkraft eine geringe Menge Mangan oder Kupfer beigemischt. Derartige Massen haben nun auch ohne radioaktive Beimengung die Eigenschaft nach einer einige Sekunden währenden Belichtung mit vollem Taglicht oder hellem Lampenlicht im Dunkeln stark nachzuleuchten (Phosphoreszenz). Jedoch nimmt die Lichtstärke sehr schnell ab, während das an sich viel weniger intensive Leuchten der zugemischten radioaktiven Masse sehr lange vorhält. Wenn man also, um den Wert der Leuchtfarbe für den gewünschten Zweck festzustellen, es unternimmt die Stärke des von der Leuchtuhr oder von dem Leuchtkompaß ausgestrahlten Lichtes zu messen, so muß man vorher die Strahlung der Zinkblende vollkommen abklingen lassen, was durch längere Belichtung mit einer roten Lampe beschleunigt werden kann.

Es ist nun von Bernhard Walter der Versuch gemacht worden die Lichtstärke zweier solcher Leuchtuhren in Hefnerkerzen zu bestimmen. Bei den beiden Uhren B und C bestanden die ganzen Ziffern aus einer 1 Millimeter breiten Leuchtmasse, bei B waren der Stunden- und der Minutenzeiger, bei C auch noch ein Sekundenzeiger und eine Weckervorrichtung mit der Masse bestrichen; dagegen fehlte bei C die Bestreichung der Ziffern 6 und 12, so daß der Inhalt der leuchtenden Flächen bei beiden Uhren etwa der gleiche, nämlich 140 Quadratmillimeter betrug. Als Vergleichungslichtquelle benutzte der Verfasser 2-, 4- und 6voltige Metallfadenlampen, die er mit einer erheblich unter der normalen liegenden Stromstärke brannte. Die Lichtstärken dieser Lampen lagen bei den verschiedenen dabei angewandten Stromstärken zwischen 0,0215 und 0,176 Hefnerkerzen. Die Vergleichungslampe wurde in einer Entfernung von 13,5 Meter von einer weißen Fläche aufgestellt, eine benachbarte Fläche wurde durch die Uhr beleuchtet und deren Entfernung von der

Fläche so geregelt, daß beide Flächen gleich stark beleuchtet erschienen. Selbstverständlich wurde durch Abblendschirme dafür gesorgt, daß jede Fläche nur von einer der Lichtquellen beleuchtet wurde. Das Ergebnis dieser Versuche war, daß die Uhr B im Mittel eine Lichtstärke von 0,808, die Uhr C eine solche von 3,08 Milliontel Hefnerkerzen hatte. Es folgt hieraus, daß das menschliche Auge empfindlich genug ist selbst bei einer so geringen Lichtstärke noch einigermaßen befriedigende Einstellungen zu machen.

Wasserwirtschaft

Zurzeit sind ernste Bestrebungen im Gang die Wasserwirtschaft des türkischen Reiches auf eine neue Basis zu stellen. Die Anregungen hierzu sind von deutscher Seite ausgegangen. Der erste Schritt in dieser Richtung dürfte die Nutzbarmachung der Wasserkräfte Syriens und Palästinas sein. Eine Kommission deutscher Ingenieure hat auf Anregung des Direktors der Hedschasbahn, Duman Bei, die Wasserfälle von Tel Chabeb untersucht, die etwa 60 Kilometer von der Hedschasbahn entfernt liegen. Diese Wasserkräfte dürften ausreichend sein, um nicht nur Elektrizität für den Betrieb der Hedschasbahn sondern noch darüber hinaus Kraft für die Beleuchtung von Tiberias, Jaffa, Haifa, Nazareth und Jerusalem zu liefern, diese Städte mit Trinkwasser zu versorgen und außerdem noch Wasser zur Berieselung der Gärten und Felder zur Verfügung zu stellen. Auch für industrielle Unternehmungen würde genügend Energie zur Verfügung gestellt werden können.

Im Zusammenhang damit sei ein anderes Unternehmen erwähnt: die Bewässerung der Adanaebene in Cilicien. Durch Ausführung dieses Plans würde die Ertragsfähigkeit eines Gebiets von 200 000 Hektar ganz bedeutend gesteigert werden können, da die hier gebaute Baumwolle der ungünstigen Wasserverhältnisse wegen gegenwärtig von geringer Beschaffenheit ist. Es handelt sich um die Regulierung der 3 Flüsse Saihun, Dschihan und Berdan Tschaj. Die Kosten der Durchführung des gesamten Unternehmens werden auf etwa 75 Millionen Mark geschätzt; doch könnten die Arbeiten so vorgenommen werden, daß der zunächst in Angriff zu nehmende Teil, die Regulierung des Saihun, mit einem Kostenaufwand von etwa 4,6 Millionen Mark

für sich fertiggestellt werden kann. Die Leitung des Unternehmens liegt in den Händen des Generalinspektors der öffentlichen Arbeiten Waldorf. Der erste Teil soll schon nach etwa 1½ Jahren für den Betrieb bereit sein, während die Durchführung der gesamten Bewässerungspläne erst in 8 bis 10 Jahren zu erwarten ist. Man hofft dann den Anbau der Baumwolle erst im April (statt wie jetzt im Februar) beginnen zu können und bei richtiger Bewässerung ein der ägyptischen Baumwolle gleichwertiges Produkt zu erzeugen. Der jährliche Ertrag der Adanaebene wird auf 50 000 Tonnen geschätzt.

Kurze Chronik Von Orville Wright ist ein selbsttätiger Flugzeugstabilisator konstruiert worden, der im wesentlichen aus einer kleinen, vom Flugzeugmotor angetriebenen Windmühle besteht. Die Windmühle wird durch ein Pendel in Gang gesetzt, wenn das Flugzeug sich nach der einen oder der andern Seite zu neigen beginnt. Orville Wright soll in der letzten Zeit lange Flüge absolviert haben, ohne die Steuerhebel der Maschine zu berühren. ◊ Lediglich durch Verbesserung der Aufnahmetechnik ist es Robert Fürstenau in Berlin gelungen mit Röntgenapparaten normaler Leistung Gußeisenplatten von mehreren Zentimetern Dicke zu durchleuchten und dabei mit vollkommener Deutlichkeit Dichtigkeitsunterschiede und Gußfehler auf der photographischen Platte festzuhalten. ◊ In einer Stahlfabrik ereignete sich kürzlich eine folgenschwere Explosion, als ein Arbeiter das Reduzierventil einer Flasche mit verdichtetem Wasserstoff öffnete. Zur Aufklärung der Unfallursache wurde der Inhalt von 6 gleichzeitig gelieferten Wasserstoffflaschen analysiert, wobei sich der Gehalt von 10,6 bis 18,2 % Sauerstoff ergab. Die Wasserstoffflaschen enthielten also teilweise Knallgas; die Entzündung wird durch die Bildung von Funken infolge auftretender Reibungselektrizität vermutet. Es ist also Vorsicht bei der Benutzung komprimierten Wasserstoffs nötig. ◊ Zum Ordinarius für Maschinenbau an der Grazer Technischen Hochschule ist der Ingenieur Robert Henold aus Ravensburg berufen worden. ◊ An der Berliner Technischen Hochschule hat sich Becker für Flugmotoren habilitiert, Schaarschmidt für Technologie der

Teerfarbstoffe, Neuber für ausgewählte Kapitel des städtischen Tiefbaus, Emil Everling für Mechanik der Luftfahrzeuge. In die neue Abteilung für Bergbau der gleichen Hochschule (die durch die kürzlich vollzogene Angliederung der Bergakademie entstanden ist) traten R. Bärtling, L. Finckh, E. Harbort, K. Krug, R. Loebe und W. Weißermel als Privatdozenten ein.

Literatur Im Verlag für Fachliteratur in Berlin ist das von Heinrich Rieser herausgegebene Jahrbuch der technischen Zeitschriftenliteratur, Ausgabe 1915, für die Literatur des Jahres 1914, erschienen. Das sehr geschickt bearbeitete Jahrbuch wird für die Verfolgung der technischen Zeitschriftenliteratur immer wichtiger. ◊ Für Spezialisten unentbehrlich ist das Werk Georg Buchners Die Metallfärbung und deren Ausführung (Berlin, Krayn). Das Buch ist aus der Praxis hervorgegangen und unterscheidet sich von den üblichen Rezeptbüchern durch die systematische Darstellung des Stoffs.

Kunstgewerbe / Paul Westheim

Konstantinopel: Der von dem Deutschen Haus der Werkbund organisierte Freundschaft Wettbewerb um das Haus der Freundschaft, das die Deutsch-Türkische Vereinigung zur Pflege der deutsch-türkischen Beziehungen in Stambul errichten will (siehe diese Rundschau, 1916 II, Seite 726, und 1916 III, Seite 1084), hat in seinem Ausgang beträchtliche Ähnlichkeit mit dem Wettbewerb um das Berliner Königliche Opernhaus. Schon die Organisation des Ausschreibens hat Proteste hervorgerufen, wie sie für Architekturwettbewerbe nachgerade zur Gewohnheit geworden sind. Der Werkbund hat 12 seiner Mitglieder zur Teilnahme aufgefordert, hat dann diese 12 Teilnehmer als Juroren eingesetzt, die die Aufgabe hatten das Beste der Projekte preiszukrönen. Die nicht im Werkbund organisierte Architektenschenschaft verlangte nach einem allgemeinen Wettbewerb, der, wie auch der Opernaußfall beweist, nicht unbedingt ein wertvolleres Resultat verheißt; innerhalb des Werkbundes gab es Erwägungen über die aufgeförderten und nichtaufgeförderten Personen. Da der Werkbund sich nun einmal nicht die Autorität beimaß den geeigneten Mann

zu benennen und für ihn ohne weiteres die Auftragserteilung zu erwirken, kann sein Verfahren nicht gerade als ungeschickt bezeichnet werden, obgleich es im Kern nicht viel anders als das des Opernhauswettbewerbs ist. Das Ergebnis hätte vielleicht bedeutungsvoller sein können, wenn einmal das Bauprogramm genügend geklärt gewesen wäre. Raumforderungen wurden gestellt, die in keinem Verhältnis zum Bauplatz und vor allem zur Bausumme stehen. Zum andern war es aber auch (und das mag der Werkbund sich zugestehen) ein Versagen der beteiligten Personen in ungewöhnlichem Maß. Eine wirklich bedeutende baukünstlerische Leistung ist unter den 11 Entwürfen (Gropius mußte als Feldzugsteilnehmer ausscheiden) nicht vorhanden. Einzig für die Lösung von Paul Bonatz könnte ich mich erwärmen. So kam man wie beim Opernhaus zuletzt dazu sich auf eine Kompromißleistung, auf den Vorschlag German Bestelmeyers, zu einigen.

Der Entwurf Bestelmeyers unterscheidet sich von denen der Mitbewerber durch eine Zweiteilung des Hauses in ein niedriges 2stöckiges Kompartiment an dem Diwan Joli, der Hauptverbindungsstraße zwischen der Hagia Sophia und der Bajesidmoschee, und ein 4stöckiges Rückgebäude. Dieser Vordertrakt, der in der Hauptsache das Kaffeehaus und die Nachrichtenstelle enthält, erschließt sich durch einen breiten Torbau auf eine Art Ehrenhof, der dem rückwärtigen, dem Hauptgebäude, wie man sagen könnte, vorgelagert ist. Die Idee dieses Hofes ist glücklich. Sie bedingt allerdings die Verlegung eines Zeitungslesesaals, der sonst immer, nicht ohne innere Begründung, für das Erdgeschoß vorgesehen wurde, in den 2. Stock. Er zerteilt die Hörsäle in verschiedene Stockwerke, und auch da liegen sie teilweise ohne Verbindung. Der wiederholt gemachte Vorschlag diese Vorlesungsräume in Anlehnung an die Ausstellungssäle zu gruppieren, ein glücklicher Gedanke, wird dadurch auch beeinträchtigt. Das Äußere dieses Hauses ist akademisch tüchtig, aber auch akademisch nüchtern, ohne Schwung und ohne Reiz; die Monotonie des Kasernenartigen ist keine unbegründete Befürchtung. Gerade diese Schwunglosigkeit scheint es gewesen zu sein, auf die die jurierenden Künstler sich als auf eine neutrale Begebenheit einigen konnten. Falls diese Ar-

beit zur Ausführung gelangt, wird ein gleichgültiger Bau mehr in der Welt sein, der schließlich der deutschen Baukunst nicht gerade zur Unehre gereichen wird. Wir werden damit im fremden Land nicht bloßgestellt sein, andererseits wird man uns diesmal aber auch nicht, wie es des öfters geschah, den Vorwurf unbekümmerter Brutalität machen können.

Qualitätsstreben Der Manchester Guardian bringt im Hinblick auf die deutsche Konkurrenz eine Betrachtung über die Lage des englischen Kunsthandwerks, die für uns und für das Kunstgewerbe überhaupt mannigfaches Interesse hat. Das Blatt erinnert an die Mahnungen der Carlyle, Ruskin und Morris, legt dar, daß das Umsetzen in die Tat die Hauptbotschaft William Morris' gewesen ist, und fährt dann fort: »Bald nach den ersten Erfolgen von Morris' Vorbild wurde es klar, daß die wachsamsten Teutonen kamen, um zu forschen und über das Neue nach Hause zu berichten. Sie sahen ebenso, was uns nur zu augenscheinlich war, daß unsere eigenen Beamten, Fabrikanten und Kaufleute zu gleichgültig (oder wollen wir sagen: zu harmlos?) gegenüber dem Bestehen dieses mächtigen Reichtums waren. Sofort kamen andere Vertreter, Künstler, Kaufleute, Lehrer, zu uns herüber, um zu studieren, zu erforschen und zu lernen. Sie kauften Photographieen, Proben, Literatur, schickten Studenten in unsere Schulen und Schüler zu unseren Handwerkern. Und niemals waren Schüler so eifrig, so wißbegierig und begeistert, sie wurden nie müde, und ihre Gedanken waren zahlreich wie der Wüstensand. Die Behörden der großen deutschen und österreichischen Städte luden uns ein unsere Werke auf ihre Ausstellungen zu schicken. Die Namen unserer Künstler, die hier wenig bekannt waren, kannte drüben jedermann. Jetzt natürlich werden sie dort Nebensache sein: Das ist eben das Schicksal des Krieges. Wenn diese Vertreter dann nach Deutschland zurückkehrten, wurden sie vom Staat in die Lehrstätten geschickt, um ihre Landsleute in den englischen Methoden zu unterrichten, und der Besuch dieser Kurse war sehr stark. Die Verbreitung des Gelernten gleich einer heilsamen Epidemie. Deutschland und Österreich wandten unsere Grundsätze und Lehren mit äußerster Anstrengung an. Kein geringerer Teil ihrer jüngsten wunderbaren

Erfolge auf dem Gebiet des Handels gebührt ihrer Wahrnehmung von dem Wert der Güte und des Handwerksmäßigen in der Arbeit. Hätten sie hieran allein festgehalten, würde die Welt in weiteren 10 Jahren ihnen gehört haben, ohne Kampf.

Die Künstler, die diese Bewegung in Deutschland einführten, sahen den Wert und die Lebenswahrheit der Lehren von Morris und Crane und ihren Nachfolgern, sie gewannen die Fabrikanten für sich und veranlaßten sie Künstler in einem Umfang zu beschäftigen, der zuvor nie erreicht ist, die die Entwürfe zu ihren Erzeugnissen fertigten und deren Herstellung leiten sollten. Sie gründeten den Deutschen Werkbund, der jetzt vielleicht die größte und einflussreichste Vereinigung des Kunstgewerbes in der ganzen Welt ist. Seine Ziele sind nach der Satzung die Güte der Gütererzeugung zu heben und dadurch den ganzen Weltmarkt zu erobern, besonders in der Möbel-, der schmückenden, der Textil-, Glas-, Metallindustrie und anderen, und zwar ganz allein für die deutsche Arbeit. Alle Künstlervereinigungen in den beiden Kaiserreichen sind in dem Vorstand vertreten. Alle bedeutendsten Fabrikanten in jedem Industriezweig, der zur Kunst Beziehung hat (und welche Industrie hätte sie nicht?) sind seine Mitglieder. Die großen Dampferlinien unterstützen ihn, die größte Elektrizitätsgesellschaft im Reich steht hinter ihm. Die führenden Staatsminister beider Reiche gehören ihm an und fördern seine Zwecke, wie es nur deutsche Beamte können.

Wenn wir die Lage richtig überschauen, werden wir sehen, daß Deutschland in der Ausarbeitung der Gedanken der Morris und des Handwerks in großzügiger Weise wirklich für uns und unsere Regierung einen Beweis für den wirklichen Wert dieses Gedankens erbracht hat. Deutsche Staaten und Städte unterstützen den Werkbund. Warum sollte der Staat uns nicht auch eine Unterstützung zuteil werden lassen und uns beauftragen das für die englische Gütererzeugung zu tun, was der Werkbund für Deutschland tat? Ein Streben nach besserer Arbeit und besserem Leben tut uns not, nicht der fortwährende Kampf um die auswärtigen Märkte mit geringwertiger Arbeit.* Daran wird die Forderung geknüpft die Mißstände der gegenwärtigen Produktionsweise auszumerzen und Schulen, Werkstätten und die Industrie im

Sinn des Qualitätsgedankens zu reformieren. Es wäre zu wünschen, daß der Qualitätsgedanke bei uns in Deutschland wirklich in so hoher Achtung stände, wie das englische Blatt zur Anspornung seiner Landsleute es darstellt. Besonders erfreulich ist es allerdings, daß das Verständnis für Qualitätsleistungen gerade in den Kreisen der organisierten Arbeiter, der Träger der Produktion, in starkem Wachsen begriffen ist (siehe den Artikel des Vorsitzenden des Deutschen Holzarbeiterverbandes Leipart über Qualitätsarbeit und Arbeiterklasse und den des Vorsitzenden des Deutschen Schneiderverbandes Stühmer über die Bedeutung der Tarifverträge für die Qualitätsarbeit, in den Sozialistischen Monatsheften, 1916 II, Seite 803 ff., und 1916 III, Seite 1218 ff.).

Kurze Chronik Die Freilegung des berühmten, unter Rhamses II. vollendeten Ammontempels in Luxor ist durch den Krieg beschleunigt worden. Bei Kriegsausbruch wurden die seinen Anblick verdeckenden Häuser, die zum Teil in deutschem Besitz waren, von der englischen Regierung kurzweg enteignet und die Häuser abgetragen; das kasernenartige Gebäude des Windsor-Palace-Hotels, das die Aussicht auf die gewaltigen Säulen sehr beeinträchtigt, hat man aber stehen lassen. ◊ Der Bund deutscher Architekten hielt seine diesjährige Hauptversammlung in Berlin ab. Im Mittelpunkt der Beratungen stand wieder die Frage nach der Schaffung einer Ständesorganisation der Privatarchitekten und im Zusammenhang damit die Forderung nach einem Schutz der Berufsbezeichnung Architekt, eines Titels, der heute von jedermann geführt werden kann. Im Anschluß an diese Tagung wurde bei Keller & Reiner eine Gedächtnisausstellung für Bruno Schmitz eröffnet. Eine Würdigung des Werkes dieses genialischen Temperaments, das oft, vielleicht allzuoft ins Kolossalische entartete, ist in dieser Rundschau (1916 II, Seite 625) bei seinem Tod gegeben worden. ◊ Um die Kriegsteilnehmer am Denkmalwettbewerb des Kulturbundes (siehe diese Rundschau, 1916 III, Seite 1083 f.) nicht gänzlich auszuschließen, hat der Bund beschlossen für die nach Kriegsende Heimkehrenden ein zweites Ausschreiben zu erlassen. ◊ Der Garisonfriedhof Wilhelmshaven wird nach Plänen Leberecht Migges angelegt.

Literatur

Der seltene Fall liegt vor, daß von einem neuen Buch zu sprechen ist, das dereinst sicherlich zu den grundlegenden Werken gehören wird, die man sich zu eigen gemacht haben muß. Eine jener Veröffentlichungen, die mehr als nur Lektüre sind, die Stoßkraft in sich haben, die im praktischen Alltag Richtung gebend und befruchtend fortwirken. Hausbau und dergleichen ist der Titel dieses Buches /Berlin, Bruno Cassirer/. Der Verfasser ist Heinrich Tessenow, der Mann, der in Hellaerau das im wohligen Rhythmus schwingende Dalcrozehaus gebaut, der in dieser Gartenstadt die besten und brauchbarsten Einfamilientypenhäuser organisiert hat. Jetzt ist er neben Roller und Hoffmann und Strnad und Larisch und den anderen, die wir schätzen, Lehrer an der Wiener Kunstgewerbeschule. Von den großen Problemen, mit denen wir uns wälzen, ist in diesem Buch keine Rede. Nichts von Architektur, nichts von Stil, ja, wenn man es genau nimmt, auch so gut wie nichts vom eigentlichen Hausbau. Es ist, wie die Bauten von Tessenows, ein Zurückgehen auf das Grundhafte, das ganz Wesentliche. Tessenows Sorge geht um das gewerblich Richtige, im Gegensatz zum gewerblich Falschen, um das Allereinfachste, darum, ob zwei Linien, die sich schneiden, dies lärmend, unausgeglichen, beunruhigend tun, oder ob unser einfaches oder allgemeines Empfinden eine natürliche Ausgeglichenheit, ein »stilles Zuordnen« verspürt, darum, wie bei einem Stuhl die Füße, die Lehne, der Sitz und im Sitz wieder der Rahmen sich unter einander tragen und vertragen, um das Selbstverständlichste also, um das Primitivste und Allerkleinste. Aber, mit Tessenow zu reden, was hier so über Kleines ausgeführt ist, läßt sich genau ebenso über Großes ausführen. Denn es gilt schließlich überall, daß das Große, das wir arbeiten, nicht besser ist als das Kleine. Aber so gilt auch überall, daß wir mit dem Kleinen notwendig oder ohne weiteres auch das Große bessern. So ist in diesem Buch von Ordnung, von Regelmäßigkeit, von Symmetrie, von Teilen und Verbinden die Rede. Als eine der wichtigsten von uns zu erstrebenden Eigenschaften nennt Tessenow die Sauberkeit. Wir sind uns, meint er, sehr uneinig darüber, wie weitgehend unsere Umwelt

etwa lustig oder traurig, krumm oder gerade usw. sein soll; aber wir wollen eigentlich immer, sie möge so sauber sein wie nur irgend möglich. Über die Einfachheit, die eine Wohnung, auch im Formalen, haben oder nicht haben soll, wird es eine leichte Verständigung nicht geben; es wird da immer sofort ein Haufen grundsätzlicher Bedenken da sein. Aber wenn wir überlegen, wie weitgehend unsere Umwelt sauber sein darf, so antworten wir fast ohne Bedenken, sie solle nur immerfort so sauber sein, wie es überhaupt möglich ist. Die »formale Sauberkeit«, das ist der Sinn dieses Buches, wie es der Sinn des ganzen Tessenowschen Schaffens ist. Das formal Reine hat für uns immer etwas sehr Wohltuendes, lautet die These. Mit dieser Forderung nach größerer Formenreinheit erhebt sich von selbst wohl schon die Forderung an die Dinge unserer Umgebung, sie möchten formal weniger oder einfacher sein; aber mit der Einfachheit an sich hat das nichts zu tun. Tessenow schließt diesen Abschnitt mit der lapidaren Formulierung: »Unsere Einfachheit kann gewiß ebensogut größter Reichtum sein wie unsere Vielheit größte Armut sein kann.« An diesem einen Beispiel, das ich herausgreife, mag die Art dieses Buches erkannt werden. Es ist der Ausdruck eines Geistes, der die Dinge in ihren Anfangsgründen zu erfassen trachtet, der sich und, als der geborene Pädagoge, auch den anderen alles auseinanderlegt, bis der Kern da ist, bis es nichts mehr Beunruhigendes, kein rechts oder links, kein so oder anders mehr gibt. Es ist kein tönendes Programm, was er aufstellt, es sind nicht großstilige Forderungen, die an die Welt oder die gewerblich Schaffenden gerichtet werden. Von der ersten bis zur letzten Zeile ist alles klarste, folgerichtigste Überlegung, ist Anleitung zum Arbeiten, zum vernünftigen, gediegenen, will sagen zum wahrhaft monumentalen Schaffen. Es ist nicht Theorie, nicht wieder Theorie, die in packender Formulierung vorgetragen wird. Es ist Praxis, die zu Erfahrungssätzen gelangt ist, und man braucht nur das Werk Tessenows, das in über 100 lehrreichen Abbildungen beigegeben ist, zu sehen, Praxis, die innerhalb des gesamten heutigen Architekturschaffens bereits zu großartigen Ergebnissen gelangt ist.

